

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 172 (2006)

Heft: 5

Anhang: Military Power Revue der Schweizer Armee

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MILITARY POWER REVUE

DER SCHWEIZER ARMEE
DE L'ARMEE SUISSE

Sicherheitspolitik

**Herausforderung Sicherheit: Eine Beurteilung
der sicherheitspolitischen Grundlagen der Schweiz
mit Blick auf die Zukunft**

Andreas Wenger

Armee

**Schweizerische Militärdoktrin im Widerstreit
der Meinungen**

Peter Braun, Christian Bühlmann

Heer

Die Führungsaufgabe der Teilstreitkraft Heer

Hans-Peter Kellerhals

**Das Führungs- und Informationssystem (FIS) Heer
aus der Sicht des Kdt Geb Inf Br 10**

Roland Favre

Luftwaffe

Luftoperationen in lästigen kleinen Konflikten

Jürg Studer

Buchbesprechung

Zukunft zwischen Himmel und Erde

ETH-Bibliothek



Die **Military Power Revue** ist ein offenes Forum, das Studium, Gedanken und Diskussion zu militärischer Macht im weitesten Sinne und zu ihrer Anwendung für die Schweizer Sicherheitspolitik und für die Armee im Besonderen fördert.

Die **Military Power Revue** unterstützt die Armee in der

- Entwicklung von Doktrin und Konzepten
- Beitragsleistung zur sicherheitspolitischen Debatte
- Ausbildung der Kader
- Führung des internationalen Dialogs



Christophe Keckeis	3/4	Vorwort
Jürg Kürsener	5	Editorial
Andreas Wenger	6	Sicherheitspolitik Herausforderung Sicherheit: Eine Beurteilung der sicherheitspolitischen Grundlagen der Schweiz mit Blick auf die Zukunft
Peter Braun Christian Bühlmann	12	Armee Schweizerische Militärdoktrin im Widerstreit der Meinungen
Hans-Peter Kellerhals	21	Heer Die Führungsaufgabe der Teilstreitkraft Heer
Roland Favre	25	Das Führungs- und Informationssystem (FIS) Heer aus der Sicht des Kdt Geb Inf Br 10
Jürg Studer	28	Luftwaffe Luftoperationen in lästigen kleinen Konflikten
	43	Buchbesprechung Zukunft zwischen Himmel und Erde

Die hier dargelegten Analysen, Meinungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind ausschliesslich die Ansichten der Autoren. Sie stellen nicht notwendigerweise den Standpunkt des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport oder einer anderen Organisation dar.

Die Artikel der Military Power Revue können unter Angabe der Quelle frei kopiert und wiedergegeben werden.

Redaktions- und Verleger: Brigadier a.D. Rudolf Läubli
kommission: Oberst i.G. Jürg Kürsener

Oberst i.G. Alain Vuitel

Oberst i.G. Michael A.J. Baumann
Dr. Michael Grünenfelder

Colonel EMG Yvon Langel
Oberst i.G. Peter Suter

Chefredaktor Military Power Revue, Stab des CdA, Bundeshaus Ost, 3003 Bern

Vorsitz und Verbindung zur ASMZ
Wissenschaftlicher Berater des Chefs der Armee und Chefredaktor der Military Power Revue
Chef Militärdoktrin der Armee und Redaktor für die Stufe Armee
Chef Heeresdoktrin und Redaktor für die Stufe Heer
Chef Luftwaffendoktrin und Redaktor für die Stufe Luftwaffe
Chef Planung und Projekte Heer, Stv USC Planung
Chef Planung – Projekte – Versuche, Luftwaffe

Verlag und Druck: Huber & Co. AG, Grafische Unternehmung und Verlag, 8501 Frauenfeld
Beilage zur «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» ASMZ, Nr. 5, Mai 2006

Mit diesem Heft erhalten Sie – geschätzte Leserinnen und Leser – die erste Ausgabe der *Military Power Revue*. Sie tritt an die Stelle der bisherigen *Air Power Revue* und *Land Power Revue*. Themenbereiche, die bisher in diesen beiden Heften behandelt wurden, sollen auch weiterhin zum Zuge kommen. Mit der Zusammenfassung in eine einzige Schrift möchte ich zum Ausdruck bringen, dass in Zukunft auch im Rahmen dieser Diskussionsplattform die Armee ganzheitlich dargestellt werden soll. Es ist zu hoffen, dass Sie dieses Forum nicht nur als Leser nutzen, sondern auch selber aktiv zum Inhalt beitragen. Ich habe Oberst i.G. Jürg Kürsener, Wissenschaftlicher Berater CdA, in meinem persönlichen Stab mit der Chefredaktion der Military Power Revue beauftragt.

Chef der Armee
Korpskommandant C. Keckeis

Vorwort des Chefs der Armee

Liebe Leserinnen und Leser

Alles ist wandelbar, sogar der Wandel selbst! Kontinuierliche Transformation ist das eigentliche Kernstück der Anpassung unserer Armee an die Herausforderungen der Gegenwart. Transformation heisst allerdings nicht, die einmal gefällten Entscheide unaufhörlich in Frage zu stellen oder das Rad ständig neu zu erfinden. Ganz im Gegenteil: Transformation bedeutet, dasjenige beizubehalten, was sich bewährt hat, und gleichzeitig dasjenige zu identifizieren, was verbessert oder gar geändert werden muss, wollen wir die gesteckten Ziele erreichen. Transformation heisst folglich, Synergien auszubauen und zu verstärken. Letztlich geht es darum, militärische Fähigkeiten aufzubauen, welche den Sicherheitserfordernissen von heute und morgen entsprechen.

Ausgehend von diesem Grundsatz, habe ich beschlossen, die ausgezeichnete Pionierarbeit, die von den Redaktoren der **Air Power Revue der Schweizer Armee** und der **Land Power Revue der Schweizer Armee** geleistet wurde, fortzuführen und eine einzige Plattform zu schaffen, welche die beiden Teilstreitkräfte in einer neuen Publikation der **Military Power Revue der Schweizer Armee** vereinigt. Wir verfolgen damit eine dreifache Zielsetzung:

Zum Ersten geht es darum, durch die Zusammenlegung der redaktionellen Kompetenzen die Synergien noch besser zu nutzen und die Durchhaltefähigkeit des Vorhabens sicherzustellen. Man könnte diesbezüglich von einer redaktionellen Einheitlichkeit des Handels sprechen.

Zum Zweiten erfordern die sicherheitsrelevanten Herausforderungen, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen, ein integrales Verständnis unseres Umfeldes. Folgerichtig bestehen auch die militärischen Antworten auf derartige Herausforderungen in der Integration erweiterter militärischer Fähigkeiten, und zwar in einem von Natur aus teilstreitkräfteübergreifenden Rahmen. Erleichtert wird das militärische Handeln dabei durch den Einbezug neuer Technologien. Diese ermöglichen eine Vernetzung von Sensoren, Effektoren und Entscheidträgern in einem regelrechten System der Systeme, wobei es keine Rolle spielt, aus welcher Teilstreitkraft oder Truppengattung die jeweiligen Systemkomponenten stammen. Einmal mehr geht es

um die Einheitlichkeit des Handels, diesmal in der Erzeugung teilstreitkräfteübergreifender Wirkung.

Dank der Publikation der **Military Power Revue der Schweizer Armee** verfügen wir über eine Forschungs-, Denk- und Ideenaustauschplattform, welche die Transformation unserer Streitkräfte begleitet. Für mich steht dieses dritte und letzte Ziel im Vordergrund, denn es ist unabdingbar, dass wir uns vertieft mit schweizerischen und internationalen Gedanken über den Einsatz oder die Androhung militärischer Macht auseinander setzen, sei es in einer historischen, sei es in einer aktuellen oder sei es auch in einer prospektiven Perspektive. Wiederum geht es um die Einheitlichkeit, konkret um die Einheitlichkeit des Denkens im Rahmen des Handelns.

Militärische Macht wird in einem immer weiteren Rahmen angewendet. In der Vergangenheit konnten wir uns auf ein einziges Aktionsfeld konzentrieren: den **Einsatz militärischer Gewalt**. Denn damals war unsere Souveränität direkt bedroht, und uns stand ein klassischer militärischer Gegner entgegen. Das heutige Sicherheitsumfeld erfordert nach wie vor militärische Mittel, welche in der Lage sind, solche militärischen Aktionen zu führen, und zwar in einem je länger je komplexeren Umfeld. Darüber hinaus gewinnt ein anderes Aktionsfeld, die **Gewalteindämmung** oder auch das Leisten von **Unterstützungsbeiträgen** ohne Rückgriff auf militärischen Zwang, stetig an Bedeutung. Durch die breitere Palette an Einsatzmöglichkeiten vergrössert sich auch die Handlungsfreiheit der Entscheidträger. Streitkräfte handeln immer häufiger in nationaler oder internationaler Kooperation und in enger Zusammenarbeit mit zivilen und militärischen Akteuren. Eine Publikation, die den Bezug zum militärischen Denken herstellt, ist eine unverzichtbare Kontaktstelle zwischen der Armee und unseren Partnern. Sie dient diesbezüglich nicht zuletzt dazu, das Verständnis hinsichtlich der Rolle, welche unsere Streitkräfte in einem sich stetig wandelnden Sicherheitsumfeld spielen, zu verstärken.

Ich wünsche mir, dass die erste Nummer der **Military Power Revue der Schweizer Armee** und alle folgenden Ausgaben von einem günstigen Wind getragen werden. Ferner hoffe ich, dass diese Publikation bei der Leserschaft ein positives Echo hervorruft, dass sie in einem breiten Kreis Anerkennung findet und dass sie zur Einheitlichkeit des Handelns innerhalb der verschiedenen Teile unserer Armee und damit auch zum Gesamterfolg derselben beiträgt.

DER CHEF DER ARMEE
Korpskommandant Keckelis

Editorial CdA pour le premier numéro de «Military Power Revue de l'Armée suisse»

Chères lectrices, chers lecteurs

Tout change, même le changement! Cette logique de transformation permanente représente le cœur même de l'adaptation de notre armée aux défis contemporains. Se transformer ne signifie cependant pas une remise en cause incessante des décisions prises ou une réinvention continue de la roue. Bien au contraire, se transformer implique d'apprécier ce qui a fait ses preuves et d'identifier ce qui doit encore être amélioré, voire changé, pour atteindre les objectifs fixés. Se transformer signifie donc exploiter et renforcer les synergies. En fin de compte, il s'agit de générer les capacités militaires qui répondent aux besoins de sécurité d'aujourd'hui et de demain.

Fort de ce principe, j'ai décidé de poursuivre l'excellent travail de pionnier réalisé par les rédacteurs de «Air Power Revue de l'Armée suisse» et de «Land Power Revue de l'Armée suisse» et de créer une plateforme unique, réunissant les Forces autour d'une nouvelle publication, la «Military Power Revue de l'Armée suisse». L'objectif est triple:

Il s'agit premièrement, en fusionnant les compétences rédactionnelles, de mettre encore mieux à profit les synergies et de garantir la durabilité de cette entreprise. Cela signifie unité d'action dans la rédaction.

En deuxième lieu, la nature des défis sécuritaires qui se présentent à nous, réclame une compréhension intégrale de l'environnement. Les réponses militaires doivent donc intégrer des capacités militaires étendues dans un cadre par nature interforces. Ces actions sont facilitées par le recours aux nouvelles technologies. Elles rendent possibles la mise en réseau des capteurs, des effecteurs et des décideurs en un véritable système des systèmes, indépendamment de leur arme d'affiliation. Cela signifie unité d'action dans la génération d'effets interforces.

La publication d'une «Military Power Revue de l'Armée suisse» marque également la volonté de disposer d'une plateforme de recherche, de réflexion et d'échange d'idées pour accompagner la transformation de notre Armée. Ce troisième et dernier objectif est pour moi décisif; il est en effet impératif de mettre en lumière, dans une perspective tant historique, contemporaine que prospective, le développement des réflexions suisses et internationales quant à l'emploi, ou à la menace d'emploi de la puissance militaire. Cela signifie unité de pensée pour et dans l'action.

Or, l'application de la puissance militaire intervient dans un cadre de plus en plus large. Dans le passé, on pouvait se concentrer sur un champ d'action unique, **l'action de force**, lorsque notre souveraineté était directement menacée et qu'il s'agissait de s'opposer à un adversaire militaire classique. L'environnement sécuritaire contemporain continue de requérir des moyens militaires, capables de mener de telles **actions de force** dans un environnement de plus en plus complexe; il nécessite aussi une extension à d'autres champs d'action, plus probables, afin de pouvoir agir dans une logique de **maîtrise de la violence** ou d'apporter des **contributions d'appui**, sans recours à la coercition. Les options d'engagement deviennent plus étendues et la liberté de manœuvre des décideurs augmente d'autant. L'action de notre Armée se conçoit dès lors dans un cadre étendu: elle se déroule le plus souvent en coopération, nationale ou internationale, en collaboration avec des acteurs civils et militaires. L'existence d'une publication de référence en matière d'évolution de la pensée militaire constitue à cet égard une indispensable passerelle entre l'Armée et nos partenaires, pour renforcer la compréhension du rôle qu'occupent nos Forces armées dans un environnement sécuritaire en transformation.

Je souhaite bon vent au premier numéro de la «Military Power Revue de l'Armée suisse» et à tous ceux qui lui succéderont. Je forme le ferme espoir que cette publication trouve un écho favorable parmi ses lecteurs, qu'elle constitue une référence appréciée dans un large cercle, qu'elle contribue à l'unité d'action des divers éléments de l'Armée et dès lors à son succès.

LE CHEF DE L'ARMEE
Commandant de corps Kockeis

Editorial des Chefredaktors

Geschätzte Leserinnen und Leser

Ich freue mich, Ihnen die erste Ausgabe der **Military Power Revue** (MPR) überreichen zu dürfen. Im Vorwort des Chefs der Armee lesen Sie, was die Beweggründe zur Schaffung dieser neuen Plattform als Beilage zur ASMZ waren und welches die Zielsetzungen sind.

Ich werde bestrebt sein, die in der **Air Power Revue** und **Land Power Revue** geleistete Pionierarbeit würdig fortzusetzen. Die bisher dort erbrachten vorzüglichen Leistungen sollen auch weiterhin zum Zuge kommen. Beide Produkte sind auf breite Anerkennung gestossen. Dafür gebührt den Redaktoren an dieser Stelle ein aufrichtiges Dankeschön.

Die **Military Power Revue** soll weiterhin bewusst anspruchsvoll sein. Sie bietet den Vorteil, dass die Verfasser ihre Gedanken verhältnismässig umfassend darstellen und begründen können. Die MPR soll neue Gedanken einbringen, sie soll anregen und aufbauen helfen, sie soll auch Bedenken und konstruktive Kritik einbringen dürfen. Mit anderen Worten sollte die MPR dergestalt Mehrwert schöpfen, dass sie wertvolle Beiträge und Inputs zur Ausrichtung einer künftigen Armee einbringt.

Während ihr Fokus durch Vorausschauen geprägt sein sollte, darf der massvolle Blick zurück nicht vergessen werden. Auch Lehren aus der Vergangenheit mögen sehr wohl unsere Zukunft prägen. Doktrinrelevante Aufsätze zu sicherheitspolitischen Fragen, zu Aspekten der Planung und Führung oder zur Bedeutung der Rüstungstechnologie sollen durch indirekt relevante Beiträge ergänzt werden. Hier können beispielsweise die Aufarbeitung eines historisch bedeutsamen Ereignisses oder ein Beitrag zu einem nachrichtendienstlichen Thema sehr wohl nutzbringend sein.

Die erste **Military Power Revue** trägt diesen künftigen Stossrichtungen mit einer breiten Palette, auch von teilstreitkräfteübergreifenden Aufsätzen Rechnung.

Professor Wenger beurteilt die sicherheitspolitischen Grundlagen der Schweiz und wirft dabei einen Blick in die Zukunft. Er meint, dass jede Armee schliesslich nur so weit reformiert werden kann, wie dies Politik und Gesellschaft zulassen. Er plädiert für ein regelmässiges Fortschreiben des sicherheitspoli-

tischen Berichtes durch den Bundesrat. Er glaubt, in Europa Ansätze eines neuen strategischen Denkens zu erkennen, das sich zunehmend – weg von regionalen – an globalen Gesichtspunkten zu orientieren scheint.

Dr. Braun und Oberst i Gst Bühlmann untersuchen die Schweizerische Militärdoktrin im Widerstreit der Meinungen. Sie gehen dabei speziell auf den Konzeptionsstreit nach dem Zweiten Weltkrieg ein und stellen diesen der Diskussion um die Armeereform XXI gegenüber. Ihre Gedanken zur Konzeption vom 6. Juni 1966 sind eine wertvolle Hintergrundinformation zum kommenden Gedenkanlass vom 6. Juni 2006.

Oberst i Gst Kellerhals setzt sich mit der Frage der Führungsaufgaben der Teilstreitkraft Heer in der normalen und in der ausserordentlichen Lage auseinander. Er unterstreicht die Bedeutung des Heeres als Forceprovider, als Know-how-Träger und als Bereitsteller eines verlegbaren Stabes. Er weist ferner auf Fähigkeitslücken insbesondere im Bereich eines Führungsinformationssystems hin.

Brigadier Favre beschreibt und beurteilt das Führungs- und Informationssystem (FIS) des Heeres aus der Sicht des Brigadecommandanten. Er weist auf die Vorteile der raschen vertikalen und horizontalen Informationsverbreitung hin, macht aber auch auf die Gefahr einer starken Absorption der Stabsmitarbeiter durch das System aufmerksam.

Major Studer schliesslich analysiert die Rolle von Luftoperationen in so genannten lästigen kleinen Konflikten. Er zeigt auf, dass einerseits ein asymmetrischer Konflikt nicht allein mit militärischen Mitteln zu lösen ist, dass aber andererseits Luftstreitkräfte in solchen Kriegen durchaus signifikante Beiträge – wenn auch nur als Teil der Gesamtheit aller Massnahmen – zur Bekämpfung eines Gegners erbringen können.

Ich bin auf Ihre Rückäußerungen gespannt und möchte Sie alle – auch das höhere Kader unserer Armee und der Verwaltung – bereits jetzt zu aktivem Mitmachen einladen. Unsere Revue soll von Ihren qualitativ hoch stehenden Beiträgen, vom anregenden Mitdenken, von sachlich kontroversen Diskussionsbeiträgen, vor allem aber auch von Toleranz gegenüber anderen Meinungen leben.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende und bereichernde Lektüre.

Jürg Kürsener
Wissenschaftlicher Berater des
Chefs der Armee

Herausforderung Sicherheit

Eine Beurteilung der sicherheitspolitischen Grundlagen der Schweiz mit Blick auf die Zukunft

Was für die militärpolitische Ebene gilt, müsste auch für die sicherheitspolitische Ebene gelten, nämlich eine regelmässige Fortschreibung des sicherheitspolitischen Berichtes. Dies wäre eine Chance, um eine aktive politische Lenkung der sicherheitspolitischen Reformvorhaben gegen innen und aussen greifbarer zu machen. Will der Kleinstaat seine Interessen auch in Zukunft ohne Solidaritätsdefizite vertreten, ist er zunehmend gefordert, eine aktive und kohärente Antwort auf die Frage zu entwickeln, mit welchen zivilen und militärischen Beiträgen er sich an multilateralen Präventions- und Stabilisierungsbemühungen beteiligen will.

Andreas Wenger*

Einleitung

Die Schweiz blickt auf einen intensiven Zyklus der Neugestaltung ihrer Sicherheitspolitik zurück. Bereits am 7. Juni 1999 verabschiedete der Bundesrat seinen Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Bericht 2000). Mit diesem sicherheitspolitischen Bericht legte die Landesregierung unter dem Motto «Sicherheit durch Kooperation» rund eine Dekade nach dem Ende des Kalten Krieges einen umfassenden konzeptionellen Rahmen für die zukünftige Ausgestaltung der Schweizer Sicherheitspolitik vor. Der Leitgedanke der Kooperation – und zwar Kooperation nach innen zwischen den verschiedenen sicherheitspolitischen Instrumenten und

Angesichts grenzüberschreitender Risiken und technologischer und finanzieller Grenzen nahm der Bericht Abschied von der Vorstellung, Sicherheit lasse sich autonom bewahren und Sicherheitspolitik lasse sich auf die Militärpolitik reduzieren.

nach aussen mit anderen Staaten und Organisationen – war auf die Sicherheitsinteressen des Landes ausgerichtet und wollte ein Signal setzen: Angesichts grenzüberschreitender Risiken und technologischer und finanzieller Grenzen nahm der Bericht Abschied von der Vorstellung, Sicherheit lasse sich autonom bewahren und Sicherheitspolitik lasse sich auf die Militärpolitik reduzieren.

* Andreas Wenger, Prof. Dr., Professor für internationale und schweizerische Sicherheitspolitik, Direktor des Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Kooperationsstrategie entsprach einerseits dem sicherheitspolitisch Notwendigen und andererseits dem innenpolitisch Durchsetzbaren. Sie zeigt auch angesichts der Entwicklungen der vergangenen vier Jahre weiterhin in die richtige Richtung und darf zumindest mittelfristig als tragfähig bezeichnet werden. Eine ganze Kaskade von Volksabstimmungen – u. a. die Abstimmung über die bewaffnete Teilnah-

Mehr als drei Viertel der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz haben am 18. Mai 2003 dem neuen Gesetz für die Armee XXI zugestimmt. Damit besteht eine klare innenpolitische Legitimationsbasis, um das sicherheitspolitische Instrument der Armee auf die im Bericht 2000 postulierte Kooperationsstrategie auszurichten.

me von schweizerischen Truppenkontingenten an Friedensoperationen im Ausland (2001) und die Abstimmung über den UNO-Beitritt (2002) – hat darüber hinaus deutlich gemacht, dass der Kooperationsgedanke bei der Bevölkerung auf weit gehende Akzeptanz trifft. Mehr als drei Viertel der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz haben am 18. Mai 2003 dem neuen Gesetz für die Armee XXI zugestimmt. Damit besteht eine klare innenpolitische Legitimationsbasis, um das sicherheitspolitische Instrument der Armee auf die im Bericht 2000 postulierte Kooperationsstrategie auszurichten.

Fortschreibung der sicherheits- und militärpolitischen Grundlagen der Schweiz

Die Schweizer Armee konzentrierte sich jahrzehntelang auf eine autonome Landesverteidigung gegen eine klar umrissene militärische Bedrohung. Diese Tatsache muss in Erinnerung gerufen werden, um zu verstehen, dass es sich bei der laufenden Reform der Armee um einen Prozess mit revolutionärem Charakter handelt: Es geht um eine Neugewichtung der Leistungen der Armee im Zeichen des Übergangs von der Ausbildungs- zur Einsatzarmee; es geht um eine Bestandesreduktion um rund zwei Drittel verbunden mit einem totalen Umbau der Verbände, der Verwaltungsstruktur und der Führungsabläufe; es geht um eine Überprüfung der doktrinalen Grundlagen, der Einsatz- und Ausbildungsgrundsätze und der materiellen Vorräte mit dem Ziel der Erhöhung der Flexibilität, der



Bundesrat Schmid und Korpskommandant Keckis – zwei wichtige Verantwortungsträger der neuen Armee.

Fotos: VBS



Die Armee wird subsidiär für Einsätze am WEF in Davos eingesetzt.

Jede Armee kann letztlich nur so weit reformiert werden, wie dies Politik und Gesellschaft eines Landes zulassen.

und der sinkende Investitionsrahmen für die Armee sowie die zu wenig vorbereiteten USIS-Entscheide des Bundesrates vom November 2002 und der verstärkte Einsatz der Armee zur subsidiären Unterstützung der zivilen Kräfte für Grenz-, Konferenz- und Objektschutz.

Es kann nicht erstaunen, dass die Umsetzung dieses Transformationsprozesses der Armee mit Schwierigkeiten und Herausforderungen verbunden war und bleiben wird. Auch Fehler – Stichwort: Personalinformationssystem – werden nicht immer zu umgehen sein. In dieser Situation sah sich der Bundesrat im September 2004 zu gewissen Anpassungen der Planungsgrundlagen gezwungen: Aufgrund des Leistungs- und Finanzdruckes kündigte er eine Schweregewichtsverlagerung von der Verteidigung zur Raumsicherung an. Mit seinem Beschluss vom 11. Mai 2005 hat der Bundesrat die Umsetzung (Entwicklungs- schritt 2008/2011) formell eingeleitet. Diese geht einher mit organisatorischen Massnahmen im Zeichen einer Rollenspezialisierung: Die Infanterieformationen sollen auf die Raumsicherung ausgerichtet werden, während sich die mechanisierten Formationen auf den Erhalt der Verteidigungskompetenz konzentrieren sollen.

Einzelne Elemente der Armeepolitik waren zu oft in Form von Einzelinformationen, politischen Luftballons und organisatorischen Detailfragen ohne Zusammen-

hang in aller Munde. Öffentliche sicherheitspolitische Debatten sind nötig, um die Bedeutung der modernen Sicherheitspolitik gegenüber der Bevölkerung transparent zu machen. Hier kommt Bundesrat, Parlament und Parteien eine grosse Verantwortung zu: Sie sind gefordert, die einzelnen Entscheide in einen Gesamtzusammenhang zu stellen. Information und Kommunikation von Einzelentscheiden dürfen aber nicht im luftleeren Raum hängen bleiben. Der Umsetzungsprozess der Armeereform braucht eine aktive politische Führung.

Die sicherheitspolitischen Reformvorhaben werden zu Recht als Prozess verstanden: An die Stelle von umfassenden Revisionen sollen weniger aufwändige, aber häufigere Anpassungen treten. Damit steigen aber auch die Anforderungen an einen aktiven politischen Meinungsbildungsprozess. Gefragt ist nicht zuletzt ein nüchterner Dialog zwischen Politik und Militär. Dieser muss gemäss Artikel 149b des Militärgesetzes erst eingeübt werden. Bereits der Pilotbericht von Departementvorsteher und Chef der Armee an die Bundesversammlung vom Dezember 2003 machte dabei allerdings deutlich, dass es sich bei dieser Berichterstattung in erster Linie um eine Kommunikation von unten nach oben, von der Stufe Armee an die Stufe Politik, handelt. Viel Platz für weitergehende strategische Überlegungen von oben nach unten, von der Politik an die Armee, ist da kaum vorhanden.

Auch der sicherheitspolitische Bericht muss fortgeschrieben werden. Was für die militärische Ebene gilt, muss auch für die sicherheitspolitische Ebene gelten: Die Zielrichtung und der strategische Rahmen der sicherheitspolitischen Reformvorhaben müssen kontinuierlich überprüft und – wo sinnvoll und notwendig – den sich wandelnden nationalen und internationalen Gegebenheiten angepasst werden. In der Schweiz gibt es keine in regelmässigen

Abständen veröffentlichte nationale Sicherheitsstrategie, wie sie andere Länder kennen. Das erschwert in der Öffentlichkeit den Nachvollzug der bundesrätlichen Analyse auf der politisch-strategischen Ebene. Bei den derzeitigen sicherheitspolitischen Reformvorhaben handelt es sich in Wirklichkeit um zwei eng miteinander verknüpfte Prozesse, die zum einen militärisch-operativer Natur und zum anderen politisch-strategischer Natur sind. Eine regelmässige sicherheitspolitische Berichterstattung

Eine regelmässige sicherheitspolitische Berichterstattung des Bundesrates sollte als Chance verstanden werden, um eine aktive politische Lenkung der sicherheitspolitischen Reformvorhaben gegen innen und aussen greifbarer zu machen.

erstattung des Bundesrates sollte als Chance verstanden werden, um eine aktive politische Lenkung der sicherheitspolitischen Reformvorhaben gegen innen und aussen greifbarer zu machen.

Hier besteht Handlungsbedarf, soll die gegenwärtige Unsicherheit in Bezug auf die politischen Vorgaben der Armeeplanung überwunden werden. Dem Scheitern des Rüstungsbudgets 2005 im Parlament kommt dabei Signalcharakter zu. Sowohl das nationale als auch das internationale Umfeld der Schweizer Sicherheitspolitik haben sich seit 1999 markant verändert. Vor dem Hintergrund dieses anhaltenden Wandels macht sich mancherorts so etwas wie Nostalgie für die überschaubaren sicherheitspolitischen Herausforderungen des Kalten Krieges breit. Diese Nostalgie ist nicht gerechtfertigt: Sie übersieht, dass eine unmittelbare existenzielle Bedrohung der

Schweiz durch militärische Machtmittel heute und auf absehbare Zeit nicht mehr gegeben ist. Sie ist gleichwohl verständlich: Warlords, Stammesführer, korrupte Strukturen und Kleinwaffen prägten die Konflikte der vergangenen Jahre. Krisen entwickeln sich zyklisch, und es fällt immer schwerer festzustellen, wann ein Krieg beginnt und wann er endet. Die Sphäre der Zivilisten ist kaum mehr von der Sphäre der Militärs zu trennen: Spitäler und Moscheen werden zu Kampfzonen, und die Bilder der Informationskriegsführung prägen sich tief in unser Bewusstsein ein – wahrlich keine leichte Ausgangslage für die aktuelle Sicherheitspolitik.

Gefahrenanalyse: Inhaltliche und geografische Ausweitung des aktuellen Risikospektrums

Im Nachgang zu den Ereignissen des 11. Septembers 2001 und vor dem Hintergrund der Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak hat sich in den vergangenen Jahren die europäische Debatte über das Wesen der aktuellen Bedrohungslage und die Suche nach neuen strategischen Antworten akzentuiert. Dies steht in markantem Kontrast zu den offiziellen Stellungnahmen in der Schweiz, die sich meist in einer nur summarischen Analyse der strategischen Entwicklungen und der Bestätigung des eingeschlagenen Kurses erschöpften. Der Erfolg jeder Sicherheitspolitik misst sich letztlich daran, ob sie auf die aktuellen Risiken und Bedrohungen eine adäquate Antwort gibt. Neue Risiken ziehen neue Herausforderungen für die staatliche Handlungsfähigkeit nach sich. Die Schweiz ist gefordert, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich das für die Sicherheit des Landes relevante Bedrohungs- und Risikospektrum in den vergangenen Jahren markant erweitert hat. Die folgenden fünf Merkmale prägen die aktuelle Gefahrenanalyse:

Zunahme der innerstaatlichen Konflikte – Gefahr regionaler Destabilisierungen

Anfang der 1990er-Jahre war die Hoffnung weit verbreitet, dass die Zunahme der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Staaten zu einer Abnahme von Gewaltkonflikten führen würde. Der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung hat aber nicht automatisch zu mehr internationaler Sicherheit geführt. Im Gegenteil: Die 1990er-Jahre waren mit nahezu fünf Millionen Opfern von Gewaltkonflikten die mit Abstand verlustreichste Dekade seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei über 90 Prozent dieser Gewaltkonflikte handelte es sich nicht um zwischenstaatliche, sondern um innerstaatliche Konflikte.



Luftpolizeieinsätze mit den F/A-18 der Luftwaffe gehören zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Armee im neuen sicherheitspolitischen Umfeld.

Parallel zum Zerfall der kommunistischen Vielvölkerstaaten brachen ethnische Konflikte aus. Die Balkankriege führten zu einer Rückkehr des Krieges nach Europa, zu mehr als 200 000 Kriegsopfern, zu mehr als zwei Millionen Flüchtlingen und zogen finanzielle und wirtschaftliche Kosten in der Höhe von mehr als 100 Milliarden US- Dollar nach sich. Zeitgleich zu den Balkankonflikten beschleunigten sich die Marginalisierungsprozesse in Afrika. Sie mündeten in humanitäre Katastrophen von bereits überwunden geglaubter Größenordnung. In Ruanda wurden mehr als 800 000 Personen ermordet, über eine Millionen Personen wurden zu Flüchtlingen innerhalb des Landes und weitere zwei Millionen Personen flüchteten in die Nachbarländer.

In Ruanda und Somalia reagierte der Westen nur halbherzig, vor allem aber zu spät; im näher gelegenen Bosnien und im Kosovo versuchte die euroatlantische Staatenwelt einer regionalen Destabilisierung mit humanitären Interventionen vorzubeugen. Die Staaten Europas engagierten sich auf dem Balkan und in Afrika im eigenen Sicherheitsinteresse: Sie erkannten, dass die nicht-militärischen Rückwirkungen von innerstaatlichen Gewaltkonflikten an der europäischen Peripherie die Sicherheit der europäischen Gesellschaften unmittelbar tangieren.

Zunahme globaler Sicherheitsrisiken – steigendes Machtpotenzial nichtstaatlicher Akteure

Risiken wie der globale Terrorismus, die organisierte Kriminalität, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungstechnologien, der Menschen- und der Drogenhandel, Migrations- und Flüchtlingsströme oder Bedrohungen im Bereich der Informationskriegsführung machen nicht vor den Grenzen der Nationalstaaten Halt. Netzwerke dieser Art profitieren von schwachen Staaten und rechtsfreien Räu-

men und werden durch die Zunahme des wirtschaftlichen Gefälles zwischen Arm und Reich verstärkt.

Im Zuge der Globalisierung sind das Macht- und das Schadenpotenzial von nichtstaatlichen Netzwerken deutlich angewachsen. Nichtstaatliche Akteure profitieren ebenso wie wirtschaftliche Akteure von der neuen Durchlässigkeit der Grenzen. Die komplexen Risiken, die sich daraus ergeben, richten sich nicht mehr in erster Linie gegen das Territorium eines einzelnen Staates, sondern zunehmend gegen das Gewebe der Gesellschaften einer ganzen Region.

Wachsende Technologie- und Restrukturierungslücke – Trend zu asymmetrischen Strategien

Die militärische Lücke zwischen den USA und allen anderen Staaten der Welt hat sich in der vergangenen Dekade stark erweitert. Potenzielle Gegner der USA haben gelernt, dass Washington allein mit konventionellen Machtmitteln nicht von politischen Druckversuchen abgehalten

Die unsichere Zukunft Afghanistans und des Iraks bestätigt aber die bisherigen Erkenntnisse: Es genügt nicht, Kriege zu gewinnen. Die zentrale Herausforderung besteht im Aufbau von Staaten, das heißt in der Schaffung und Stärkung staatlicher Institutionen.

werden kann. Dies bestärkt sie in ihrer Überzeugung, dass den USA nur unter Rückgriff auf asymmetrische Strategien beizukommen ist. Terrorismus wird in diesem Zusammenhang als Mittel der Schwachen gegen den Starken legitimiert. Der

globale Terrorismus beginnt lokale und regionale Konflikttherde in schwachen Staaten zu überlagern. Unter Ausnutzung der Verwundbarkeit der zivilen Infrastrukturen moderner Staaten wird der Kampf in das Herz der westlichen Gesellschaften getragen.

Die militärische Überlegenheit der USA hat zwar zu raschen Siegen im Golfkrieg, im Kosovo und in Afghanistan geführt. Die unsichere Zukunft Afghanistans und des Iraks bestätigt aber die bisherigen Erkenntnisse: Es genügt nicht, Kriege zu gewinnen. Die zentrale Herausforderung besteht im Aufbau von Staaten, das heißt in der Schaffung und Stärkung staatlicher Institutionen, um außer Kontrolle geratene Länder und Regionen zu befrieden und zu stabilisieren.

Erweiterter geografischer Ursprung aktueller Risiken – Zunahme von Krisen an der europäischen Peripherie

In den 1990er-Jahren fokussierte der europäische Sicherheitsdialog auf die Stabilisierung der Balkankonflikte. Seit dem 11. September 2001 überlagern die Bemühungen gegen den globalen Terrorismus die Stabilisierung von Konflikttherden auf dem Balkan, und der geografische Fokus der europäischen Sicherheitsdebatte hat sich vom Balkan und Mittelmeerraum über Zentralasien und den Kaukasus nach Asien erweitert und fokussiert auf den Instabilitäten des weiteren Mittleren Ostens. In keiner anderen Region verdichten sich die neuartigen Risiken an der Schnittstelle von Staatenzerfall, autoritären Regimes, globalen Terrorismus und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu einem vergleichbaren Potenzial an Instabilität.

Die Konzentration der aktuellen Konflikte auf diese Regionen weist auf einen Zusammenhang hin zwischen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Schwäche und dem Ausbrechen politischer Gewalt. Länder, deren Bevölkerungswachstum ungebremst ist, die sich im wirtschaftlichen Niedergang befinden und die vom Ressourcenexport abhängig sind, weisen das grösste Bürgerkriegsrisiko auf. Heute leben etwa eine Milliarde Menschen in Ländern, in denen das Bürgerkriegsrisiko 15 bis 20 Mal höher ist als in den OECD-Ländern. Wasserknappheit, Subsistenzwirtschaft, Armut und Hungersnöte werden auch in Zukunft einen idealen Nährboden für Prozesse der politischen Destabilisierung bieten.

Schliesslich gilt in Erinnerung zu rufen, dass sich 71 Prozent der Welterdölsreserven und 69 Prozent der Welterdgasreserven im Mittleren Osten und in Russland konzentrieren. Für diese Staaten heißt das, dass ihr Entwicklungsmodell von kleinen, meist stark korrupten Eliten dominiert bleiben

wird. Für die westlichen Staaten wiederum bedeutet dies, dass ihre Energiesicherheit und damit ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wesentlich von den Entwicklungen in diesen Regionen abhängig bleiben werden.

Erweiterung und Vertiefung der EU – Ausweitung des europäischen Sicherheitsraumes

Parallel zur Konzentration der aktuellen internationalen Krisen und Konflikte auf die europäische Peripherie hat sich der europäische Sicherheitsraum im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union (EU) um zehn neue Mitgliedstaaten markant ausgedehnt. Mit der Übernahme der Missionen in Bosnien und Herzegowina, in Mazedonien, im Kongo, in Georgien und im Irak hat sich gleichzeitig das zivile und militärische Engagement der EU im Rahmen von Friedensmissionen beträchtlich ausgeweitet. Die Unterzeichnung des Verfassungsvertrags im Oktober 2004 weist schliesslich den Weg in Richtung einer schrittweisen Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Die Schweiz profitiert von diesen Veränderungen: In ihrem unmittelbaren Umfeld sorgen die Prinzipien «Sicherheit durch Integration» und «Sicherheit durch Stabilisierung und Assoziation» für relative Stabilität.

Gleichzeitig rückt Europa aber näher an instabile Regionen. Vor diesem Hintergrund durchläuft die EU schrittweise einen Wandel von einem Sicherheitskonsumennten zu einem Sicherheitsproduzenten. Ungeachtet des Zerwürfnisses in der Irak-Frage sind im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit 1999 grosse Fortschritte erzielt worden. Die EU-Staaten sind heute die grössten Truppensteller auf dem Balkan und in Afghanistan. Durch das umfassende Sicherheitskonzept ist die EU der wichtigste sicherheitspolitische Akteur auf dem Balkan. Dies heißt für die Schweiz, dass die EU in der Region der wichtigste sicherheitspolitische Akteur ist, auf den sich das internationale sicherheitspolitische Engagement der Schweiz in den vergangenen Jahren konzentriert hat.

Der Blick in die Zukunft: Strategische Herausforderungen

Am Beispiel der Schweiz spiegeln sich im Kleinen viele der strategischen Herausforderungen Europas: Die EU tat sich in den 1990er-Jahren schwer mit der Schaffung risikogerechter Strategien, Strukturen und Instrumente. Neuerdings allerdings lassen sich in Europa Ansätze eines neuen strategischen Denkens und Handelns am Übergang von einer regionalen zu einer

zunehmend globalen Gestaltungsmacht erkennen. Dies lässt sich für die föderale und direktdemokratische Schweiz zurzeit noch nicht sagen. Aber auch in der Schweiz ist es letztlich eine Frage des politischen Willens, ob und wie schnell die Kooperationsstrategie gegen innen – zwischen Bund und Kantonen, zwischen Militär und Polizei – aber auch im internationalen Rahmen – im Bereich der Ausbildungszusammenarbeit und der friedenserhaltenden Operationen – umgesetzt wird.

Neuerdings allerdings lassen sich in Europa Ansätze eines neuen strategischen Denkens und Handelns am Übergang von einer regionalen zu einer zunehmend globalen Gestaltungsmacht erkennen.
Dies lässt sich für die föderale und direktdemokratische Schweiz zurzeit noch nicht sagen.

Vor dem Hintergrund der Skizze der aktuellen Gefahrenlage soll im Folgenden auf einige strategische, militärische und politische Herausforderungen hingewiesen werden, die sich der Schweiz mittel- bis langfristig stellen werden. Es soll dabei in erster Linie darum gehen, Fragen aufzuwerfen und aufzuzeigen, wo Handlungsdruck entstehen wird. Eine regelmässige sicherheitspolitische Berichterstattung des Bundesrates würde es erlauben, diese Fragen frühzeitig zur Diskussion zu stellen. Es wäre dann Sache des politischen Prozesses, in den kommenden Jahren konkrete Antworten auf die skizzierten Herausforderungen zu finden.

Inhaltlich unterscheidet sich die grundätzliche Einschätzung des sicherheitspolitischen Umfelds durch die Schweiz von derjenigen der EU allenfalls in Nuancen – dies macht beispielsweise die sicherheits- und verteidigungspolitische Standortbestimmung des Bundesrates vom September 2004 deutlich. Was allerdings in diesem Papier fehlt, ist die Veranschaulichung der Gesamtzusammenhänge. Es bleibt unklar, wie die Veränderungen der Risiko- und Bedrohungslage mit der verstärkten Bedeutung von Raumsicherungsaufgaben der Armee im nationalen und internationalen Kontext und der Zurückstufung der Verteidigung zusammenhängen. Es ist der Legitimität des sicherheitspolitischen Instruments der Armee abträglich, dass angesichts des Finanzdrucks mancherorts verkürzt argumentiert wird gemäss der Gleichung: abnehmende militärische Bedrohung ab

Grenze gleich sinkende Bedeutung der Armee gleich geringere Kosten.

Hier besteht Handlungsbedarf: *Die inhaltliche und geografische Ausweitung des Risikospektrums erfordert ein neues Verständnis von Verteidigung*. Der Begriff der Verteidigung wird noch zu oft im engen Sinne der Territorialverteidigung verstanden. Zentral ist dagegen der Erhalt der Verteidigungsfähigkeit, womit in erster Linie der Kampf der verbunden Waffen, der kombinierte Einsatz von Heer und Luftwaffe gemeint ist. In einem entterritorialisierten Umfeld, das durch einen stabilen Kern und eine instabile Peripherie charakterisiert wird, muss Verteidigung neu verstanden werden. Die drei Aufgaben der Armee – Verteidigung und Raumsicherung, Existenzsicherung, Friedensförderung – müssen besser in Übereinstimmung gebracht werden. Nur so kann verhindert werden, dass sie auf der politischen Ebene im Zeichen der Finanzknappheit gegeneinander ausgespielt werden.

Die Konsequenzen der gewandelten Gefahrenlage für das sicherheitspolitische Selbstverständnis der Schweiz sind bis anhin nur in Ansätzen in das kollektive Bewusstsein der Schweizer Bevölkerung eingedrungen. Es fehlt einerseits eine klare politische Aussage, dass die Gefährdung des schweizerischen Territoriums mit konventionellen Streitkräften auf absehbare Zeit sehr gering ist. Andererseits gilt es gleichzeitig auf den Zusammenhang zwischen diesem grundsätzlich positiven Sachverhalt und der steigenden Bedeutung entfernter Gefahrenherde für die Sicherheit der Schweiz aufmerksam zu machen. Ange-sichts asymmetrischer Risiken gewinnen Raumsicherungsaufgaben im In- und im Ausland im Rahmen der *Homeland Security* und der Prävention und Stabilisierung von internationalen Krisen und Konflikten markant an Bedeutung. In einem globalisierten Umfeld werden solche Einsätze von den europäischen Nachbarstaaten der Schweiz zunehmend als moderne Ausprägung des Verteidigungsauftrags verstanden.

Die Feststellung, dass die neuen Risiken tendenziell von weit entfernten Regionen ausgehen können, zieht auch für die Schweiz eine Erweiterung des geografischen Fokus ihrer Sicherheitsdebatte nach sich. Damit verbunden ist die schwierige Frage, wie das Schweizer Interessengebiet in geografischer Hinsicht definiert werden soll. Bis anhin konzentrierten sich die in-

Die Feststellung, dass die neuen Risiken tendenziell von weit entfernten Regionen ausgehen können, zieht auch für die Schweiz eine Erweiterung des geografischen Fokus ihrer Sicherheitsdebatte nach sich.

ternationalen Stabilisierungsbeiträge der Schweiz auf den Balkan. In Zukunft wird die Schweiz häufiger vor die Frage gestellt werden, welche Beiträge sie als UNO-Mitglied und als europäischer Staat zu internationalen Stabilisierungsmissionen im Kaukasus, im nördlichen Afrika und in Zentralasien leisten kann und will. Eine sinnvolle Antwort auf diese Fragen setzt aber voraus, dass sie im Rahmen einer Gesamtstrategie diskutiert werden, welche die Bereiche der Aussen- und der Sicherheitspolitik integral betrachtet.

Hier besteht Handlungsbedarf: *Die Dynamik und Komplexität der neuen Risiken machen eine Bündelung der Kräfte im Rahmen einer umfassenden Präventions- und Stabilisierungsstrategie notwendig*. Die staatliche Aufgabe, Sicherheit zu produzieren, muss in den Rahmen einer Strategie gestellt werden, die den Übergang von der inneren zur äusseren Sicherheit, von den nach innen zu den nach aussen wirkenden Instrumenten sowie von den zivilen zu den militärischen Mitteln als fliessend betrachtet und aktiv gestaltet. Ausgehend von diesen Überlegungen lassen sich drei Herausforderungen für die Fortschreibung der Schweizer

Sicherheitsstrategie formulieren. Erstens muss sichergestellt werden, dass die Kooperationsstrategie umgesetzt wird. Die Bedeutung der nationalen und internationalen Kooperation für die Bewältigung der Risiken und Bedrohungen von heute und morgen wird weiter zunehmen.

Von entscheidender Bedeutung ist zweitens, dass die zivilen und die militärischen Mittel der Sicherheitspolitik koordiniert zum Einsatz kommen. Die zivile und die militärische Friedensförderung ergänzen sich in ihrer Wirkung. Die Herstellung einer minimalen Sicherheit und Ordnung in Krisengebieten ist Voraussetzung für den Erfolg der zivilen Friedensförderungsmassnahmen. Was heisst das für das Verhältnis zwischen Aussenpolitik und Sicherheitspolitik? Welchen Beitrag kann beispielsweise die Entwicklungszusammenarbeit zur Bewältigung der aktuellen Risiken leisten? Aber auch im Bereich der Existenzsicherung und der Raumsicherung ist eine vermehrte Koordination zwischen zivilen und militärischen Mitteln unabdingbar. Koordinierte Aktionen zwischen Polizei und Militär werden häufiger auftreten, sowohl im In- als auch im Ausland. Die Forderung nach höheren Polizeibeständen muss dabei nicht im Widerspruch zu vermehrten Leistungen der Armee im Bereich der Raumsicherung stehen. Was heissen die neuen Risiken für die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Militär? Ist die Zuteilung von Rollen und Verantwortlichkeiten klar? Und wie steht es um gemeinsame Einsatzgrundsätze?

Die Schweiz wird, drittens, gemäss dem Grundsatz «vorbeugen ist besser als heilen» häufiger präventiv handeln müssen, um einen sinnvollen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Risiken und Bedrohungen leisten zu können. Dies ist heikel: Friedensförderung braucht einen klaren völkerrechtlichen Rahmen und eine breite multilaterale Unterstützung. Dies anzuerkennen heisst gleichzeitig aber auch, sich der Frage zu stellen, was die Schweiz als Mitglied der Vereinten Nationen zur Stärkung des internationalen Rechts beitragen kann. Will der Kleinstaat seine Interessen auch in Zukunft ohne Solidaritätsdefizite vertreten, dann ist er zunehmend gefordert, eine aktive und kohärente Antwort auf die Frage zu entwickeln, mit welchen zivilen und militärischen Beiträgen er sich an multilateralen Präventions- und Stabilisierungsbemühungen beteiligen will.

Der Blick in die Zukunft: Herausforderung der militärischen Transformation

Die EU ist keine Militärrallianz, der Unionenvertrag enthält keine Beistandsverpflichtungen, und die Verteidigungsinteg-



In Indonesien flog die Luftwaffe 2005 mit drei Super Puma humanitäre Einsätze zugunsten des UNHCR.

Der Blick in die Zukunft: Politische Herausforderungen

Die Veränderungen in Europa stellen für die Schweiz zunehmend auch eine sicherheits- und verteidigungspolitische Herausforderung dar. Dabei gilt es allerdings im Auge zu behalten, dass die entscheidenden Debatten in der Europafrage nicht im Bereich der Sicherheitspolitik, sondern in den Bereichen der Wirtschaft und der Volksrechte ausgefochten werden. Die Europafrage bleibt für die Schweiz eine der zentralen staatspolitischen Herausforderungen – vorerst hat sich der Souverän aber für den Weg der Bilateralen I und II entschieden.

Diese Feststellung soll und darf auf der strategischen Ebene nicht von der Gedankenarbeit abhalten. Kurzfristig steht dabei die verstärkte operative Dimension der ESVP im Bereich der Friedensmissionen im Zentrum. Die EU ist zum wichtigsten sicherheitspolitischen Akteur im Umfeld der Schweiz geworden. Die Schweiz muss sich vermehrt Gedanken machen, wie eine verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP aussehen könnte. Es ist im Interesse des Landes, dass – nach vorbereitenden Schritten im Herbst 2004 und im Mai 2005 – nunmehr der rechtliche Rahmen für Schweizer Beteiligungen an militärischen und zivilen EU-Operationen in einem Rahmenabkommen geregelt wird.

Die entscheidende Herausforderung – dies macht der Blick auf die Europakarte deutlich – ergibt sich aus der Feststellung, dass die Schweiz von Staaten umgeben ist, die sich der Vision einer freiwilligen Bündelung von Souveränität zur Gewinnung gemeinsamer Handlungsfähigkeit verschrieben haben. Noch tut sich wohl eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung schwer mit diesem Gedanken. Gleichwohl wird die Entwicklung der verteidigungspolitischen Integration Europas im Rahmen einer (möglicherweise) strukturierten Zusammenarbeit von grosser Bedeutung für die schweizerische Verteidigungspolitik sein. Eine Europäische Union der unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten würde es den Schweizern in der EU zweifellos leichter machen.

Auf lange Sicht wird sich angesichts dieser Entwicklungen die alte Frage, wie viel Kooperation ohne institutionelle Einbindung überhaupt möglich ist, erneut stellen. Der Zeitpunkt hängt dabei nicht nur von den Entwicklungen innerhalb der Schweiz ab, sondern ist immer auch im Zusammenhang mit den Entwicklungen innerhalb der EU zu sehen. Mit Blick auf den Bereich der Sicherheitspolitik heisst dies, dass die Möglichkeiten sicherheitspolitischer Kooperationsformen nicht überschätzt werden sollten – es geht nicht nur um Beiträge, es geht letztlich auch um die Frage der Mitgestaltung.

Schlusswort

Nach den klaren Abstimmungsresultaten der vergangenen Jahre ist der Weg frei, die sicherheitspolitischen Reformvorhaben umzusetzen und die unter dem Motto «Sicherheit durch Kooperation» in Angriff genommene Neuausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik auf einer soliden innenpolitischen Basis voranzutreiben. Die Richtung der laufenden sicherheitspolitischen Reformprojekte stimmt; das Rad soll und darf nicht zurückgedreht werden.

Der Blick auf die Entwicklungen in den letzten zwei Jahren macht allerdings deutlich, dass die öffentlichen Diskussionen rund um die Armee angesichts des zunehmenden Finanz- und Leistungsdruckes vorerst durch strukturelle, organisatorische und ablauftechnische Herausforderungen geprägt waren. Dies kann insofern nicht erstaunen, als die Armeeplanungen nicht mehr durch den Verteidigungsfall und ein klar umrissenes operatives Verteidigungskonzept bestimmt werden. Angesichts eines komplexen und sich rasch wandelnden Risiko- und Bedrohungsbildes geht es vielmehr um die Erarbeitung fundamentaler Prinzipien, nach welchen die Armee ihren Beitrag zu den sicherheitspolitischen Zielen des Landes leisten soll.

Umso wichtiger ist vor diesem Hintergrund, dass die Politik den Reformprozess der sicherheitspolitischen Instrumente in eine klare Richtung lenkt. Sicherheitspolitik braucht nicht nur in Europa, sondern auch in der Schweiz einen Top-down-Ansatz; mit anderen Worten: Eine bedrohungsgerechte Ausrichtung der sicherheitspolitischen Strategien und Instrumente setzt einen politischen Dialog voraus, der nicht in erster Linie durch die Verfügbarkeit der finanziellen Mittel bestimmt wird. Das Ziel der Sicherheitspolitik ist staatliche Handlungsfähigkeit.

Die Schweiz braucht eine offene und aktiv geführte sicherheitspolitische Diskussion. Es ist dabei die Aufgabe der Politik, der Bevölkerung deutlich zu machen, dass eine sinnvolle strategische Antwort auf die neuen Risiken und Bedrohungen, die Ziele, Strategien und Mittel der Sicherheitspolitik erkennbar in Übereinstimmung bringt, nur noch im Rahmen einer intensivierten nationalen und internationalen Kooperation entstehen kann; mit anderen Worten: Die Politik muss innenpolitisch ermöglichen, was sicherheitspolitisch notwendig ist.

Dieser Artikel erschien 2005 im Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik und ist leicht aktualisiert worden.

ration im Zeichen einer strukturierten Zusammenarbeit steht erst ganz an ihrem Anfang. Unbestritten ist allerdings, dass der Transformationsprozess in Richtung kleinerer, leichterer und mobilerer Streitkräfte im Umfeld der Schweiz weitergehen wird. Die Gestaltung von militärischen Transformationsprozessen ist mittlerweile zu einer der Hauptaufgaben der NATO und der Partnerschaft für den Frieden geworden. Das Ausschöpfen von Synergie- und Effizienzgewinnen im Rahmen der Umstrukturierungsprozesse der europäischen Streitkräfte und Rüstungsindustrien unter der Bedingung schrumpfender nationaler Verteidigungsbudgets stellt aber auch eine wesentliche Antriebskraft hinter der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) dar. Wie im Bereich der Wirtschaft erfordert die wachsende Bedeutung von Information und Kommunikation auch im Bereich der Streitkräfte ein vermehrtes Pooling der Ressourcen, konvergierende Streitkräfte- und Rüstungspläne und vermehrtes Nachdenken über Formen einer vertieften Zusammenarbeit.

Auch beim Transformationsprozess der Schweizer Armee handelt es sich um einen Prozess ohne definiertes Ende. Entscheidend für die Steuerung dieses Prozesses ist dabei auf der militärisch-operativen Ebene der Rückfluss von Erfahrungen aus der Ausbildungszusammenarbeit und aus gemeinsamen Übungen sowie aus der Praxis multinationaler Friedensoperationen. Auf der politisch-strategischen Ebene geht es hingegen darum, die Balance zwischen Eigeninteresse und Solidarität im Sinn der grösstmöglichen langfristigen Handlungsfähigkeit zu bestimmen. Bereits mittelfristig wird sich die Schweiz daher vermehrt mit der Frage auseinander setzen müssen, wie sie die innerhalb der EU angestrebten Synergie- und Effizienzgewinne im verteidigungspolitischen Bereich – mit oder ohne Beitreitoption – für sich nutzbar machen kann.

Eine ernsthafte Diskussion dieser Frage setzt die Erkenntnis voraus, dass eine klare Ausrichtung des langfristigen Reformprozesses der Schweizer Armee auf die europäischen Sicherheitsinstitutionen eine Verbesserung von Aufwand und Ertrag im verteidigungspolitischen Bereich mit sich bringen könnte. Die Bestimmung der Kernkompetenzen zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit; der Aufwuchs; die Anschaffung von Führungs-, Informations- und Übermittlungssystemen, die den kombinierten Einsatz von Heer und Luftwaffe erst möglich machen; grosse Rüstungsbeschaffungen wie das zur Diskussion stehende Transportflugzeug – all dies sind Themen, die zunehmend nach einer Erklärung verlangen, wie sie sich in die im Entstehen begriffene europäische Verteidigungslandschaft einpassen.

Schweizerische Militärdoktrin im Widerstreit der Meinungen

Konzeptionelle Richtungskämpfe in der Schweiz unter der Perspektive einer *longue durée*

Wie andere Institutionen in der Schweiz ist auch die Armee, ist auch das Militär nicht einfach ein Instrument der Sicherheitspolitik, sondern ein komplexes Gebilde, das durch mannigfaltige Bezüge eng mit der Gesamtgesellschaft verwachsen und verwoben ist. Vor diesem Hintergrund zeigt der Artikel anhand der Doktrinentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg auf, dass auch die aktuellen Auseinandersetzungen rund um die Armee XXI und den Entwicklungsschritt 08/11 letztlich nur als Teil einer bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Konfliktlinie fundamental unterschiedlicher Militärauffassungen zu verstehen sind.

Peter Braun, Christian Bühlmann*

Einleitung

Welches sind die Ursachen und Gründe für die Veränderungen der Verteidigungspolitik und der Militärdoktrin in der Schweiz? Abgesehen von ironischen Antworten, welche die Unbeweglichkeit unserer politischen Entscheidungsprozesse betonen, gibt es kaum Studien, welche die Entwicklungsmechanismen insbesondere im Bereich des Militärs wirklich erklären.

Dabei sind Polarisierungen und daraus resultierende Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der schweizerischen Verteidigungspolitik und Militärdoktrin grundsätzlich nichts Neues. Meinungsverschiedenheiten über das Wesen des Krieges, über die Ziele der Verteidigung, über die Art und Weise der Kampfführung und über die organisatorische und materielle Ausgestaltung des Kampfinstrumentes existierten bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Eigentliche Richtungskämpfe zwischen den Verfechtern unterschiedlicher konzeptioneller Paradigmen lassen sich in der Folge immer wieder beobachten. Besonders berühmt ist der beinahe zwei Jahrzehnte dauernde «Konzeptionsstreit» nach dem Zweiten Weltkrieg, welcher Mitte der 60er-Jahre durch einen Kompromiss, die rückblickend ausgesprochen beständige Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966, beigelegt werden konnte.

Die Diskussionen vor Inkrafttreten der Armee XXI und neuerdings über den Entwicklungsschritt 08/11, dann aber auch die Rückweisung des Rüstungsprogramms 2004 zeigen, dass sich die konzeptionellen Gräben in den vergangenen Jahren wieder öffnen. Es wäre indessen verfehlt, in diesen neuerlichen Polarisierungen etwas grundsätzlich Singuläres zu sehen, das abgekoppelt von den historischen Entwicklungen verstanden werden könnte. Im Gegenteil: Unter dem Gesichtspunkt einer *longue durée*¹ betrachtet, lassen sich die aktuellen Auseinandersetzungen ebenso wie der «Konzeptionsstreit» der Nachkriegszeit als Teil einer letztlich bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Konfliktlinie divergierender Militärdiskurse in der Schweiz verstehen.

Genau unter diesem Gesichtspunkt sollen im Folgenden die beiden konzeptionellen Auseinandersetzungen analysiert werden. Besonders interessiert dabei auch die Frage, weshalb es im Falle des «Konzeptionsstreits» 1966 zu einer Einigung kommen konnte, während dies in der aktuellen Diskussion offensichtlich nicht oder noch nicht möglich ist.

Richtungen im schweizerischen Offizierskorps

Die Schweizer Armee ist seit ihrer Formierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts «etwas in sich Widersprüchliches», denn obwohl die schweizerische Streitkraft seit jeher als Milizarmee, d.h. nicht als stehendes Heer mit einem Berufsoffizierskorps, organisiert war, adaptierte sie gleichzeitig die Organisations- und Kampfkonzepte stehender Wehrpflichtarmeen.² Diese eigentümliche Verschmelzung zweier an sich grundverschiedener Konzepte führte bereits im 19. Jahrhundert immer wieder zu Problemen: im engeren militärischen Bereich vor allem zu einem ständigen Anpassungswang an die kampforganisatorischen und rüstungstechnologischen Entwicklungspfade der europäischen Grossmächte, darüber hinaus aber auch zu einem grundlegenden Spannungsverhältnis von Militär,

Nation und Gesellschaft, wobei sich diese Spannungen periodisch in regelrechten Richtungskämpfen innerhalb des schweizerischen Offizierskorps entluden.

«Nationale» versus «neue» Richtung

Unter der Perspektive einer *longue durée* betrachtet, lassen sich beinahe sämtliche militär- und verteidigungspolitischen Auseinandersetzungen, selbst jene der Gegenwart, als Teil einer bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Konfliktlinie verstehen. Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang der Kampf zwischen der «nationalen» und der «neuen» Richtung in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg.

Die Anhänger der ersten beharrten dabei auch angesichts der Gefechtsfeldrevolutionen im letzten Drittel des Jahrhunderts auf dem mit der Verfassungsrevision und der Militäroorganisation von 1874 eingeschlagenen Weg einer möglichst engen Verschränkung von Armee und Nation und – damit zusammenhängend – der Realisierung eines spezifisch republikanisch-staatsbürgerlichen Militärs. Auch in konzeptioneller Hinsicht wollten sie am Bisherigen festhalten, d.h., die «wohlorganisierte und wohlausgebildete Milizarmee» sollte entweder als eine an ein Festungssystem angelehnte Schlagarmee nach napoleonischer Ordonnanztaktik eingesetzt werden oder zur Not zum allgemeinen Volkskrieg übergehen, wie ihn einige Vertreter alternativer Konzepte seit Beginn des Jahrhunderts immer wieder gefordert hatten. Diese Kampfweise erlaubte, die Ausbildungszeit kurz zu halten, und versprach zugleich die Mobilisierung republikanisch-nationaler Kampfmotive sowie eine betont zivilstische, den Bürgersoldaten und -offizieren angemesene Ausgestaltung des gegenseitigen Dienstverhältnisses.

¹ Das Konzept der *longue durée* geht auf den französischen Sozialhistoriker Fernand Braudel zurück. In einem 1958 erschienenen Aufsatz unterschied er drei Arten von Zeiten, nämlich die Zeit der Ereignisse oder Zeit der kurzen Dauer, die Zeit der Konjunkturen oder Zeit der mittleren Dauer und die Zeit der Strukturen oder Zeit der langen Dauer. Die *longue durée* beschränkt sich nicht darauf, nur ein einfacher langsamer Bewegungsrythmus der historischen Realität oder eine physikalische Zeitperiode ausgedehnter Dimension zu sein, sondern sie bezieht sich auf den Komplex von Archetypen, Strukturen und Realitäten, die in der menschlichen Gesellschaft entscheidend wirksam sind. Siehe: Braudel, Fernand, Die lange Dauer. In: Theodor Schieder/Kurt Gräbig, Theorieprobleme der Geschichtswissenschaft. Darmstadt 1977 (Wege der Forschung; Bd. 378), S. 164–204.

² Jaun, Rudolf, Vom Bürger-Militär zum Soldaten-Militär: Die Schweiz im 19. Jahrhundert. In: Ute Frevert (Hrsg.), Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1997 (Industrielle Welt; B. 58), S. 48–77, hier S. 48.

Die «neue» Richtung um den nachmali-
gen General Ulrich Wille bezweifelte an-
gesichts des tief greifenden Wandels der
Kampfführung auf dem neuzeitlichen Ge-
fechtsfeld die Tauglichkeit dieses Konzeptes
grundsätzlich. Statt eines Volkskrieges bzw.
der schrittweisen, eher lokal ausgerichteten
Verteidigung des gesamten nationalen Ter-
ritoriums propagierte sie in enger Anlehnung
an das Vorbild Preussen-Deutschland
eine mobile Kriegsführung mit einer klei-
neren, aber durchexerzierten und militä-
risch erzogenen Operationsarmee, die sich
einem Feind zum Zweikampf um den
«Sieg» stellen oder ihn zumindest solange
aufhalten sollte, bis er mit Hilfe eines ver-
bündeten Drittstaates in einer entscheiden-
den Duellschlacht geschlagen werden
konnte. Patriotische Begeisterung und eine
ausschliesslich funktionale Ausbildung al-
lein reichten nach Ansicht der Protagonisten
der «neuen» Richtung nicht aus, um im
Kampf gegen die Wirkung moderner Feuer-
waffen zu bestehen. Vielmehr sollten die
Milizen durch mentalen Drill zu absolut
gehorsamen «Soldaten» und ihre Offiziere
zu auftragstaktisch selbstständig handeln-
den Führern mit entsprechender Autorität
erzogen werden. Dass damit ein einschnei-
dender Wandel im traditionell eher zivili-
stischen Verhältnis von Offizieren und
Mannschaften einherging, versteht sich von
selbst, denn die verschiedenen Chargen der
Armee standen sich nun nicht mehr als
gleichberechtigte Staatsbürger in Uniform
gegenüber, sondern in einem spezifisch
militärischen Subordinationsverhältnis.³

Ab 1907 wurde die «neue» Richtung innerhalb der Schweizer Armee zunehmend dominant; endgültig die Oberhand gewann sie mit der Wahl Ulrich Willes zum Gene-

ral im Ersten Weltkrieg. Von mehreren
Schülergenerationen wurden die willeani-
schen Führungs- und Erziehungsgrundsätze
bis weit über den Zweiten Weltkrieg
hinaus hochgehalten. Während sich das
Gedankengut der «neuen» Richtung quasi
lückenlos auch an bestimmten Personen
festmachen lässt, liegt der Verbleib der
«nationalen» Richtung während der Zwi-
schenkriegszeit weitgehend im Dunkeln.
Erst im Kontext der Orientierungskrise in-
folge der beinahe vollständigen Umklam-
merung der Schweiz durch die Achsen-
mächte nach der Niederlage Frankreichs
im Sommer 1940 erlebte sie innerhalb
einer kleinen Gruppierung vorwiegend
jüngerer Offiziere eine eigentliche Renaiss-
ance, wobei allerdings der genaue An-
schlusspunkt an die bis ins 19. Jahrhundert
zurückreichende Traditionslinie alternati-
ver Militärauffassungen unklar bleibt.

Der Konzeptionsstreit der Nachkriegszeit

Die Krise nach dem Zweiten Weltkrieg

In den beiden ersten Jahrzehnten nach
dem Zweiten Weltkrieg machte die
Schweizer Armee in konzeptioneller Hin-
sicht eine der grössten Krisen seit ihrem
Bestehen durch.⁴ Allerdings sah sich das
Eidgenössische Militärdepartement (EMD)
anders als nach dem Ersten Weltkrieg praktisch
nicht mit antimilitaristisch und pa-
zifistisch motivierter Fundamentalopposition
konfrontiert. Der Grossteil der Bevölke-
rung und alle Parteien mit Ausnahme der
extremen Linken standen nach der traumati-
schen Erfahrung der jahrelangen faschi-
stischen Bedrohung nahezu geschlossen
hinter der militärischen Landesverteidi-
gung, auch wenn freilich da und dort
durchaus Anzeichen von Kriegsmüdigkeit
zutage traten und der Sparwille selbst bür-
gerlicher Parlamentarier zumindest unmit-
telbar nach Kriegsende auch vor den
Verteidigungsausgaben nicht Halt machte.
Nichtsdestotrotz erwuchs dem EMD ernst
zu nehmende Opposition, und zwar ausge-
rechnet aus den Reihen des Offizierskorps
selbst, wo sich noch während des Aktiv-
dienstes im Umkreis von General Guisan
eine kleine, aber engagierte Gruppe jün-
gerer Offiziere herauskristallisiert hatte,
welche nach dem Krieg auch in der
Öffentlichkeit unterstützt von mehreren
Tageszeitungen und nicht zuletzt von der
Sozialdemokratischen Partei lautstark eine
umfassende Armeereform forderte. Es wäre
eine allzu starke Vereinfachung, wollte man
die Forderungen der Reformgruppe aus-
schliesslich auf die militärisch-technische
Dimension reduzieren, hatten doch die
jungen Majore, Hauptleute und Subaltern-
offiziere nicht nur das durch den einschnei-

denden Wandel des Kriegsbildes in den
Jahren 1939 bis 1945 tatsächlich weit ge-
hend überholte operativ-taktische Kampf-
konzept der Schweizer Armee im Visier,
sondern weit umfassender das gesamte
Verhältnis von Militär, Staat, Krieg und
Gesellschaft. Unter der Perspektive einer
longue durée betrachtet, reichen die Wurzeln
des so genannten «Konzeptionsstreits» der
Nachkriegszeit damit bis weit ins 19. Jahr-
hundert zurück.⁵

Die grundsätzlichen Positionen im «Konzeptionsstreit»

Ähnlich wie die Wortführer der «natio-
nalen» Richtung über ein halbes Jahrhundert
vor ihnen verfochtenen die jungen,
reformorientierten Offiziere in bewusster
Abwendung von jeglichem internationa-
len, implizit vor allem deutschen Vorbild
ein betont republikanisch-nationales Mi-
litär- und Gesellschaftskonzept. Sie waren
überzeugt, dass die nationalen Besonder-
heiten der Schweiz auch eine national-
eigentümliche Kampfweise und eine spezi-
fisch schweizerische Lösung der Bewaff-
nungsfrage erheischen. An die Stelle des
von zahlreichen ausgesprochen deutsch-
freundlichen Instruktionsoffizieren bis ge-
gen Ende des Krieges postulierten, nach
preussisch-deutscher Manier drillmässig
erzogenen «Soldaten» bzw. gar «totalen
Soldaten» sollte der zum Kämpfer ausgebil-
deten «Bürger» treten;⁶ an die Stelle einer
beweglichen, auf Sieg und Vernichtung
des Gegners fechtenden Operationsarmee
nach internationalem Muster eine eher
lokal ausgerichtete, stärker im nationalen
Territorium verankerte Verteidigungsorga-
nisation von über das ganze Land verteilt-



Der Waadtländer Bundesrat Paul Chaudet, Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD). Fotos: EMD/VBS

³ Jaun, Rudolf, Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de siècle. Zürich 1999, S. 211–232; Ders., Armee, Nation, Staat und Krieg im Widerstreit der Militärdiskurse des 19. Jahrhunderts. In: Brigitte Studer (Hrsg.), Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848–1998. Zürich 1998, S. 109–124; Ders., Armee und Nation. Schweizerische Militärdiskurse des 19. Jahrhunderts im Widerstreit. In: Urs Altermatt [u.a.] (Hrsg.), Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.–20. Jahrhundert. Zürich 1998 (Die Schweiz 1798–1998, Staat – Gesellschaft – Politik; Bd. 4), S. 149–166.

⁴ Siehe zum Folgenden insbesondere: Braun, Peter, Von der Reduitstrategie zur Abwehr. Die militärische Landesverteidigung der Schweiz 1945–1966. Diss. Univ. Zürich. 2 Teilbde. Baden 2006 (Der Schweizerische Generalstab; Bd. 10).

⁵ Dieser Aspekt geht aus der bislang als Standardwerk geltenden Arbeit des selber an den konzeptionellen Auseinandersetzungen Beteiligten Alfred Ernst nur undeutlich hervor. Siehe: Ernst, Alfred, Die Konzeption der schweizerischen Landesverteidigung 1815 bis 1966. Frauenfeld/Stuttgart 1971.

⁶ Schürch, Gerhart, Bewährung des Bürgers 1939–1945. In: Schweizer Annalen 12 (1945), S. 663–670.

ten, operativen Stützpunkten⁷ oder sogar eine Partisanenarmee.⁸ Jeder Schweizer sollte sich aktiv am Abwehrkampf beteiligen. Ein Sieg, und sei es auch nur ein Abwehrsieg auf operativer Stufe, schien den jungen Offizieren angesichts der absehbaren technologischen und zahlenmässigen Überlegenheit des potenziellen Gegners, d.h. der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten, unmöglich. Sie traten deshalb für eine Beschränkung der Zielsetzung auf das Leisten von lang andauerndem, zähem Widerstand ein, wodurch die Voraussetzung geschaffen werden sollte, dass ein Gegner von einer militärischen Aggression abschreckt würde oder zumindest, dass die Schweiz nach einer ehrenvollen Niederlage und nach einer Änderung der gesamteuropäischen Situation in Europa wieder einmal als souveräner Staat auferstehen könnte.

Auch die Widersacher der Reformer, die zu Beginn ihrer militärischen Karriere beinahe ausnahmslos zum Kreis um Oberstkorpskommandant Ulrich Wille d.J. und Oberst i Gst Gustav Däniker gehörten hatten und die in ihrem militärischen Denken stark von General Wille geprägt waren, schlossen argumentativ unverkennbar an den Richtungsstreit des 19. Jahrhunderts an, indem sie auch angesichts der zahlreichen rüstungstechnologischen und operativ-taktischen Änderungen, die der Zweite Weltkrieg hervorgebracht hatte, gleichsam unbirrt an den Lehren ihres geistigen Übervaters festhielten. Spezifisch schweizerische Lösungen des konzeptionellen Problems, wie sie auch Ulrich Wille zeitlebens als «verkehrte Auffassungen» diffamiert hatte, lehnten sie entschieden ab, da sie – wie der Erstweltkriegsgeneral – der

festen Überzeugung waren, dass die Armee eines Kleinstaates nur dann «kriegsgenügend» sei, wenn sie einem Angreifer mit gleichwertigen materiellen Mitteln und einer ähnlichen Einsatzdoktrin entgegentrete.⁹

Die konzeptionellen Auseinandersetzungen in den 50er- und 60er-Jahren Die Konzeption von 1951

Gegen Ende der 40er-Jahre verlor der Konzeptionsstreit zusehends an Schärfe, als sich im Zuge der zunehmenden Verhärtung des Ost-West-Gegensatzes nach jahrelangen parlamentarischen Sparübungen die Budgetsituation allmählich entspannte, wodurch die aus finanziellen Gründen lange Zeit unmögliche Beschaffung von Panzern langsam, aber sicher in den Bereich des Möglichen rückte. Zumindest für die gemässigten Reformer bestand nun keine zwingende Notwendigkeit mehr, den Kampf in isolierten Widerstandszentren zu führen.

In den ersten Jahren des neuen Jahrzehntes kamen die konzeptionellen Auseinandersetzungen zunehmend ganz zum Erliegen. Hinsichtlich der Einsatzdoktrin wurden die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg insofern gezogen, als dass die neue *Truppenführung 51* den spezifisch schweizerischen Verhältnissen, etwa dem Gelände, aber auch der beschränkten Offensivkraft der verfügbaren Verbände, entschieden stärker Rechnung trug als sich das diesbezüglich allzu stark am deutschen Vorbild orientierende Vorgängerreglement *Felddienst 27*. Vorgesehen war ein Abwehrkampf in einem überwiegend statischen, anders als die Limmattstellung von 1939/40, aber taktisch tief gestaffelten Verteidigungsdispositiv mit dem Ziel, den Gegner möglichst schwer zu schädigen. Gegenangriffe auch ganzer Heereseinheiten wurden zwar ebenfalls in Betracht gezogen, sollten aber die Ausnahme bleiben.¹⁰ Dem in der *TF 51* umschriebenen Kampfverfahren entsprach die Organisation der Armee, wie sie mit der Truppenordnung 51 festgelegt wurde. Auch die neue Truppenordnung war in gewisser Hinsicht ein Kompromiss zwischen den Forderungen der Reformer und denjenigen der Wille-Schüler, wobei das grosse Novum – und sozusagen das Zugeständnis an die Idee einer eher lokal ausgerichteten Verteidigung – die Bildung von Auszugs- und Landwehr-Luftschutzformationen war, welche neben ihrer Hauptaufgabe, dem Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Auswirkungen strategischer Luftangriffe, nötigenfalls auch zum Abwehrkampf an Ort und Stelle herangezogen werden konnten.¹¹

Die nukleare Gefechtsfeldrevolution

Der Truppenordnung 51 war indessen kein sonderlich langes Leben beschieden.



Korpskommandant Georg Züblin galt als prominenter Verfechter der mobilen Verteidigung.

Nur fünf Jahre nach ihrer Einführung zerbrach der militärisch-konzeptionelle Konsens innerhalb des schweizerischen Offizierskorps von neuem. Auslöser der neuerlichen Auseinandersetzungen über die Gestaltung der Landesverteidigung war ein Problem, dem die Verantwortlichen zu Beginn des Jahrzehnts trotz warnenden Stimmen nur marginale Beachtung geschenkt hatten, dasjenige nämlich der nuklearen Dimension neuzeitlicher Kriegsführung. Die ungefähr ab 1953 international geführte Diskussion über die Konsequenzen der Einführung taktischer Atomwaffen für das Kampfverfahren, die Rüstung und die Organisation der Streitkräfte machte auch vor der Schweiz nicht Halt. Nicht zu übersehen ist, dass die prinzipiellen Positionen zwischen den beiden Offiziersrichtungen letztlich in etwa dieselben blieben wie in der ersten Phase des Konzeptionsstreites Ende der 40er-Jahre. Die mittlerweile zum Teil bis in die höchsten Ränge der Armee aufgestiegenen Wille-Schüler gaben sich nach wie vor überzeugt, dass die Schweizer Armee nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn sie den von den ausländischen Führungsmaßen vorgegebenen militärisch-konzeptionellen Entwicklungspfaden so weit als möglich folge.¹² Als Lieferantin von Konzeptressourcen lösten die nunmehr militärisch tonangebenden USA das bis in



Korpskommandant Alfred Ernst, prominenter Verfechter alternativer Verteidigungskonzepte in der LVK.

⁷ Schweizerische Landesverteidigung. In: Volk und Armee 10 (1948), S. 3f.

⁸ Eberhard, Rolf, Das Gesicht des Krieges. In: Schweizer Annalen 12 (1945), S. 695–703.

⁹ Züblin, Georg, Die Armee des Kleinstaates und der Krieg der Zukunft. In: Schweizer Monatshefte 7 (1948), S. 409–415.

¹⁰ Regl 51.20, TF 51, Ziff. 484–533, S. 133–151.

¹¹ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Organisation des Heeres (Truppenordnung) vom 10. Oktober 1950. In: BBl 1950, III, S. 112–153.

¹² Züblin, Georg, Das Problem des Bewegungskrieges. In: ASMZ 7 (1955), S. 477–489.

die unmittelbare Nachkriegszeit nachwirkende deutsche Vorbild definitiv ab. In Bezug auf die Kampfführung auf dem nuklearen Gefechtsfeld propagierten die Amerikaner – und in ihrem Fahrwasser ihre nordatlantischen Alliierten – das Konzept der so genannten *mobile defense*, das auch von den Wille-Schülern als für die Schweizer Armee im Kampf gegen einen atomgerüsteten Gegner einzig Erfolg versprechende Einsatzdoktrin gepriesen wurde. Umgekehrt hielten auch die Armee-reformer an ihrer spezifisch nationalen Militärauffassung fest. Geblieben waren insbesondere deren grundsätzliche Skepsis gegenüber jeglicher Art von kostenintensiven Hochtechnologiewaffen und ihr entschiedenes Plädoyer zugunsten einer eng im nationalen Territorium verankerten, flächendeckenden Verteidigung, die hauptsächlich von der dem Milizsystem und den kleinstaatlichen Möglichkeiten ihrer Ansicht nach besser entsprechenden Infanterie getragen werden sollte.¹³

Der zwischenzeitliche Sieg der Wille-Schüler

Die Wille-Schüler setzten sich schliesslich durch. Nach zahlreichen finanziellen Abstrichen stimmte das Parlament im Herbst 1960 der Truppenordnung 61 zu, welche die Aufstellung dreier Mechanisierten Divisionen beinhaltete, deren Aufgabe vor allem darin bestand, einen durch eine mit Atomwaffen geschlagene Bresche vorstossenden Gegner aus dezentralisierten Warteräumen heraus anzufallen und zu vernichten.¹⁴ Dem parlamentarischen Entscheid zugunsten der Heeresreorganisation folgte wenige Monate später die Zustimmung zu den damit zusammenhängenden umfangreichen Aufrüstungsprojekten, namentlich die Beschaffung von 150 Kampfpanzern, 540 Schützenpanzern¹⁵ und 100 Überschallflugzeugen Mirage IIIS.¹⁶

Der zwischenzeitliche Erfolg des willeanschen Ansatzes hat verschiedene Gründe. Zum Ersten führte das Aufkommen taktischer Nuklearwaffen und die damit zusammenhängende Gefechtsfeldrevolution zu einem massiven Schwund an Vertrauen in die zu Beginn der Fünfzigerjahre implementierte Verteidigungsdoktrin. Die mit einer fundamentalen konzeptionellen Neuorientierung verbundenen Opportunitätskosten sanken dadurch erheblich. Zum Zweiten löste der forschende und reformfreudige Bundesrat Paul Chaudet an der Jahreswende 1954/55 den politisch schwachen und allein schon deshalb eher zu vorsichtigen Lösungen der Konzeptionsfrage tendierenden Karl Kobelt an der Spitze des Eidgenössischen Militärdepartementes ab. In den gleich zu Beginn seiner Amtszeit eingeleiteten konzeptionellen Auseinandersetzungen kommt seiner Person denn auch eine eigentliche Katalysatorkfunktion

zu. Zum Dritten gewannen die Wille-Schüler gegen Ende der Fünfzigerjahre durch verschiedene Neubesetzungen von Korpskommandantenposten innerhalb der Landesverteidigungskommission (LVK), des höchsten militärischen Gremiums in Friedenszeiten, die Oberhand. Zum Vierten schliesslich ist auch die schlechende Verschlechterung des internationalen Klimas im Zuge der Ungarnkrise im Spätherbst 1956 zu erwähnen. Umfangreiche Rüstungskredite hatten nun im Parlament wieder einen erheblichen leichteren Stand als in der kurzen Tauwetterphase nach dem Tode Stalins 1953. Nichtsdestotrotz soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Truppenordnung 61 erst nach massiven finanziellen Abstrichen vor den eidgenössischen Räten passierte, wobei die SP-Fraktion dem Projekt in der Schlussabstimmung sogar insgesamt ihre Zustimmung versagte. Dies wirft bereits ein deutliches Licht darauf, dass die konzeptionellen Gräben Anfang der 60er-Jahre letztlich nur notdürftig überwunden wurden.¹⁷

Die Konzeption vom 6. Juni 1966

Markierten die Berlin- und Kuba-Krisen zu Beginn der 60er-Jahre noch zwei besonders gefährliche Höhepunkte in der bald zwei Jahrzehnte andauernden Ost-West-Konfrontation, so entspannte sich die internationale Lage ab 1963 zusehends. Die allgemeine weltpolitische Entspannung schlug sich auch auf die Schweiz nieder, deutlich ablesbar an der Tatsache, dass grösseren militärischen Investitionen vor der Bundesversammlung wieder ein spürbar kälterer Wind entgegenwehte. Zugleich verlor die Armee auch aufgrund innergesellschaftlicher Veränderungsprozesse sukzessive einen Teil ihrer einstigen Stellung als zentrale gesellschaftliche Bezugsgrösse und Sinnbild nationaler Identität.¹⁸ Ausgerechnet in diesem Klima abnehmender äusserer Bedrohung einerseits und sich anbahnender «Säkularisierung» der Armee andererseits schlitterte das EMD 1964 in die wohl grösste innen- und militärpolitische Krise der schweizerischen Nachkriegsgeschichte: in die Mirage-Affäre.

Zu weiten Teilen kann die Mirage-Affäre nur vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Luftkriegsführung Ende der 50er-Jahre verstanden werden. Denn bei näherem Hinsehen entpuppen sich die enormen Kostenüberschreitungen von über einer halben Milliarde Franken, die 1964 zu einem Eklat in den beiden Räten und zu einem massiven Vertrauensverlust von Parlament und Öffentlichkeit in Bundesrat und Verwaltung führten, nicht, wie dies zeitgenössisch oft kritisiert wurde, einfach als Resultat eines spezifisch schweizerischen Perfektionismus oder gar eines Grössenwahns der beschaffenden Instanzen. Sie waren vielmehr eine mehr

oder weniger direkte Konsequenz des von der LVK definierten, sich eng an nordatlantische Vorbilder anlehndenden und letztlich überdehnten Aufgabenspektrums der Flugwaffe.¹⁹

Erneute Krise infolge der Mirage-Affäre

Die Mirage-Affäre mit all ihren Konsequenzen war in vielerlei Hinsicht ein herber Rückschlag für die offiziell verfochtene Verteidigungsdoktrin mit ihrer engen konzeptionellen Anlehnung an entsprechende Kampfverfahren modernst gerüsteter NATO-Streitkräfte. Ganz allgemein kann konstatiert werden, dass das EMD mit seinem politisch schwer angeschlagenen Bundesrat Chaudet an der Spitze geschwächt aus der Krise hervorging. Aber auch materiell waren die Folgen der Affäre in Bezug auf die künftige Entwicklung des schweizerischen Wehrwesens folgeschwer. Durch die Reduktion der Mirage-Beschaffung war die Aussicht, über den sich weiträumig verschiebenden Mechanisierten Divisionen einen Luftschild aufbauen zu können, zumindest fragwürdig, wenn nicht gar überhaupt illusorisch geworden. Zerschlagen hatte sich mehr oder weniger auch die Hoffnung, die Erdstreitkräfte in den Bahnen der ursprünglichen Projekte weiter auszubauen. Einen empfindlichen Dämpfer hatte das Mirage-Debakel schliesslich auch den nuklearen Ambitionen gewisser hoher Offiziere versetzt. Denn es war mehr als zweifelhaft, dass das Parlament die für eine Beschaffung eigener Atomwaffen nötigen umfangreichen Kredite nach den schlechten Erfahrungen beim Mirage-Geschäft je bewilligen würde.²⁰

¹³ Ernst, Alfred, Überlegungen zur Armeereform. In: Basler Nachrichten Nr. 502, 504 und 506 vom 26., 27. u. 28.11.1957.

¹⁴ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Organisation des Heeres (Truppenordnung) vom 30. Juni 1960. In: BBl 1960, II, S. 321–388.

¹⁵ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Beschaffung von Kriegsmaterial (Rüstungsprogramm 61) vom 27. Januar 1961. In: BBl 1961, I, S. 164–185.

¹⁶ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Beschaffung von Kampfflugzeugen (Mirage III S) und von weiterem Material für die Fliegertruppen vom 25. April 1961, I, S. 793–823.

¹⁷ Braun, a.a.O.

¹⁸ Haltiner, Karl W., Milizarmee – Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Eine soziologische Untersuchung über die Auswirkungen des Wertewandels auf das Verhältnis Gesellschaft – Armee in der Schweiz. Frauenfeld 1985, S. 21–253.

¹⁹ Braun, Peter, Der Bogen darf nicht überspannt werden. Die Suche nach einer neuen Luftverteidigungskonzeption Ende der fünfziger Jahre und die Beschaffung des Mirage III S. Liz. Univ. Zürich 2000, Ms.

²⁰ Braun, Von der Reduitstrategie zur Abwehr, S. 877f.



Die Mirage III S, von welcher statt 100 nur mehr deren 57 beschafft werden konnten (inkl. Doppelsitzer und Mirage III RS).

Eine Überprüfung des gesamten Fragekomplexes von Einsatzdoktrin und daraus abgeleiteten Rüstungsbedürfnissen drängte sich vor diesem Hintergrund gleichsam auf. Ein verbindlicher Auftrag, dies tatsächlich zu tun, ging direkt aus den Reihen des Parlamentes hervor, das im Sommer 1964 eine entsprechende Motion des Schaffhauser SP-Nationalrates Walther Bringolf annahm und an den Bundesrat überwies.²¹ Den Sozialdemokraten ging es dabei nicht einfach um eine «Überprüfung der Konzeption der Gesamtverteidigung», wie es im Motionstext wörtlich hieß. Letztlich zierte der parlamentarische Vorstoss weit umfassender auf eine einschneidende militärpolitische Kurskorrektur. Wie erwähnt, hatte die SP-Fraktion im Herbst 1960 geschlossen für eine Rückweisung des umstrittenen bundesrätlichen Armeereformprojektes votiert, und zwar vor allem aus der Befürchtung heraus, im Falle einer Zustimmung weit reichende rüstungsmässige und finanzielle Präjudizien zu schaffen. Die immensen Mehrkosten bei der Mirage-Beschaffung schienen solche Befürchtungen nur allzu anschaulich zu bestätigen. In der durch das Mirage-Debakel entstandenen Krisensituation bestand nun die berechtigte Hoffnung, der ehemals konkurrierenden Alternativkonzeption, die sich mit den sozialdemokratischen Vorstellungen von einer effizienten, relativ kostengünstigen und neutralitätspolitisch unbedenklichen Landesverteidigung deckte, nachträglich doch noch zum Durchbruch zu verhelfen. Es war zudem nahe liegend, der Absicht, eine militärpolitische Kurskorrektur herbeizuführen, auch durch personelle Forderungen Nachdruck zu verschaffen, d.h. den übermächtigen Einfluss der Wille-Schüler innerhalb der LVK zu brechen. In der Person des prominentesten Verfechters alternativer Verteidigungskonzepte, Oberstdivisionär Alfred Ernst, wurde ein ernst zu nehmenden

der Gegenspieler in dieses Gremium berufen. Eine Wahl Ernsts zum Generalstabschef konnte die LVK durch massiven Druck auf die Wahlbehörde zwar gerade noch verhindern. Dass er als Kommandant eines Feldarmeeekorps künftig aber an ihren Sitzungen teilnehmen würde, hatte sie zwar höchst widerwillig zu akzeptieren. Wie sich bald zeigen sollte, reichte sein Einfluss auch in dieser Funktion allemal, um sich mit der Rückendeckung des infolge der Mirage-Affäre um einen Ausgleich bemühten Bundesrates und mit der Unterstützung des neuen Generalstabschefs (Oberstkorpskommandant Gygli löste Oberstkorpskommandant Annasohn ab) in den meisten wichtigen Punkten durchzusetzen.²²

Der Kompromiss: die «Abwehr»

In ihrer neuen Zusammensetzung machte sich die LVK unmittelbar ab Beginn des Jahres 1965 an die Ausarbeitung des in der Motion Bringolf geforderten Berichtes über die künftige Konzeption der Landesverteidigung. Relativ rasch konnte dabei eine Einigung erzielt werden. Dies geschah in Form eines Kompromisses, mit dem sich beide innerhalb des Gremiums vertretenen Richtungen mehr oder weniger guten Gewissens einverstanden erklären konnten. Die konsensfähige Lösung bestand in einer Synthese der beiden sich seit über einem Jahrzehnt diametral entgegenstehenden konzeptionellen Auffassungen, der so genannten «Abwehr». Unter Abwehr verstanden die Autoren des Berichtes eine Kampfform, die vom Regiment bis Stufe Armeekorps, d.h. sowohl auf taktischer wie auch auf operativer Stufe, Anwendung finden sollte und die einerseits das Halten von Stützpunkten und Sperren durch die Infanterie und andererseits das Führen von Gegenschlägen, in Ausnahmefällen auch Gegenangriffen durch mechanisierte Verbände beinhaltete. Der Gegner

sollte durch mehrere tief gestaffelte Abwehrzonen kanalisiert und abgenützt werden. Die Erdtruppen sollten danach trachten, durch Gegenangriffe und Überfälle die Verstärkung und Versorgung der feindlichen Angriffsspitzen immer wieder zu unterbinden, während die Panzertruppen den in die Tiefe des Abwehrraumes eingebrochenen oder aus der Luft gelandeten Gegner mit Unterstützung der Flugwaffe zu zerschlagen hatten.²³

Das im bundesrätlichen Bericht über die militärische Landesverteidigung vom 6. Juni 1966 umschriebene Abwehrkonzept trug unverkennbar die Handschrift Alfred Ernsts, weshalb es nicht weiter erstaunt, dass vor allem die SPS dem Inhalt von Anfang an äußerst wohlwollend gegenüberstand.²⁴ Aber auch die Bürgerlichen wurden in den parlamentarischen Debatten, die im September 1966 stattfanden, nicht müde, den Geist realistischer Selbstbeschränkung zu loben, von dem die neue Konzeption durchdrungen war. Positiv hervorgehoben wurde insbesondere die Tatsache, dass den Grenzen, welche einem Kleinstaat bei der Beschaffung von hochtechnologisiertem Rüstungsmaterial gesetzt waren, künftig wieder vermehrt Rechnung getragen werden sollte und dass – damit zusammenhängend – der engen konzeptionellen Anlehnung an den durch die militärischen Führungsmächte vorgegebenen internationalen Mainstream der Kampfführung eine relativ deutliche Absage erteilt wurde.²⁵

Mit der Vorlage des politisch breit abgestützten Konzeptionsberichtes vom 6. Juni 1966 konnte der während des Zweiten Weltkrieges zerbrochene militärisch-konzeptionelle Konsens ausgesprochen dauerhaft wiederhergestellt werden. Wie Phönix aus der Asche war aus der Krisensituation, in welche die Landesverteidigung durch die Mirage-Affäre geraten war, eine Konzeption hervorgegangen, welche politisch breiteste Akzeptanz fand. Wie sich dies verschiedene Parlamentarier während der Konzeptionsdebatten erhofft hatten, kehrte nun tatsächlich eine gewisse Ruhe und Sicherheit in die schweizerische Militärpolitik ein. In ihren Grundzügen sollte die Konzeption von 1966 gar bis zum Ende des Kalten Krieges Bestand haben, wobei die Bedrohungskonstanz in der relativ berechenbaren bipolaren Welt das ihre dazu

²¹ Motion Bringolf. In: AmtlBull NR, 1964, S. 258.

²² Braun, a.a.O., S. 878–924.

²³ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966. In: BBI 1966, I, S. 853–877.

²⁴ Hürlimann, Jacques, SPS und militärische Landesverteidigung 1945–1966. Diss. Univ. Zürich. Zürich 1985, S. 103f.

²⁵ Braun, a.a.O., S. 936–942.

beigetragen haben dürfte. Eine vergleichbare Grundsatzdebatte, wie sie sich in den beiden ersten Jahrzehnten des Kalten Krieges entwickelt hatte, blieb der Armee auf jeden Fall bis weit in die 80er-Jahre hinein erspart.

Die Armeereform XXI

Ähnlich wie die Auseinandersetzungen in den beiden ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich auch der Richtungsstreit rund um die Armee XXI nur vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung verstehen. Der Fall der Berliner Mauer 1989 und der anschliessende Zusammenbruch des Ostblocks führten zu einem Wegfall direkter militärischer Spannungen in Mitteleuropa. Gleichzeitig wurde das Sicherheitsumfeld ungleich komplexer als in den Jahren des Kalten Krieges, was notgedrungen auch Auswirkungen auf die Ausrichtung moderner Streitkräfte haben musste. Personell und materiell grosszügig dotierte Massenarmeen mit fragwürdigem sicherheitspolitischen Rendement konnten und wollten sich immer weniger westliche Staaten leisten – auch die Schweiz nicht. Die Aufrechterhaltung einer grossen Milizarmee wurde darüber hinaus auch aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen je länger je schwieriger, sank doch vor dem Hintergrund der Globalisierung die Bereitschaft der Wirtschaft kontinuierlich, der Armee

genügend Kader zur Verfügung zu stellen. All diese Veränderungsprozesse liessen die Existenzberechtigung der Ende der Achtzigerjahre konzipierten und noch auf die symmetrischen Bedrohungen des Kalten Krieges ausgerichteten Armee 95 stetig schwinden.

Nur kurze Zeit nach Inkrafttreten des Armeeleitbildes 95 sah sich Bundesrat Adolf Ogi, der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), veranlasst, eine neue Reform einzuleiten. Ausschlaggebend dafür waren nicht zuletzt die in einem wirtschaftlich und finanzpolitisch immer stärker unter Druck stehenden Umfeld bald offen zutage tretenden Grenzen der Armee 95 – Grenzen, welche es nach Ogis Ansicht ausschlossen, die Armee einfach evolutionär an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Bedacht darauf, die im Rahmen der Planung der Armee 95 begangenen Fehler zu vermeiden – Kritiker monierten, diese sei ohne wirkliche Vernehmlassung im sprichwörtlichen Elfenbeinturm konzipiert worden –, strebte der Departementsvorsteher von Anfang an die Implementierung eines konsensualen und weit gehend offenen Verfahrens an. In Einklang mit dieser Absicht sollte die Armee XXI auf wissenschaftlicher Grundlage von einem Expertenteam geplant werden. Um ein Referendum und damit eine Verzögerung des Inkrafttretens möglichst zu vermeiden, wurde darüber hinaus ein einvernehmliches Vorgehen, gestützt auf eine frühzeitige Eröffnung der öffentlichen Debatte, in Aussicht genommen. Jede Projektphase sollte für ausgesprochen breit angelegte Konsultationen offen sein.

Die Genese der Armee XXI

Nicht einmal drei Monate, nachdem er von Bundesrat Kaspar Villiger das Eidgenössische Militärdepartement übernommen hatte, kündigte Bundesrat Adolf Ogi am 16. März 1996 an der Präsidentenkonferenz der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) an, dass er die Armee im Zeithorizont 2005 grundlegend zu reformieren gedenke. Eine Armee von 400 000 Mann – so gab er sich überzeugt – erscheine im Hinblick auf die Bedrohung, aber auch angesichts der demografischen Entwicklung überdimensioniert. Nur wenige Wochen nach dieser öffentlichen Absichtserklärung, am 5. Juni, rief Ogi – nach dem Muster der «Kommission Schmid» Ende der Sechzigerjahre – eine Expertenkommission unter Leitung von Botschafter Edouard Brunner ins Leben und beauftragte diese, bis Ende 1997 sicherheits- und militärpolitische Leitideen für die Schweiz nach der Jahrtausendwende zu entwickeln und damit die Grundlagen für einen neuen sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates zu legen.



Eine Karikatur aus dem Nebelgärtner nahm Bezug auf den Einsatz von Korpskommandant Alfred Ernst in der Landesverteidigungskommission LVK (Bundesrat Chaudet meint «Meine Herren, wir wollen mit Ernst unseren Auftrag zu erfüllen suchen ...»).

Der Bericht Brunner und der SIPOL B 2000

Der Schlussbericht der Kommission für strategische Fragen («Bericht Brunner») wurde der Öffentlichkeit Ende Februar 1998 – rund anderthalb Jahre nach der Auftragserteilung – in einer Serie von Anlässen vorgestellt. Ausgehend von der Einschätzung, dass die Gefahr eines Krieges in Europa sehr gering geworden sei, dass sich aber der für die Schweiz relevante Sicherheitsraum vergrössert habe, kam die Kommission zum Schluss, dass sich Sicherheit nicht mehr allein dadurch garantieren lasse, dass das Land seine Anstrengungen auf die autonome militärische Verteidigung konzentriere. Nötig sei vielmehr eine Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten sowie mit internationalen Organisationen und Bündnissen. Aufgrund der veränderten geopolitischen Lage habe die Neutralität sowohl völkerrechtlich als auch in der Wahrnehmung des Auslandes an Bedeutung verloren. Deshalb sei der bisherige pragmatische Kurs fortzusetzen und die Neutralität weiterhin flexibel als Mittel zur Wahrung schweizerischer Interessen einzusetzen, nicht aber als Selbstzweck zu betrachten.²⁶

Allgemein wurde der Inhalt des Berichtes sowohl in den Medien als auch im Rahmen eines umfangreichen Konsultationsverfahrens, das in den Monaten nach seinem Erscheinen durchgeführt wurde, positiv beurteilt. Es gab aber auch kritische Stimmen. Im Mai erschien der Gegenbericht *Strategischer Wandel* von Nationalrat Christoph Blocher, das einzige Kommissionsmitglied, welches dem Bericht nicht zugestimmt hatte. Blocher kritisierte vor allem, dass sich der Bericht Brunner ohne Begründung vom «Grundsatz der dauernden Neutralität, einer der wichtigsten sicherheitspolitischen Maximen der Schweiz» distanziere, was für den Kleinstaat grosse Risiken mit sich bringe, insbesondere die Gefahr, in internationale Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Die Schweiz brauche auch in Zukunft – neben einer kleinen, professionellen Truppe für den Informationskrieg – eine bestandestarke Milizarmee. An der dauernden, bewaffneten Neutralität sei strikte festzuhalten; bewaffnete Truppen in Auslandseinsätzen seien abzulehnen. Kernkompetenz sei der Kampf. Die Armee dürfe ihre Kampffähigkeit nicht «in allerhand halbmilitärischen Experimenten im In- und Ausland» einbüssen.²⁷

Die offiziellen Leitlinien für den zu erstellenden bündesrätlichen Bericht, die der VBS-Vorsteher am 14. September dem

²⁶ Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Bern, 26.02.1998.

²⁷ Blocher, Christoph, *Strategischer Wandel. Strategischer Studienbericht zur Weiterentwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik*. April 1998.



Dieses Bild zeigt den Panzer 68, eine Weiterentwicklung des Schweizer Panzers 61, der das Rückgrat der im Rahmen der TO 61 geschaffenen Mechanisierten Divisionen 1, 4 und 11 bilden sollte.

Bundesrat präsentierte, hielten sich demgegenüber eng an die Ergebnisse des Berichtes Brunner, indem sie eine Intensivierung der Beziehungen mit internationalen Organisationen sowie eine verbesserte Koordination der sicherheitspolitischen Instrumente auf nationaler Ebene in Aussicht stellten. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern stand denn auch im Zentrum des Sicherheitspolitischen Berichtes «Sicherheit durch Kooperation» (SIPOL B 2000) vom 10. Juni 1999.²⁸

Das Armeeleitbild XXI

Gut eineinhalb Jahre, nachdem die eidgenössischen Räte den SIPOL B 2000 zu stimmend zur Kenntnis genommen hatten, trat Bundesrat Samuel Schmid, der Adolf Ogi 2001 an der Spitze des Verteidigungsdepartementes abgelöst hatte, mit den Rahmenbedingungen des Armeeleitbildes XXI (Aufrechterhaltung der Neutralitätspolitik, Beibehaltung der Miliz, Bedeutung der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen, abgestufte Bereitschaft) an die Öffentlichkeit. Die künftige Armee sollte multifunktionell sein, d.h. «capable de faire face à une palette étendue de dangers et menaces» und modular, d.h. «découpée [...] en éléments fins, que l'on assemblera de cas en cas, de manière adaptée et en fonction de moyens disponibles».²⁹

Ende Juni 2001 lagen die Vernehmlassungsantworten der vier Bundesratsparteien zum Armeeleitbild XXI (ALB XXI) vor. Die SVP lehnte das ALB ab und wies es zur Überarbeitung an den Bundesrat zurück, wobei sie namentlich das Fehlen eines Konzeptes für eine autonome Verteidigung kritisierte, was zur Folge habe, dass im Ernstfall zwingend ein Anschluss an ein Militärbündnis gesucht werden müsse. Zudem sah sie in der Reduktion des Milizbestandes um mehr als die Hälfte bei gleichzeitiger Aufstockung des Berufsmilitärs eine Verletzung des Milizprinzips. Skeptisch war auch die FDP, welche wie

die SVP ein klares Bekenntnis zur Milizmee, weitere Präzisierungen zur Neutralität und eine klare Konzentration auf die Kernaufgabe, die Landesverteidigung, forderte. Genau davon wollte die SP nichts wissen, welche eine Abkehr von einer Verteidigungsarmee postulierte und sich für eine kleine, für internationale Friedenseinsätze taugliche Armee mit 15 000 Zeitsoldaten aussprach. Nur die CVP stellte sich grundsätzlich hinter den bundesrätlichen Reformvorschlag.³⁰

Ein Teil der Anregungen aus dem Vernehmlassungsverfahren wurde tatsächlich in den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI (Armeeleitbild XXI) vom 24. Oktober 2001 übernommen. Die grundsätzliche Stossrichtung blieb hingegen dieselbe. In Einklang mit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000 umriss das ALB eine Armee, «die – wo nötig – stärker als bisher auf Kooperation ausgerichtet und zu dieser besser befähigt ist». Der Grund für verstärkte internationale Zusammenarbeit liege darin, dass die Entwicklung von Bedrohungen und Gefahren einerseits, der Militärtechnik andererseits es für einen einzelnen Staat immer schwieriger machen würde, den Bedrohungen und Gefahren mit guten Erfolgsschancen allein entgegenzutreten. Die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit habe auch in diesem Bereich zugenommen. Gleichzeitig hätten sich die Möglichkeiten zu einer solchen Zusammenarbeit vermehrt, ohne dass die Neutralität der Schweiz aufgegeben werden müsse. Mit internationaler Kooperation sollten die Chancen zur langfristigen Stabilisierung des Umfeldes – und damit auch zur Erhöhung der Sicherheit der Schweiz – genutzt und die eigenen technischen und finanziellen Beschränkungen kompensiert werden. Längerfristig und im Hinblick auf eine wenig wahrscheinliche, aber nicht auszuschliessende, massive Verschlechterung der politisch-militärischen Verhältnisse in Europa sollte sich die Ar-

mee, wie im SIPOL B 2000 ausgeführt, auf eine weitergehende Zusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften vorbereiten. Neutralitätspolitisch sei dies unbedenklich, da kein Präjudiz für eine allfällige Verteidigungs zusammenarbeit geschaffen würde.³¹

Das Referendum

Nach langwierigen Debatten in den sicherheitspolitischen Kommissionen und im Ratsplenum, die sich allerdings primär um Fragen der Rekrutenschuldauer und ähnliche Probleme von eher untergeordneter Bedeutung drehten, stimmte das Parlament der Änderung des Militärgesetzes am 4. Oktober 2002 schliesslich zu. Bereits einen Tag später kündigten zwei Organisationen, das von Divisionär aD Hans Wächter präsidierte «Bürgerkomitee für eine unabhängige und leistungsfähige Milizmee in einer neutralen und sicheren Schweiz», hauptsächlich bestehend aus der «Aktion Aktivdienst», der «Interessengemeinschaft Miliz» und Vertretern der Schweizer Demokraten, sowie eine Bewegung EU-kritischer Jugendlicher unter dem Namen «young4fun» das Referendum an, das am 21. Januar 2003 mit der nötigen Anzahl Unterschriften zustande kam. Der Hauptvorwurf der Opposition ging dahin, dass die Armee XXI auf eine Zusammenarbeit mit der NATO ausgerichtet sei und daher der Freiheit, der Sicherheit und der politischen Unabhängigkeit der Schweiz schwer schade. Zudem sei die «völlig umgekrampte Grundausbildung» (Trennung von Rekruten-, Unteroffiziers- und Offiziersschule) undemokratisch, und die Reform gefährde das Milizprinzip, weil in Rekruten- und Kaderschulen praktisch nur noch militärisches Berufspersonal ausbilden würde. Schliesslich entspreche das Armeeleitbild XXI der aktuellen sicherheitspolitischen Lage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 bereits nicht mehr, da der Armeeauftrag, schwer wiegenden Bedrohungen der inneren Sicherheit zu begegnen, vernachlässigt werde.³²

²⁸ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999.

²⁹ Vorentwurf Armeeleitbild XXI. Referat von Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Pressekonferenz vom 27. Februar 2001.

³⁰ Meier, Niklaus/Schlumpf, Daniel, Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik von Januar bis Dezember 2001. In: Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2002, S. 209f.

³¹ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI (Armeeleitbild XXI) vom 24. Oktober 2001, S. 18f.

³² Bürgerkomitee für eine unabhängige und leistungsfähige Milizmee in einer sicheren und neutralen Schweiz, Militärgesetzrevision: Für ein verantwortungsbewusstes Nein am 18. Mai 2002.

Abgesehen von der «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) wurde das Referendum im Abstimmungskampf offiziell von keiner grösseren Partei oder Gruppierung unterstützt. Der Souverän nahm denn auch das Militärgesetz am 18. Mai 2003 mit einem Mehr von 76% deutlich an, worauf die Armee XXI am 1. Januar des Folgejahres in Kraft treten konnte. Trotz des ausgesprochen klaren Abstimmungsresultats ist es um die schweizerische Verteidigungspolitik in den vergangenen Jahren nie ganz ruhig geworden. Ein Konsens, wie er mit dem bundesrätlichen Konzeptionsbericht vom 6. Juni 1966 erreicht wurde, ist zurzeit nicht in Sicht.

Der Konzeptionsstreit und die Diskussionen um die Armee XXI: Ein Vergleich

Vergleicht man die Auseinandersetzungen um die Armee XXI mit dem «Konzeptionsstreit» in den beiden ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, so zeigen sich auffällige argumentative Übereinstimmungen, auch wenn dies den Akteuren selbst kaum bewusst gewesen sein dürfte. Wie die «Wille-Schüler» in den Vierziger- und Fünfzigerjahren sahen auch die Planer der Armee XXI in der Armee primär ein Instrument, dessen Effizienz sie auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und moderner Managementmethoden steigern wollten. Der Gradmesser für diese angestrebte Effizienzsteigerung ist einmal mehr die Ausrichtung am internationalen Mainstream der Militärtheorie. Die Gegner der Armee XXI bewegten sich demgegenüber argumentativ unübersehbar im Fahrwasser des «nationalen» Richtung des 19. Jahrhun-

derts respektive der «Armeereformer» in der unmittelbaren Nachkriegszeit, indem sie sich insbesondere für eine zahlenmässig starke Milizarmee und eine Beschränkung auf den Verteidigungsauftrag stark machten und die Anlehnung an internationale Vorbilder im Rahmen der Interoperabilität – eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren der Strategie der «Sicherheit durch Kooperation» im militärischen Bereich – als neutralitätsgefährdend oder gar neutralitätswidrig ablehrten. Der Vergleich zeigt, dass die Grundkonstanzen militärpolitischer Auseinandersetzungen in der Schweiz von ausgesprochen langer Dauer sind, ja dass die Konfliktlinien der aktuellen Debatten strukturell bis weit ins 19. Jahrhundert hinein zurückreichen. Angesichts dieser Beständigkeit divergierender Grundauffassungen drängt sich die Frage förmlich auf, weshalb es im Konzeptionsstreit Mitte der 60er-Jahre zu einer Einigung kommen konnte, während dies in der aktuellen Diskussion offensichtlich nicht zu gelingen scheint.

Die Antwort auf diese Frage liegt nicht in der erwähnten, unter dem Gesichtspunkt einer *longue durée* betrachtet wenig wandelbaren Tiefenstruktur, sondern auf der Ebene der konkreten Ereignisse, wo sich mehrere markante Unterschiede erkennen lassen.

Zuerst zu nennen ist die völlig veränderte Bedrohungsperception. In den 60er-Jahren herrschte bezüglich der Bedrohung, auf welche sich die Armee auszurichten hatte, zwischen beiden Richtungen grundsätzlich Konsens. Der gefährlichste Fall (ein strategischer Überfall des Warschauer Paktes, vorgetragen durch mechanisierte Verbände, massiv unterstützt aus der Luft und eventuell ergänzt durch Atomwaffenschlä-

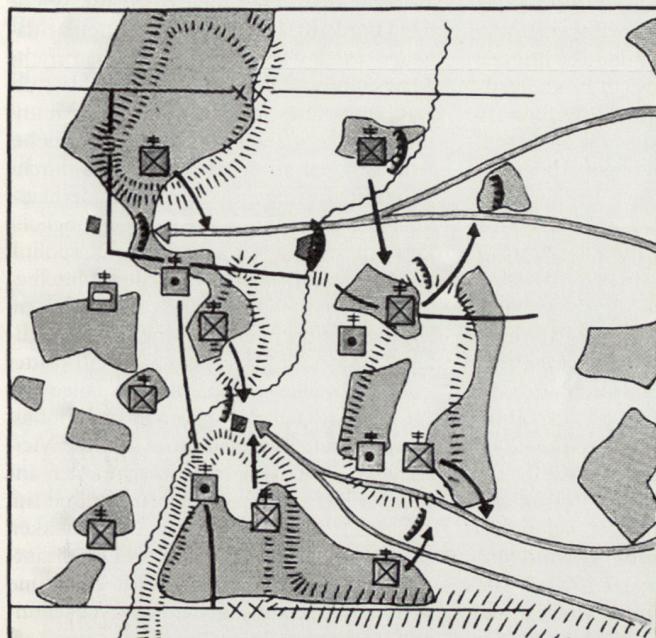
ge) war mit dem wahrscheinlichsten mehr oder weniger identisch. Seit dem Fall der Mauer klafft dagegen zwischen der gefährlichsten und der wahrscheinlichsten Bedrohung ein immer grösserer Riss. Während ein klassischer militärischer Konflikt in Europa, in den auch die Schweiz verwickelt werden könnte, auf Jahre hinaus wenig wahrscheinlich geworden ist, hat sich das Spektrum asymmetrischer Risiken und Gefahren stetig erweitert. Nach offizieller Ansicht erfordert diese neue Situation eine stärkere Betonung ausgreifender sicherheitspolitischer Komponenten und eine Verstärkung der internationalen Kooperation. Die Gegner der Armee XXI wollen demgegenüber am klassischen Verteidigungsauftrag festhalten und lehnen ein verstärktes internationales Engagement vehement ab.

Ein wichtiger Grund, weshalb Mitte der 60er-Jahre ein Kompromiss gefunden werden konnte, liegt auch darin, dass die organisatorische Struktur der Armee gemäss Truppenordnung 61 auch nach der Anpassung der Einsatzdoktrin nicht geändert werden musste. Für die Zustimmung der Wille-Schüler zur Konzeption 66 war dies entscheidend. Heute dagegen gehen die Auffassungen derart stark auseinander, dass sich konzeptionelle Divergenzen praktisch zwangsläufig auch auf die Struktur der Armee niederschlagen. Ein Kompromiss dürfte sich diesbezüglich allein schon wegen der angespannten Finanzlage kaum mehr finden lassen.

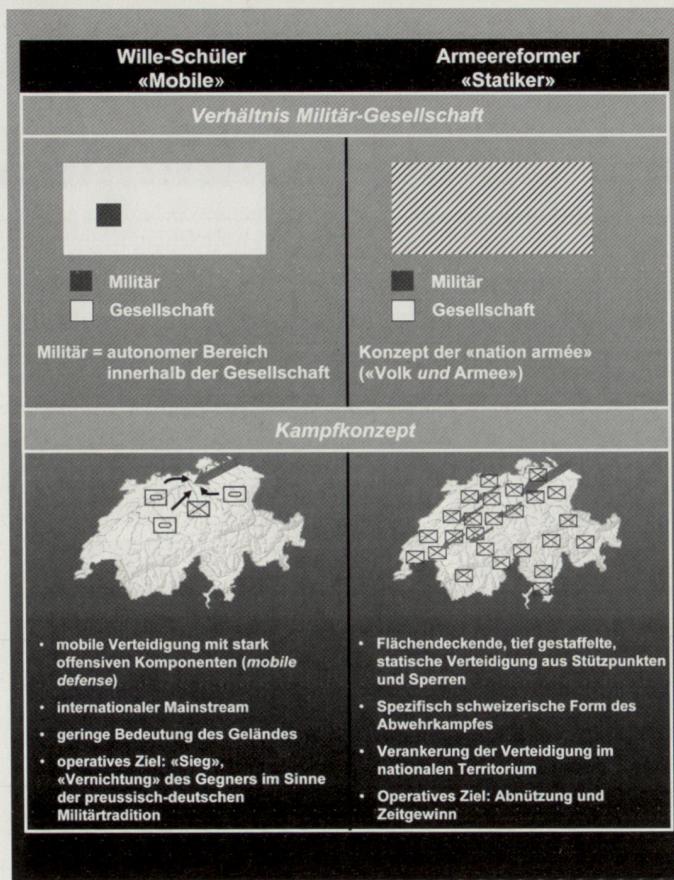
Nicht zu vergessen ist schliesslich auch der Umstand, dass die Landesverteidigungskommission Mitte der 60er-Jahre infolge der Mirage-Affäre stark unter Druck stand, dem Konzeptionsstreit durch Vorlage eines mehrheitsfähigen Konzeptes endlich ein Ende zu bereiten. Ein vergleichbarer Druck fehlt heute, zumal ja die Gegner der Armee XXI von ihrem demokratischen Recht, gegen das neue Militärgesetz das Referendum zu ergreifen, bereits vor Umsetzung der Armeereform Gebrauch gemacht und die Abstimmung deutlich verloren haben. Vor dem Hintergrund dieses klaren Votums des Souveräns dürfte ein Zurückkommen auf den einmal gefällten Entscheid kaum angezeigt sein.

Schlussbetrachtungen

Die Diskussionen im Zusammenhang mit dem Konzeptionsstreit ebenso wie diejenigen im Vorfeld des Projektes Armee XXI werfen ein deutliches Licht darauf, dass sich die Polemiken nicht einzig und allein auf doktrinelle oder organisatorische Aspekte beschränken. Im Gegenteil: Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass die Auseinandersetzungen nicht einfach als reine Interessenkonflikte zu verstehen sind, son-



Das Konzept der Abwehr einer Felddivision.



Diese Darstellung zeigt die wesentlichen Unterschiede der beiden Konzepte «mobil» versus «statisch».

dern dass es sich letztlich um ein Aufeinandertreffen unterschiedlicher soziokultureller Wertvorstellungen und Glaubensüberzeugungen handelt.³³ Die Akteure der beiden Koalitionen unterscheiden sich denn auch primär aufgrund der fundamentalen Werte, die sie verfechten, oder gar aufgrund der jeweiligen Weltbilder, die sie miteinander teilen. Ein Wandel derartiger tiefenstruktureller Überzeugungen kommt einem regelrechten Glaubensabfall gleich. Konversionen im Bereich der politischen, religiösen und philosophischen Überzeugungen sind ausgesprochen selten, weshalb auch kaum zu erwarten ist, dass die Angehörigen einer bestimmten Koalition ihre Art und Weise der Wirklichkeitswahrnehmung einfach über Bord werfen.

Die oben dargestellten, von den verschiedenen Richtungen verfochtenen organisatorischen und doktrinären Paradigmen sind zu grossen Teilen nichts anderes als Projektionen ihrer jeweiligen tiefer liegenden Grundüberzeugungen ins Feld der Verteidigungspolitik. Jene zu kritisieren,

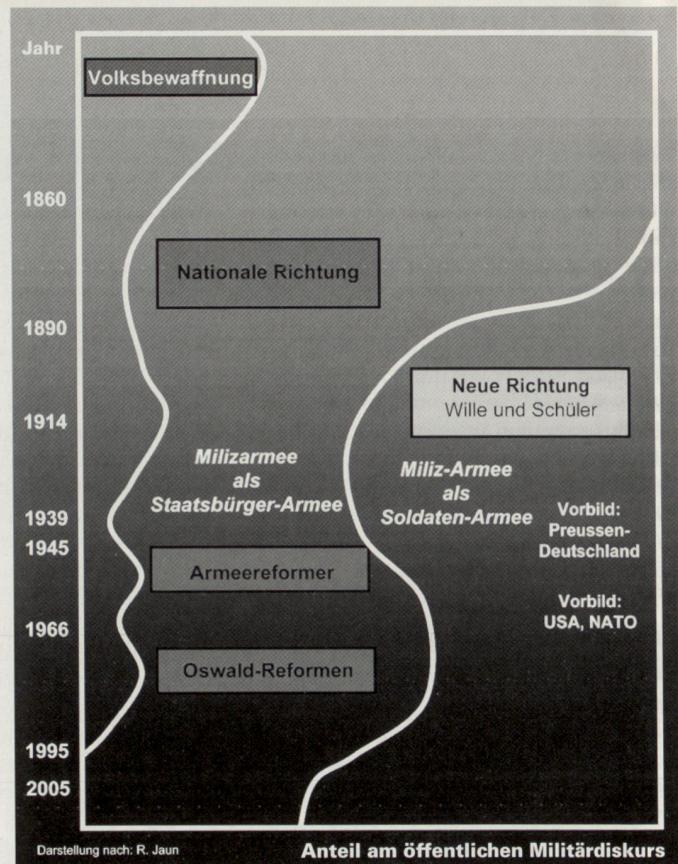
bedeutet denn auch bis zu einem gewissen Grade eine grundlegende Infragestellung der dahinter liegenden fundamentalen Wertvorstellungen. Dies erklärt auch, weshalb sich die Verteidigungspolitik nur unter dem Einfluss eines tiefer greifenden, in der Regel langfristigen Strukturwandels oder eines externen Schocks, wie etwa der Mirage-Affäre Mitte der 60er-Jahre, radikal wandelt.

Die Wertvorstellungen der jeweiligen Akteure sind antagonistisch. Da es letztlich nicht um rationale Aspekte geht, sondern um verschiedene Wahrnehmungen, ist es nicht ohne weiteres möglich, die eine oder andere Gruppierung von der Richtigkeit der jeweiligen anderen Ansicht zu überzeugen. In Bezug auf die aktuelle Diskussion ist deshalb zu erwarten, dass die Polarisierung vorläufig bestehen bleibt. Vielleicht verschärft sie sich sogar noch im Zuge einer anhaltend divergierenden Perzeption des nationalen und internationalen Umfeldes.

Vor diesem Hintergrund ist durchaus absehbar, dass die politischen und verteidigungspolitischen Grabenkämpfe im Parlament andauern und dass dadurch auch die bürgerliche Unterstützung für die Rüstungsprogramme, wie bereits im Jahre 2004 anschaulich vor Augen geführt, weiter abröhrt. Tatsache ist, dass die zwei in den Räten vertretenen Koalitionen, welche der Armee grundsätzlich positiv gesinnt sind, letztendlich gar nicht dieselbe Armee unterstützen! Wohl werden sich Allianzen zu Gunsten gewisser Projekte, die von beiden

³³ Die folgenden Überlegungen basieren auf dem von Paul Sabatier zusammen mit Hank Jenkins-Smith entwickelten Advocacy-Koalitionsansatz (Advocacy Coalition Framework). Siehe dazu: Sabatier, P., Policy Change over a Decade or More. Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach. Boulder u. a. 1993, S. 13–39; Dies., The Advocacy Coalition Framework, An Assessment. Theories of the Policy Process. Boulder 1999, S. 117–166.

³⁴ Wie dies vor kurzem übrigens genau geschehen ist. Siehe Konzeptionspapier der SP Schweiz, Armeabbau und -umbau statt blosse Anpassungen, 27.05.2005.



Die Entwicklung der Konzepte über die Jahre.

Richtungen befürwortet werden, bilden; ein Konsens zugunsten der Beschaffung von Rüstungsgütern aber, welche den tiefer liegenden Wertesystemen nicht entsprechen, dürfte nurmehr schwer zu erreichen sein, und zwar unabhängig von der Qualität der im Rahmen der Debatten vorgebrachten, rein sachlichen Argumente.

Zu bedenken ist auch, dass die Festlegung der übergeordneten Ziele – und damit auch der Werte – der Verteidigungspolitik in erster Linie in den Kompetenzbereich des Bundesrates fällt. Gesetze und Verordnungen über die Armee, für welche die Legislative zuständig ist, betreffen dagegen in der Regel nur organisatorische Massnahmen. Dies hat zur Folge, dass die Debatten rund um die Rüstungsprogramme und erst recht natürlich Versuche, Anpassungen an den Programmen durchzusetzen, für Angehörige von Minderheitskoalitionen praktisch die einzige Möglichkeit darstellen, die Verteidigungspolitik zumindest auf dem Wege der Mittelbeschränkung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Angesichts dieser Spaltung des bürgerlichen Lagers ist vorstellbar, dass ein drittes konzeptionelles Paradigma, dasjenige des rot-grünen Lagers, zunehmend an Einfluss gewinnt, und zwar indem es sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den anderen Koalitionen zunutze macht und mit eigenen Projekten an die Öffentlichkeit tritt.³⁴ Chance oder Risiko? Die Beantwortung dieser Frage sei dem Leser und dem Filter seiner eigenen Wertvorstellungen überlassen.

Die Führungsaufgabe der Teilstreitkraft Heer

Mit der Armeereform A XXI ist die Teilstreitkraft Heer erst richtig aus der Taufe gehoben worden. In der Struktur 95 blieb das Heer die Gruppe für Ausbildung, wurde aber mit einem Weisungsrecht gegenüber den Korps ausgestattet. Das Heer war noch weit davon entfernt, eine Teilstreitkraft zu sein. Die eigentlichen Führungsaufgaben verblieben beim damaligen Generalstab, welcher somit einen Spagat von der taktischen zur strategischen Stufe zu «vollführen» hatte ... kein wirklich Erfolg versprechendes Strukturmodell!

Mit dem Übergang in ein «echtes» Teilstreitkräftemodell standen die Heeresangehörigen und die Partner des Heeres, Planungsstab und Führungsstab, vor einem Modell, welches nun so neuartig war, dass es nicht überall verstanden wurde. Die multifunktionale Armee hat mehrere Aufgaben, richtet sich in ihrer täglichen Aufgabe bewusster auf den Einsatz aus. Der modulare Aufbau soll diese Einsatzausrichtung begünstigen. Diese Schritte, insbesondere der Anspruch der Teilstreitkraft Heer, war einigen zunächst zu gross: «Das Heer führt!» «Ja, was denn?»

Hans-Peter Kellerhals*

Die Aufgaben der Teilstreitkraft Heer

Die Kommandanten der Teilstreitkräfte haben als operative Führer im Zusammenwirken mit dem Chef des Führungsstabes die Umsetzung der militärstrategischen Ziele in Planungen und Operationen sicherzustellen. Dieses «operative Dreieck», wie es in der OF XXI dargestellt wird, ist nicht ein Gremium, das man wie in anderen Streitkräften als «vereinigte Stabschefs» bezeichnen kann, in welchem einer den Part des «Primus inter Pares» spielt. Das Heer wird selbstverständlich in die Planungen des Führungsstabes, welcher für die «Joint Operations» verantwortlich zeichnet, miteinbezogen. Einerseits stellt das Heer sicher, dass die Planungskapazitäten im Bereich der Ausgestaltung der Bodenoperationen im Führungsstab genügen. Dies durch direkte Mitwirkung im Planungsprozess oder durch die Bereitstellung von Stabsoffizieren oder Stabsgruppen in die Joint Operation Planning Group (JOPG). Andrerseits führt das Heer parallel zu den Operationsplanungen das «Forceproviding».

Die Rolle des Forceproviders

Die Aufgabe der Teilstreitkraft Heer als Forceprovider besteht darin, nach Massgabe der zu erfüllenden Aufgabe und nach Vorgaben des Führungsstabes der Armee einem Kommandanten eines Einsatzverbandes die benötigten grundbereiten Kräfte nach Quantität und Qualität zeitgerecht zur Verfügung zu stellen.

* Hans-Peter Kellerhals, Oberst i Gst, Unterstabschef Operationen Heer, 3600 Thun.

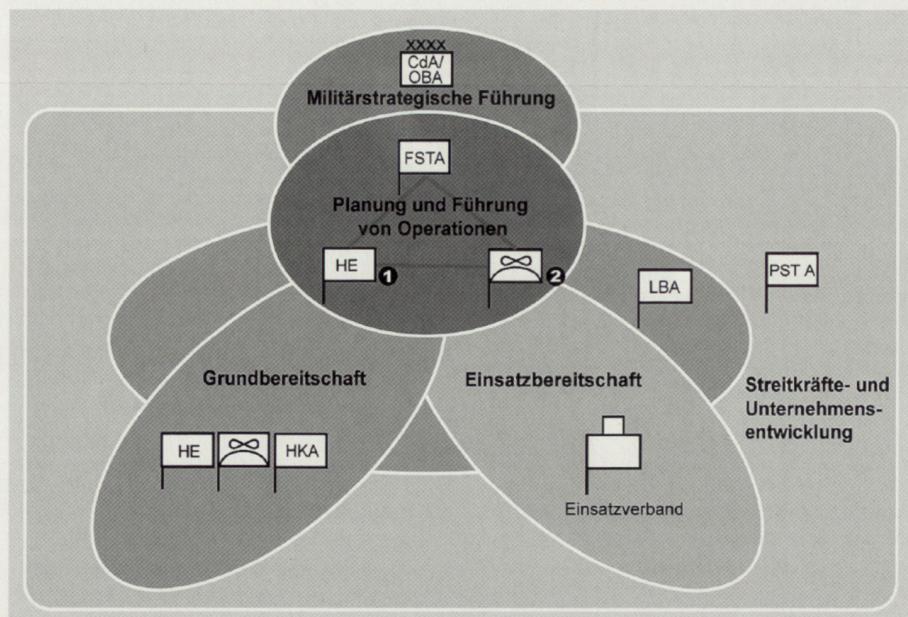
Es ist nun die Aufgabe des Forceproviders, die zur Auftragserfüllung geeigneten Stäbe und Heeresverbände zu bezeichnen, die notwendigen Unterstützungsleistungen abzurufen und die Kommandanten der Einsatzverbände bei der Erreichung der Einsatzfähigkeit planerisch, personell und materiell zu unterstützen. Die Einsatzfähigkeit seiner Truppe liegt aber immer in der Verantwortung des Kommandanten des Einsatzverbandes.

In der aktuellen Struktur kann das Heer im Rahmen eines Joint-Einsatzes für die Führung einer Landkomponente einen verlegbaren «Korpsstab» (zum Beispiel als LCC), vier raumgebundene Stäbe (die Stäbe der Territorialregionen) und neun Brigadestäbe mit den entsprechenden Führungsunterstützungsformationen und -mitteln bereitstellen. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe werden diesen Stäben bedarfsgerecht Bataillone und Abteilungen unterstellt.

Einsatzverbände (aus OF XXI)

137 Einsatzverbände sind massgeschneiderte, aufgrund eines Auftrages oder einer Operations- bzw. Einsatzplanung aus der Grundgliederung gebildete Verbände der mittleren und unteren Führungsebene.

Im Vergleich zu den Vorgängerstrukturen ist die Struktur der heutigen Armee und der Teilstreitkraft Heer wesentlich flacher geworden. Diese Entwicklung ist zweifellos richtig. Im Heer sind die Korpsstufe, die Divisions- und die Regimentsstufe weggefallen. Daraus den Schluss zu ziehen, dass die Einsätze zwangsläufig ab Bern durch den Führungsstab zu führen seien, ist zweifelsfrei ebenso falsch, wie Erstes richtig

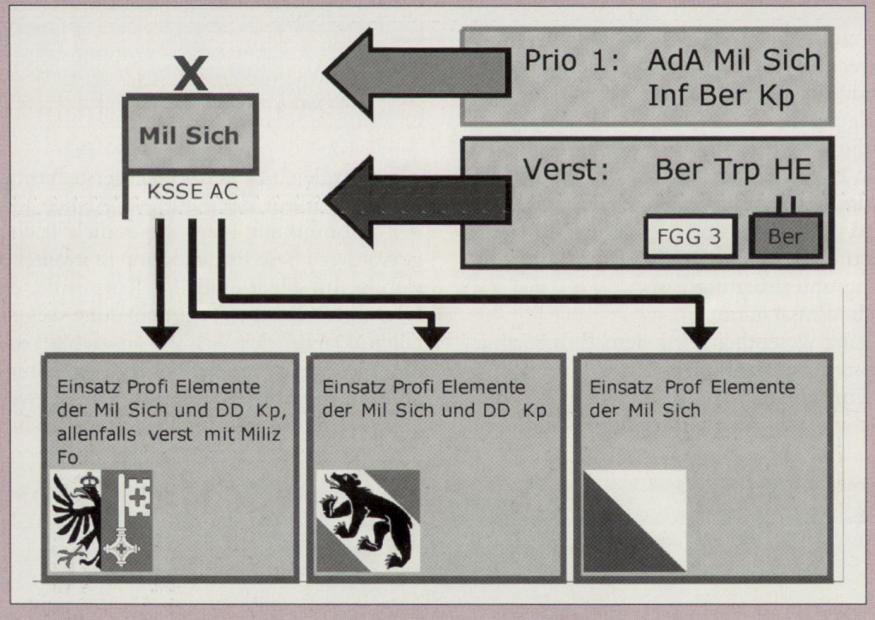




AMBA CENTRO Selbstständiger Einsatz des Heeres

Bis anhin sind die ausländischen Vertretungen in der Schweiz mit Heeres- und Luftwaffeneinheiten geschützt worden. Die beiden Teilstreitkräfte haben nach Vorgaben des Führungsstabes der Armee die Truppen in ihrer Dienstleistungsplanung für diesen Einsatz ausgeschieden, befohlen und die einsatzbezogene Ausbildung nach den Vorgaben sichergestellt. Für die Führung des Einsatzes vor Ort sind die beiden Territorialregionen 1 und 4 dem Führungsstab der Armee direkt unterstellt worden. Diese beiden Kommandanten des subsidiären Siche-

lungseinsatzes (KSSE) waren dem CdA verantwortlich. Ab Mitte dieses Jahres wird in ein neues Operationskonzept übergegangen. Neuer KSSE für den ganzen Einsatz ist der Kommandant der Militärischen Sicherheit, er ist dem Kommandanten Heer unterstellt. Er wird seinen Auftrag vor allem mit den ihm unterstellten Kräften (Berufs Fo und Inf DD in der VBA 2) erfüllen. Das Heer verstärkt ihn soweit und solange dies nötig ist aus den Bereitschaftsverbänden des Heeres.



ist. Die taktische Führung abseits von Bern geschieht im Einsatzraum, durch den bezeichneten taktischen Führer, wenn sie effizient und effektiv erfolgen soll. Dem Einsatzführer ist ein ausreichender Handlungsspielraum zu belassen. Die Stäbe in Bern übernehmen eine koordinierende und unterstützende Funktion und sind das Scharnier zwischen Bedarfsträger und Einsatzführer. Müssen im Einsatzraum Rahmen- und Unterstützungsaktionen geführt werden, welche das einsetzende Kommando in Bern über Gebühr belasten, so kann dies in der Einsatzplanung durch die Einführung einer zusätzlichen Führungsstufe/Führungsstufe berücksichtigt werden.

Führung im Einsatz

Unterstützungseinsätze der Armee zur Existenzsicherung sind in ihrer Mehrzahl durch kantonale Behörden beantragt; sie kommen dann zur Ausführung, wenn die Mittel der zivilen Behörden ausgeschöpft sind und eine besondere, durch die zuständigen kantonalen Behörden nicht zu bewältigende Lage gegeben ist. Obwohl diese Einsätze auch mit kurzer Vorbereitung stattfinden können und die Einsatzführung daher sehr dynamisch verlaufen kann, handelt es sich hier um raumgebundene Einsätze, welche auf klar vorgezeichneten Prozessen ablaufen. Die Zusammenarbeit

mit den zivilen Einsatzverantwortlichen ist besonders eng und wichtig, da in aller Regel die zivilen Bedarfsträger die Einsatzverantwortung tragen. Die Territorialregionen des Heeres mit den Verbindungsstäben (KTVS) und ihren eingespielten Kontakten mit den kantonalen Partnern sind für die Führung solcher Einsätze ganz besonders geeignet.

Raumsicherungs- und Verteidigungsoperationen dagegen verlaufen nicht zwingend während der gesamten Operationsdauer entlang der kantonalen Grenzen und bergen von der Natur der Sache her ein hohes Eskalationspotenzial in sich. Gleichzeitig haben diese Einsätze eine klare nationale Dimension. Der Führungsstab muss deshalb die Frage der Kommandoordnung (Chain of Command) entsprechend Lage und Auftrag konzipieren. Hier bestehen nun unterschiedlichste Lösungen mit Vorteilen und Nachteilen.

Mit dem Befehl für die Grundbereitschaft der Armee hat der Chef der Armee dem Kommandanten Heer den Auftrag erteilt, bereit zu sein, dem Heer zugewiesene Einsätze zu führen. Ein solcher selbstständiger Einsatz des Heeres ist ab Mitte dieses Jahres der Einsatz zum Schutz der ausländischen Vertretungen in der Schweiz, «AMBA CENTRO». Zur Entlastung der Truppenkörper der Miliz und zur Sicherstellung einer kontinuierlichen und gezielten Ausbildung der Truppenkörper des Heeres bis zur Verbandsstufe wird der Einsatz «AMBA CENTRO» neu schwergewichtet durch Profi- und Durchdiensoldaten erfüllt (vgl. Kasten «AMBA CENTRO»).

Führung in der normalen Lage

In der normalen Lage sind die Führungstätigkeiten des Heeres vergleichbar mit jenen eines am Markt operierenden Unternehmens. Täglich stehen etwa folgende Fragen im Zentrum: Auf was haben wir uns vorzubereiten? (Lagefeststellung: Was geschieht im Umfeld, und welches sind deshalb mögliche Einsätze). Ist das Heer bereit, die auftauchenden Aufträge zu erfüllen? (Zeitlich: ist die Alarmierung und die Führungsbereitschaft gewährleistet? Materiell: Sind die Stäbe und Module mit dem Notwendigen ausgerüstet? Personal: Steht das ausgebildete Personal zur Verfügung?) Diese Fragen werden im Heeresstab laufend bearbeitet, im wöchentlichen Lagebericht dem Kommandanten vorgetragen und in Seminaren, Kommandantenrapporten und Workshops bearbeitet und für die Umsetzung vorbereitet.

Darüber hinaus werden im Rahmen von Vorausplanungen – gestützt auf Annahmen – mögliche Herausforderungen der Streitkräfte untersucht und in operative Planungen umgesetzt. Auf der Basis einer militä-

strategischen Weisung, einer Planungsrichtlinie oder eines Vorbefehls erstellt der Führungsstab ein Operationskonzept, die entsprechenden Pläne und Befehle. In der Regel werden derartige Planungen im Rahmen einer JOPG unter Einbezug der Teilstreitkräfte durchgeführt.

Diese Studien, Operationskonzepte und -pläne bilden für das Heer die Grundlage für weitere Planungen, mit dem Ziel, die Grund- und Einsatzbereitschaft des Heeres weitestgehend nach den Bedürfnissen, welchen das Heer Rechnung zu tragen hat, auszurichten.

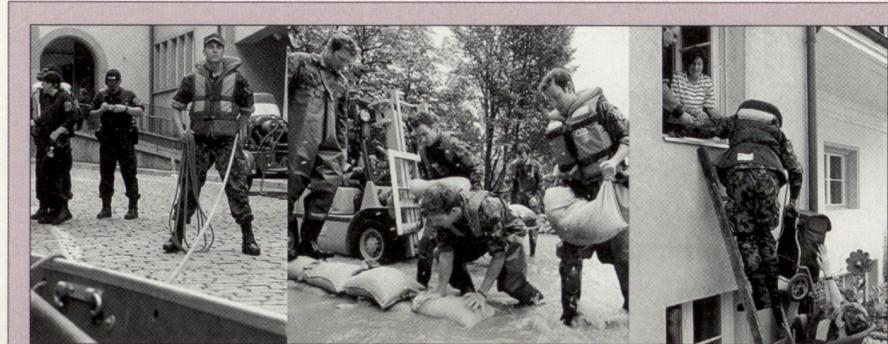
Schlussendlich entstehen daraus die Eckwerte für das Bereitschaftscontrolling Heer und die Gesamtkonzepte für die Stabs- und Verbandsausbildung. Diese Überlegungen und Planungsannahmen fließen dann in die Mehrjahres- und Dienstleistungsplanung ein und werden als Zielvorgaben für die Stäbe und Formationen des Heeres im Heeresbefehl zur Umsetzung vorgegeben.

Vorausplanung (OF XXI)

239 Bereits in der normalen Lage sind mögliche operative Herausforderungen zu analysieren und daraus mögliche militärische Ziele abzuleiten. Dies bildet die Grundlage für die im Rahmen der Vorausplanung zu erstellenden Fallstudien oder vorsorglichen Operationspläne. Diese Pläne dürfen jedoch nicht zu einem starren Festhalten an einem vorbestimmten gegnerischen Verhalten und damit verbunden zu mangelnder Einsicht in reale Entwicklungsmöglichkeiten führen.

240 Fallstudien werden aufgrund einer Planungsrichtlinie im Hinblick auf mögliche zukünftige Herausforderungen erstellt und stützen sich auf bekannte oder angenommene Planungsfaktoren ab. Eventualpläne dienen als Grundlage für die weiterführende Planung und sollten in Koordination und Absprache mit der militärstrategischen Führung und den zivilen Verantwortungsträgern (nationale Sicherheitskooperation NSK) erstellt werden. Die Konkretisierung von Eventualplänen reicht jedoch noch nicht aus für eine wirksame Operationsführung.

241 Vorsorgliche Operationspläne werden im Hinblick auf wahrscheinliche bzw. denkbare Lageentwicklungen erarbeitet und legen den Einsatz vorausbestimmter Kräfte sowie eine Führungsorganisation fest. Sie dienen der vorausschauenden Vorbereitung auf Lageveränderungen und sind wenn immer möglich durch Simulation zu verifizieren.



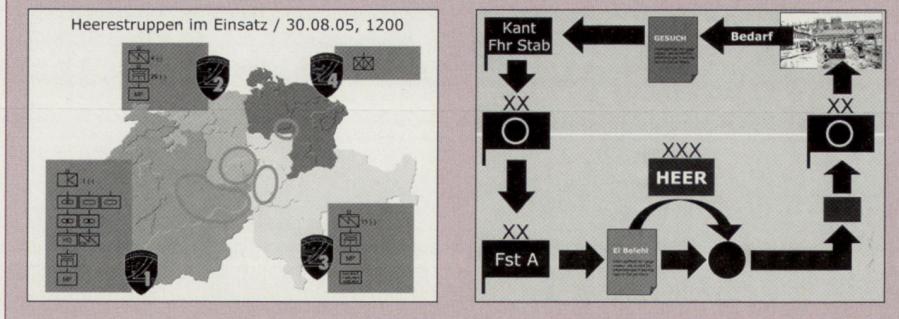
AQUA 0805 Bewältigung einer ausgedehnten Schadenslage

Die Schadenslage nach den heftigen Niederschlägen im vergangenen Jahr hatte immense Ausmasse. Zahlreiche Kantone im Raum der Territorialregionen 1, 2 und 3, auch einzelne Gebiete im Raum der Ter Reg 4, waren stark betroffen. In der Phase der Spontanhilfe galt es, Sandsäcke abzufüllen, Verkehrsleit- und Absperrmassnahmen zu unterstützen, wichtige Einrichtungen zu schützen und einzelne Schadensgebiete zu überwachen. Die ersten Heerestruppen waren sehr schnell in ihren Einsatzräumen. Jederzeit waren ausreichend Kräfte verfügbar. Für die zivilen Behörden ging es zunächst darum, einen Überblick über die Lage zu gewinnen, um dann später am richtigen Ort mit schweren Mitteln einzutreten. In der Phase der Katastrophenhilfe führte die Armee schwere Mittel zu und unterstützte die Behörden bei Evakuierungen. In der letzten Phase, der Unterstützungsphase ging es darum, Notbrücken einzubringen, eine Luftbrücke zu unterhalten, Schlamm und Schwemmgut wegzuräumen sowie Zugänge zu öffnen.

Wenige Stunden nach Eingang der Hilfes-

gesuche waren Heerestruppen im Einsatz. Die Zahl stieg rasch auf rund 2000 Heerestruppen an. Die Leistungen der Truppe waren beeindruckend. Ganz besonders natürlich die Leistungen des Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverbandes: So pumpte dieser mit seinem Spezialgerät rund 260 Mio. Liter Wasser ab, füllte gegen 1200 Tonnen Sand ab und räumte 7500 Kubikmeter Schutt und Geröll aus Bachläufen.

In solchen Lagen wird die Armee subsidiär eingesetzt. Die Gemeindebehörden fordern beim kantonalen Führungsstab Unterstützung an. Kann dieser eine solche nicht leisten, so richtet er über die Territorialregion ein Gesuch um Einsatz der Armee an den Führungsstab. Dieser entscheidet über das Gesuch, regelt mit den Teilstreitkräften den Kräfteansatz und die Befehlsgabe. Die Einsatzverantwortung liegt bei den zivilen Bedarfsträgern, die Führungsverantwortung bei der Territorialregion. Mit geschickten Massnahmen kann der Forceprovider parallel zur Einsatzplanung wirken und wesentlich dazu beitragen, dass die Truppe rasch zum Einsatz kommt.



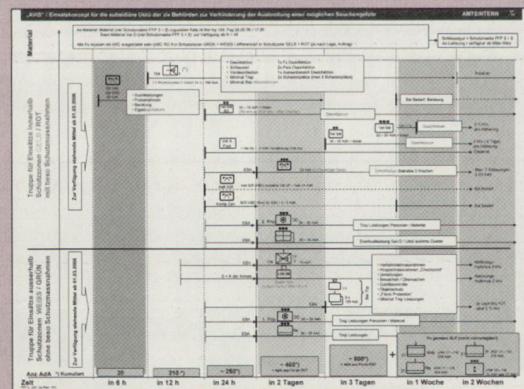


AVIS

Eine Krisenreaktionsplanung

Unmittelbar nach der Ausbreitung des gefährlichen Vogelgrippevirus H5N1 auf der Insel Rügen in der BRD hat der Führungsstab der Armee eine entsprechende Krisenreaktionsplanung in Angriff genommen. Eingebunden waren alle wesentlichen Partner: seitens der Armee alle Führungsgrundgebiete des Führungsstabes, die Teilstreitkraft Heer und die Logistikbasis. Als Spezialisten und seitens der zuständigen zivilen Behörde waren Vertreter des Bundesamtes für Veterinärwesen, der Chef Veterinärdienst der Armee und der Chef Seuchenbekämpfung der Armee dabei. Ziel war es, alle Massnahmen so zu planen und einzuleiten, dass bei Eintreffen eines Unterstützungsgesuches zeitverzugslos und kompetent unterstützt

werden könnte. In der JOPG AVIS wurden die Einsatzgrundsätze, das Einsatzkonzept sowie die Einsatzregeln bearbeitet, um daraus abgeleitet den Plan festzulegen. Seitens des Forceproviders Heer wurde zunächst das mögliche Leistungsangebot definiert, bewertet und mit dem Führungsstab entschieden, um anschliessend den Truppeneinsatz qualitativ und quantitativ sowie zeitlich und räumlich festzulegen. Daran anschliessend ist die einsatzbezogene Ausbildung angeordnet und durchgeführt worden. Die Armee ist nun bereit – nach Bedarf der zivilen Behörden – gut vorbereitet, zweckmässig und abgestimmt auf die Massnahmen der zivilen Veterinärdienste eingesetzt zu werden.



Führung in der ausserordentlichen Lage

Krisenreaktionsplanungen werden im Unterschied zu Vorausplanungen durch eintreffende Ereignisse angestoßen. Die Phase der Einsatzplanung wird dabei durch die zur Verfügung stehende Zeit limitiert. Einerseits nimmt die Teilstreitkraft Heer an der Einsatzplanungsphase teil, gleichzeitig aber gewährleistet das Heer den raschen Einsatz von Truppen durch Anordnung von Sofortmassnahmen, wie zum Beispiel Sicherstellung der Alarmierung, Anordnung von besonderen Ausbildungsmassnahmen und vorsorgliche Bereitstellungen. Die Bewältigung von Existenzsicherungsoperationen und Unterstützungsinsätzen

Krisenreaktionsplanung (OF XXI)

242 Als Reaktion auf eine bestehende oder in Entwicklung befindliche Krise löst die militärstrategische Führung den operativen Planungsprozess aus. Dieser bringt Operationskonzepte und Operationspläne hervor (Krisenreaktionsplan), welche die Grundlage der Operationsführung bilden.

macht aktuell den grössten Teil dieser Planungen aus. So zum Beispiel der Einsatz von Heerestruppen in der Überschwemmungskatastrophe im vergangenen Jahr oder die Bereitstellung von Heereseinheiten für einen allfälligen Einsatz zur Unterstützung ziviler Behörden im Kampf gegen die Auswirkungen der Vogelgrippe (vgl. Kasten «AQUA» und «AVIS»).

Fähigkeitslücke im Bereich Führung Heer

Mit der neuen Heeresstruktur konnten etliche wichtige und gute Schritte getan werden. Die konsequente Ausrichtung des Heeres auf den Einsatz widerspiegelt sich in der Heeresstruktur (Heeresstab nach Führungsgrundgebieten und Bereitstellung einer angemessenen Milizkomponente zur Sicherstellung der länger dauernden Einsatzfähigkeit). Es besteht aber im Bereich der Führungsfähigkeit im Heer noch eine klare Fähigkeitslücke: ein Führungsinformationssystem, basierend auf klaren und durchgängigen Stabs- und Führungsprozessen, welches die Stäbe entlastet, die Zusammenarbeit innerhalb der Teilstreitkraft und mit Partnern erleichtert und die Lagefeststellung unterstützt, ist dringend nötig. Mit dem sich zurzeit im Aufbau befindlichen Führungs- und Informationssystem des Heeres (FIS HEER vgl. Artikel von Br Favre) wird diese Fähigkeitslücke geschlossen werden.

Zusammenfassung

Im Rahmen der Einsatzführung der Streitkräfte erfüllt die Teilstreitkraft Heer drei wesentliche Aufgaben: als **Forceprovider** stellt das Heer sicher, dass der Armeeführung quantitativ und qualitativ die für die Erbringung der Einsätze notwendigen Stäbe und Heeresformationen zur Verfügung gestellt werden; als **Know-how-Träger** im Bereich von Bodenoperationen bringt das Heer Planungskapazitäten in die Joint Operation Planning Groups der vorgesetzten Stufe ein und stellt damit auch den Zusammenhang zwischen möglichem Einsatzbedarf und Ausbildungsrealität sicher; mit dem **verlegbaren «Korpsstab»** will sich das Heer bereit, ihm zugewiesene Einsätze zu führen.

Das Führungs- und Informationssystem (FIS) Heer aus der Sicht des Kdt Geb Inf Br 10

Elektronische Mittel zur Unterstützung der Führungs- und Stabsarbeit sind in den heutigen militärischen Schulen und Kursen, insbesondere aber im Einsatz, nicht mehr wegzudenken. Es werden dabei höchst anspruchsvolle Anforderungen an jeden einzelnen Nutzer gestellt, nämlich einerseits die Tools gezielt mit Mehrwert zu nutzen und andererseits sich nicht der Gefahr oder Versuchung auszusetzen, in der Flut der Informationen das Ziel aus den Augen zu verlieren. Hierzu sind sowohl eine umfassende Systemunterstützung, intensive Kommunikation zwischen Nutzer und Systemingenieur bzw. umgekehrt sowie auch die Wahrnehmung der Führungsverantwortung zwingend gefragt.

Roland Favre*

Präambel

Die Schaffung eines Instrumentes zur Unterstützung der Stabsaktivitäten, der Entscheidungsfindung, aber auch zur Unterstützung des Informationsflusses, entspricht einem komplexen Entwicklungsprozess. Es geht nicht nur darum, technische Hilfsmittel in ein Gesamtes einzubinden, sondern auch interne und externe Stabs- und Führungsprozesse abzubilden. Der Stab Geb Inf Br 10 wurde anlässlich zweier Testbeds als «Versuchsstab» eingesetzt und konnte diesen Entwicklungsprozess unterstützen. Ich möchte im Folgenden einige Gedanken aufgreifen und die gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Sicht der Stufe Brigade wiedergeben.

Im Rahmen der beiden Einsätze wurden dem Brigadekommandanten und dem Stab folgende Aufgaben gestellt:

- die Aktionsplanung und Aktionsführung, unterstützt durch die bestehenden Systemmodule, durchzuführen;
- die vorhandenen Systeme auf Funktionalität und Miliztauglichkeit zu überprüfen;
- die Auswirkung des Einsatzes eines FIS auf die Stabsarbeit zu beurteilen;
- die statische und mobile Führungsinfrastruktur, insbesondere die räumliche Anordnung innerhalb des KP, die informatikgestützte Umsetzung der Führungsprozesse sowie die Funktionalitäten des FIS HE zu testen und zu beurteilen.

Diese Aufgaben sowie das zur Verfügung gestellte Umfeld hatten eine recht umfangreiche Erwartungshaltung innerhalb des Stabes zur Folge. Die Fragen nach Miliztauglichkeit, Konformität mit den bestehenden Führungsreglementen, aber auch praktische Aspekte wie Nutzung der Systeme durch den Stabsoffizier oder der Informationsfluss innerhalb des Stabes standen dabei im Vordergrund.

Nutzbarkeit und Mehrwert des Systems im Milizumfeld

Die kurze Ausbildungszeit anlässlich der Systemausbildung hat gezeigt, dass die Akzeptanz des Systems im heutigen Umfeld als sehr hoch eingestuft werden kann. Der zunehmende Umgang mit Informatikmitteln ab Schulbildung sowie der vermehrte Einsatz von informatikgestützten Systemen im Berufsalltag fördern gerade bei Milizoffizieren das Verständnis für Prozessunterstützung durch Informatikmittel und somit die Akzeptanz solcher Systeme. Die heterogen gestalteten Stäbe einer Milizarmee erfordern jedoch eine möglichst grosse Annäherung an bestehende, zivile Bedienungsplattformen (z.B. Windows X, usw.) und einen möglichst hohen Grad an Vereinfachung der Zugriffe auf die Kernfunktionen des Systems.

Eine den zivilen Plattformen angenäherte Anwendungsweise ermöglicht es zudem, die Ausbildungszeiten bei Dienstantritt (WK, Stabsarbeitswochen usw.) wesentlich zu verkürzen. Der Stab erreicht damit innerhalb kürzester Zeit die geforderte Grundbereitschaft. Standardisierte Zugriffe und Abläufe können diesen Prozess nur unterstützen und eine rasche Nutzung des Systems bei Dienstbeginn fördern.

Die Miliztauglichkeit des FIS erscheint gegeben, da auch Offiziere, die nicht am ersten Testbed teilgenommen hatten, nach sehr kurzer Ausbildung zur Arbeit mit dem System befähigt waren. Angesichts der Vielzahl der verfügbaren Funktionen und

der komplexen Systemintegrationen muss jedoch die Frage nach Systembetrieb und Systemverfügbarkeit und dem damit verbundenen Personal gestellt werden. Hier kann die Miliztauglichkeit eines FIS in Frage gestellt werden. Professionelle Unterstützung erscheint, angesichts der steigenden Wichtigkeit des FIS, unerlässlich, um eine permanente Führungsfähigkeit sicherzustellen.

Ein Mehrwert beim Einsatz eines FIS kann sicher in der Synergie Nutzung im Rahmen der Informatikanwendung festgestellt werden. Zivile Gewohnheiten und Kenntnisse können in die militärische Aktivität einfließen. Der eigentliche Mehrwert muss jedoch in der Unterstützung des Milizoffiziers durch das System gesucht werden. Wissensmanagement, automatisierte Funktionen oder ein «Help-System» sind Stützen, welche dem Stab wieder vermehrt Zeiträume für intellektuelle Arbeit schaffen können. Im Folgenden will ich diese Elemente beleuchten.

Prozesse

Die dem System zugrunde liegenden und geforderten interoperablen Prozesse beeinflussen die Arbeitsabläufe des Stabes wesentlich. Die Forderung nach einem interoperablen Führungsverbund hat unweigerlich zur Folge, dass auf allen Systemebenen Konzessionen an internationale Standards gemacht werden müssen, um eine solche Interoperabilität nötigenfalls gewährleisten zu können. Dies könnte auch eine Überarbeitung der bestehenden Prozesse zur Folge haben.

Im Bereich des Aktionsplanungsprozesses muss hervorgehoben werden, dass in erster Linie Grundlageninformationen erforderlich sind, aufgrund derer die Entscheidungskriterien für die Entschlussfassung entwickelt werden können. Diese Grundinformationen müssen jedoch in regelmässigen Abständen der Ist-Situation angepasst werden, damit auch Folgeplanungen auf der korrekten Ausgangslage basieren. Die à-jour-Haltung der Grund-



Kommunikation – unerlässliche Tätigkeit von Kommandant und Stabsangehörigen.
(links Kdt Geb Inf Br 10)



Fotos: Geb Inf Br 10

informationen wird durch das System sichergestellt, wobei die Veränderungen der Planungsgrundlagen transparent und nachvollziehbar dargestellt und verbreitet werden müssen.

Der Aktionsführungsprozess basiert in wesentlichem Umfang auf visualisierter Information und automatisierten Alarmen, welche im Tactical Operation Centre (TOC) als Entscheidungsgrundlagen verfügbar sein müssen. Für die erfolgreiche zeitgerechte Informationsführung innerhalb des TOC ist es entscheidend, dass Sensorinformationen respektive verdichtete Informationen aus den Führungsgrundgebieten (FGG) in der richtigen Qualität dem TOC verfügbar gemacht werden.



Analyse von Fakten und Nachrichten – nach wie vor eine der Hauptaufgaben der Stabsoffiziere.

Der Informationsfluss (Informationsprozess) und dessen Inhalte sind zwingend dem Arbeitsstatus des Stabes oder Teilstabes anzupassen. Es geht dabei darum, Informationen an der richtigen Stelle zum richtigen Zeitpunkt zu analysieren, zu verdichten und dem Entscheidungsträger zur Verfügung zu stellen. Es darf unter keinen Umständen eine Information entgegengenommen, weitergeleitet und ohne Bearbeitung einfach abgelegt werden.

Alle diese «neuen» Prozesse und Abläufe bedürfen einer genauen Analyse im Zusammenhang mit der Systemtechnik. Insbesondere geht es um die Frage, ob diese Prozesse den Abläufen des Systems anzugeleichen sind oder umgekehrt die Systemtechnik den bestehenden Prozessen anzupassen ist.

Führung ab der Führungszelle (TOC)

Die vom TOC zu erbringende Leistung sowie sein organisatorischer Aufbau sind in den bestehenden Führungsreglementen und -behelfen zurzeit kaum oder nur sehr vage beschrieben. Im Rahmen des Testbed 2 wurden deshalb auch verschiedene Überlegungen zur Ausgestaltung und Funktionsweise des TOC angestellt, die nachfolgend zusammengefasst werden. In methodischer Hinsicht muss dabei jedoch

im Auge behalten werden, dass die Festlegung von Führungsprozessen und -rollen nicht Zielsetzung eines Informatikprojektes sein kann, sondern dass Letzteres darauf beschränkt sein muss, technische Lösungen für die von übergeordneten Stellen vorgegebenen Abläufe zu erarbeiten. Die Ausgestaltung dieser Abläufe muss zwingend mit der Festlegung der Fähigkeiten eines Stabes im nächsten Ausbauschritt des Heeres definiert werden.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass das TOC nur der Aktionsführung dient, Rapporte jedoch nach wie vor im Rapportraum abgehalten werden und die Aktionsplanung in den FGG erfolgt. Die Rolle des TOC liegt daher im Kern darin, den Verlauf einer Aktion zu verfolgen und bei Abweichungen vom geplanten Verlauf die erforderlichen Massnahmen auszulösen respektive die Produkte aus den verschiedenen FGG in einem einzigen Raum zusammenzuführen. Je nach Umfang einer Abweichung hat der «Battle Captain» in einem ersten Schritt selbst die nötigen Anordnungen zu treffen, in einem zweiten Schritt den G3 (Chef Operationen, FGG 3) beizuziehen oder schliesslich in einem dritten Schritt die Ansetzung eines Lagerapportes herbeizuführen.

Der Einsatz des FIS HE, insbesondere die vom System geschaffene Möglichkeit, sämtliche gespeicherten Informationen jederzeit mit allen Benutzern zu teilen, darf nicht zum Fehlschluss verleiten, dass der Stellenwert der direkten Kommunikation zwischen den Stabsmitgliedern abnimmt. Im Gegenteil muss auf den ausserhalb des FIS stattfindenden Informationsfluss zwischen TOC und FGG 3 sowie zwischen den FGG untereinander grösstes Gewicht gelegt werden, und die USC müssen ihre diesbezügliche Verantwortung wahrnehmen.

Der angesprochene Informationsfluss zwischen TOC und FGG muss in beide Richtungen erfolgen: einerseits müssen die FGG vom TOC aktiv über Lageentwicklungen informiert werden, welche ein Tätigwerden im FGG erfordern, andererseits müssen aber auch Informationen aus den FGG in das TOC eingebracht werden. Dabei kann es sich sowohl um Rückmeldungen betreffend die vom TOC ausgelösten Aktivitäten als auch um fachspezifische Meldungen handeln, die für die Aktionsführung von Bedeutung sind.

Die technische Unterstützung respektive das informatikorientierte Handling des TOC und die notwendigen Kommunikationselemente haben somit in der Planung der Telematik und des Informationsflusses beim G6 einen sehr hohen Stellenwert. Eine hundertprozentige Verfügbarkeit der Systeme und Informationen ist bei einer FIS-lastigen Aktionsführung absolut erforderlich.

Für das Layout des TOC konnten aufgrund der Erfahrungen in der U «JANUS FORZA» Verbesserungsvorschläge betreffend die Anordnung der Arbeitsplätze der Vertreter der FGG 2 und 3, die eine dauernde und einfache Kommunikation zwischen diesen beiden Funktionen ermöglichen soll, sowie die zentrale Platzierung des Battle Captain gemacht werden. Führungswände in Papierform sollten auf statische Informationen (Absicht, Aufträge usw.) beschränkt werden. Sämtliche dynamischen Informationen (Lage, Bestände, Bereitschaftsgrade) können ausschliesslich mittels FIS HE über Projektoren dargestellt werden respektive im gesamten Stab verfügbar gemacht werden (Informationsredundanz).

Die Führung einer Aktion über das TOC erleichtert sicher die Übersicht über die laufende Aktion sowie über die aktuelle Lage. Jedoch muss man sich bewusst sein, dass ein Ausfall oder die Nichtverfügbarkeit des FIS HE in erster Linie den Wegfall der Plattform für die Kommunikation und den Informationsaustausch sowie den Verlust der automatisierten Alarme bedeuten würde. Für die Kommunikation muss im Verkehr mit den Sensoren auf die her-



Die Arbeit am Bildschirm erfordert höchste Konzentration.

kömmlichen Kommunikationsmittel zurückgegriffen werden. Innerhalb des Stabes kann die Aufgabenteilung zwischen FGG und TOC unverändert beibehalten werden, jedoch muss der Informationsaustausch über Verbindungspersonen sichergestellt sein.

Anforderungen an die Software eines FIS, Einsatz von Systemintelligenz

Der Einsatz des FIS bei der Aktionsführung mit den bestehenden Systemfähigkeiten kann mit gezielten Anpassungen wesentlich verbessert werden. **Insbesondere geht es dabei um die stufengerechte Verdichtung der Information durch das System selbst.** Dies kann im Rahmen der Informationsdarstellung zwar

realisiert werden (Layer-, Filterdefinition), sollte aber auch bei der Interpretation von Sensorinformationen möglich sein. Abweichungen von geplanten Abläufen oder Erreichen von Bestandes- und Zeitlimiten werden vom System selbstständig erkannt und dem Nutzer in Form von Alarmmeldungen zur Verfügung gestellt. Durch die Fähigkeit des FIS zur vertikalen Informationsverbreitung müssen solche Meldungen bis auf die Stufe der Einsatzgruppe/Fahrzeug verfügbar gemacht werden.



Das Bild des traditionellen KP hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Computer dominieren, erübrigen aber nicht das Gespräch.

Die als zentrales Modul eingesetzte Synchronisationsmatrix ermöglicht es, rasch den eventuellen Handlungsbedarf bei Lageveränderungen festzustellen. Änderungen, die aufgrund der Lageentwicklung an den geplanten Elementen vorgenommen werden, müssen über alle Systeme automatisch nachgeführt werden, um Anpassungen mit möglichst kleinem Aufwand, also Zeit sparend, zu realisieren. Die Aktionsauslösung könnte zum Beispiel eine «automatische Kontrolle» der Planungsdaten bewirken, um den Nutzer auf etwaige Abweichungen aufmerksam zu machen.

Das sich in der Entwicklung befindende Battlefield Alarm Tool (BAT) stellt ein wertvolles Werkzeug zur automatisierten Überwachung des Geschehens auf dem Gefechtsfeld dar, welches dem Stab Freiräume für seine intellektuelle Tätigkeit für Planung und Analyse schaffen kann. Für den effektiven Wert dieses Tools entscheidend sind die Konfigurationsmöglichkeiten der verschiedenen Alarne. Diese Parameter müssen möglichst frei und flexibel (insbesondere an den Einsatztyp angepasst) definiert werden können, und zwar in allen Kombinationen von Kraft (Typ oder Ausmass eines Ereignisses, Zustand einer Formation, Bestand von Versorgungsgütern), Raum (geografische Situierung eines Geschehens, insbesondere Erreichen von Führungslinien und Ereignissen innerhalb von Schlüsselräumen), Zeit (einmalige Ereignisse, Einhaltung von Periodizitäten)

und Information (Inhalt von Meldungen, namentlich Schlüsselnachrichten). Dabei sind selbstverständlich Informationen aus Fach- und Drittssystemen mit einzubeziehen. Ein automatisierter Vergleich zwischen geplanter Lageentwicklung und tatsächlicher Lageentwicklung kann zusätzliche Informationen für die Auslösung eines solchen Alarms im BAT beisteuern.

In jedem Fall müssen Alarne auf gesicherte Fakten abgestützt sein und dürfen nicht mit vermuteten Entwicklungen verknüpft werden. Es ist zwingend, zwischen informativen Inhalten und eigentlichen Alarne zu unterscheiden. Die Verdichtung von Informationen sollte zu einer Meldung (Alarm) führen, welche stabsinterne Aktivitäten auslöst.

Mobilität des FIS

Aufgrund der Aufgaben eines Stabes sind unter dem Gesichtspunkt der Mobilität gleichzeitig drei Elemente sicherzustellen. Erstens ein fester Standort für die Aktionsplanung, zweitens eine mobile Führungsstaffel und drittens die Möglichkeit, ortsungebunden gewisse Planungs- und/oder Führungsaktivitäten durchzuführen:

- Die Grösse des festen Standortes muss so bemessen sein, dass dieser die Gesamtheit des Stabes und seiner unterstützenden Kommunikations- und Informatikmittel aufnehmen kann.
- Die Führungsstaffel muss in ihrer Ausprägung so konfiguriert werden, dass sie dem Kommandanten alle den Entscheid beeinflussenden Informationen zur Verfügung stellen kann und er seine Führungsaufgabe wahrnehmen kann.

Schlussfolgerungen

Ein wesentliches Merkmal des Systems liegt in der Tatsache, dass es die vertikale und die horizontale Informationsverbreitung zeitverzugslos ermöglicht. Umgekehrt birgt die hohe Dichte der verfügbaren Information die Gefahr in sich, dass die Stabsmitarbeiter zu stark vom System absorbiert werden und dementsprechend ihre intellektuelle Arbeit vernachlässigen. Um die nötigen Freiräume zur Planung und Führung zu schaffen, wird dem Stab das geeignete Werkzeug zum Zeit-, Informations- und Alarmmanagement (Prozessunterstützung) durch ein solches FIS angeboten, wobei insbesondere eine automatisierte Verdichtung und Bewertung von Informationen im Vordergrund steht.

Die vom System geschaffene Möglichkeit, sämtliche gespeicherten Informationen jederzeit mit allen Benutzern zu teilen, ersetzt nicht die direkte Kommunikation

zwischen den Stabsmitgliedern. Im Gegenteil muss auf den ausserhalb des FIS stattfindenden Informationsfluss zwischen TOC und FGG sowie zwischen den FGG untereinander grösstes Gewicht gelegt werden.

Allen Beteiligten wurde anlässlich der praktischen Arbeit mit dem FIS klar, in welchem Masse das System die Arbeitsabläufe innerhalb des Stabes optimiert und auf den verschiedensten Ebenen Mehrwert schafft. Es zeigt sich jedoch auch, dass die

Die vom System geschaffene Möglichkeit, sämtliche gespeicherten Informationen jederzeit mit allen Benutzern zu teilen, ersetzt nicht die direkte Kommunikation zwischen den Stabsmitgliedern.

Ausbildung der Stabsoffiziere auf die praktische Nutzung des Systems ausgerichtet werden muss (insbesondere die Grundausbildung in Stabslehrgängen). Die so erworbenen Grundkenntnisse erhöhen den Nutzwert um ein Mehrfaches.

Durch den Einsatz eines FIS gewinnen die Funktionen/Aufgaben innerhalb der G6-Zelle an Wichtigkeit. Insbesondere hat der G6 das gesamte Informationsmanagement zu führen. Die vertikale und horizontale Verbreitung der Information kann als Schlüsselement für den erfolgreichen Einsatz des Systems bezeichnet werden.

Als Grundlage zur erfolgreichen Nutzung eines FIS muss die Kommunikation gewertet werden. Nebst einer vertikalen Informationsverbreitung muss auch der horizontalen Verbreitung Rechnung getragen werden. Die Verdichtung und fachtechnische Aufbereitung muss jedoch zwingend dem Informationsfluss vorgelagert werden, um die Informationsmenge und deren Inhalt in eine konsumentengerechte Form zu bringen.

Abschliessend muss festgehalten werden, dass im heutigen internationalen Umfeld und angesichts der permanent zunehmenden Informationsfülle der Einsatz eines prozessunterstützenden Systems zwingend notwendig ist. Das Bedürfnis aus den dem Heer übergeordneten Stufen an zeitgerechter, verdichteter und verifizierter Information sowie die Tatsache, dass Entscheidungsgrundlagen, aber auch Entscheidungen selbst in kürzester Zeit über mehrere Stufen hinweg kommuniziert werden müssen, rechtfertigt dieses Bedürfnis vollumfänglich. Das Heer braucht ein solches Werkzeug, um den steigenden Anforderungen der modernen Führung gerecht zu werden.

Luftoperationen in lästigen kleinen Konflikten

Im Nachgang zu fast allen Konflikten der jüngeren Vergangenheit ist die Frage gestellt worden, wie weit die Rolle der Luftwaffen oder wie weit Luftmacht per se für den Ausgang entscheidend gewesen sei. Gelegentlich wurde auch die Meinung vertreten, Luftmacht allein hätte für den «Sieg» genügt. Die Wirklichkeit ist etwas differenzierter. Bereits früher, aber auch im neuen sicherheitspolitischen Umfeld, ist ein Zusammenwirken aller wichtigen militärischen Komponenten für ein erfolgreiches Bestehen unumgänglich. Neueste Konflikte zeigen zudem, dass involvierte Akteure selbst den integrierten Einsatz von nicht-militärischen Mitteln in Betracht ziehen müssen. Luftstreitkräfte und Air Power erfüllen auch in asymmetrischen Konflikten eine wichtige Aufgabe, wenn diese auch nicht zwingend mit den traditionellen Einsätzen vergleichbar ist.

Jürg Studer*

«Not by bombs alone.»

Major Jay Gordon Simpson¹

Einleitung

Nach dem Golfkrieg 1991 stiegen das Ansehen und Prestige der Luftstreitkräfte auf der ganzen Welt. Die Rolle von Luftmacht (*air power*) wurde neu definiert und die Kriegsführung grundsätzlich überdacht. Die Balkankonflikte brachten eine neue Bewährungsprobe für die Anwendung von *air power*. Auch wenn heute klar ist, dass die Luftschlüge gegen die bosnischen Serben in Ex-Jugoslawien erheblich zum Zustandekommen des Dayton-Abkommens beigetragen haben, so waren sie nur eines unter vielen Machtinstrumenten der internationalen Gemeinschaft.² Die unmittelbar nach dem Kosovo-Konflikt 1999 wieder aufgeflamme Euphorie und Meinung, dass Luftmacht alleine ausreiche, um Konflikte zu lösen, wurde nach eingehenden Analysen des Konflikts durch Ernüchterung abgelöst.³

Die Ereignisse vom 11. September 2001 zeigten eine völlig neue Form von «Luftmacht». Im nachfolgenden Afghanistan-Konflikt wurde der Einsatz von *air power* auf Grund des Gegners und der Verhältnisse grundsätzlich neu überdacht, was auch zu neuen Einsatzformen führte.⁴ Es ist keine Frage, dass der Einsatz von Luftmacht in der Operation IRAQI FREEDOM massgeblich zum schnellen Ende des Regimes von Saddam Hussein beigetragen hat, die Rolle von *air power* seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen und dem Aufflammen der durch moslemische Extremisten geschürten Unruhen ist jedoch noch nicht abschliessend untersucht worden.

Nachdem die Anwendung von *air power* in den obgenannten – von 9/11 einmal abgesehen – konventionellen Konflikten gemischte Reaktionen hervorgerufen hat, stellt sich die Frage, ob und in welchem Masse sie in einem unkonventionellen, einem «lästigen kleinen Konflikt» von Nutzen sein kann. Der Begriff «lästiger kleiner Konflikt» soll hier bis zur Zuordnung einer Definition im nächsten Kapitel als Arbeitsbegriff dienen.

Die lästigen kleinen Konflikte folgen nur selten den Gesetzmässigkeiten der konventionellen, westlich orientierten Vorstellung vom Einsatz von Gewalt und militärischer Macht. Deshalb scheint klar, dass die

Die lästigen kleinen Konflikte folgen nur selten den Gesetzmässigkeiten der konventionellen, westlich orientierten Vorstellung vom Einsatz von Gewalt und militärischer Macht.

Regeln des Einsatzes von Luftmacht in der vor Anfang Mai 2003 im Irak gezeigten, beispielhaften Art nicht gültig sein dürfen. Nichtsdestotrotz gibt es in lästigen kleinen Konflikten Möglichkeiten, Luftmacht einzusetzen.

Dieser Artikel soll die Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung von Luftmacht in solchen Konflikten aufzeigen. Nach dem Versuch einer Definition wird er kurz auf die Ebenen der Kriegsführung eingehen und sich danach mit den Zielen und Strategien sowie mit den Möglichkeiten der Luftmacht zur Bekämpfung eines asymmetrischen Gegners auseinander setzen.

Definitionen

Der Westfälische Frieden gilt allgemein als Grundlage des Systems der europäischen Nationalstaaten und ist die Basis für das Machtmonopol des Staates bezüglich der Aussenverteidigung.⁵ Ein fundamen-

ler Gesichtspunkt der lästigen kleinen Konflikte liegt in der Tatsache, dass deren Akteure diesen nationalstaatlichen Anspruch auf das Machtmonopol bestreiten oder negieren. Sofern es sich bei den Akteuren um fundamentale Moslem-Extremisten handelt, ist zudem ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen. Der Gründer des Islams, der Prophet Mohammed, kreierte eine Einheit von Religionsgemeinschaft und Staat, die zugleich auch Recht sprach.⁶ Die Vorstellung, dass Politik und Rechtsprechung von der Religion getrennt werden, wie dies im christlichen Abendland selbstverständlich ist, ist im Islam undenkbar.

Diese Ansichten, die für das traditionelle, westliche Verständnis so ungewohnt sind, machen es schwierig, jene unkonventionellen Kriegsformen mit einer eindeutigen, brauchbaren Definition zu versehen.

Lästige kleine Konflikte

Die Menschheit studiert das Phänomen Krieg seit die Ägypter, Griechen oder Chinesen in der Antike ihre Konflikte ausfochten. Noch heute zeugen die Schriften von Gelehrten, wie Thucydides oder Sun Tzu von deren Auseinandersetzung mit der Strategie des Krieges. Im Laufe der Zeit hat das Phänomen Krieg seine Erscheinungsform laufend verändert. Die durch technologische und soziologische Entwicklungen beeinflussten Veränderungen des Krieges brachten es mit sich, dass in offiziellen Doktrindokumenten versucht wurde, das Phänomen der lästigen kleinen Konflikte mit einer griffigen Definition zu versehen. Man stösst auf so unterschiedliche Begriffe wie kleine Kriege (*small wars*), asymmetrische Kriegsführung (*asymmetric warfare*), Guerillakrieg, Kriege geringer Intensität (*low intensity conflict, LIC*) und militärische Operationen unterhalb der Kriegsschwelle (*military operations other than war, MOOTW*). Ihre Definitionen überschneiden sich teilweise, die Gesamtheit der lästigen kleinen

¹ Gordon J. Simpson, «Not by Bombs alone: Lessons from Malaysia» (Summer 1999) in *Joint Force Quarterly*: 91–98.

² Susan Rosegrant and Michael D. Watkins, «Getting to Dayton: Negotiating an End to the War in Bosnia» (Harvard University, 1996), 28/29.

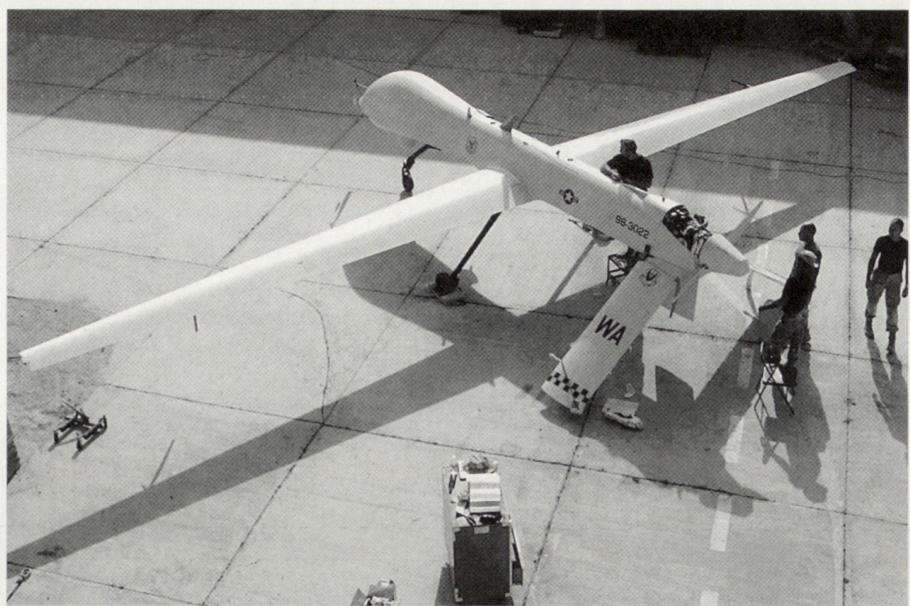
³ Daniel L. Byman and Matthew C. Waxman, «Kosovo and the Great Air Power Debate», *International Security* (2000), 7.

⁴ Milan Vego, «What Can We Learn From ENDURING FREEDOM?», *Proceedings* (2002), online, <http://www.usni.org/proceedings/Articles02/PRO-vego07.htm>

⁵ Georg Schmidt, «Der Westfälische Friede als Grundgesetz des komplementären Reichsstaats», *Textband I: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft*, online, http://www.lwl.org/LWL/Kultur/Westfaelischer_Friede/dokumentation/ausstellungen/sgeorg_I_VI/index2_html

⁶ Bernard Lewis, «The Crisis of Islam» (Random House Inc., 2003), 10.

*Jürg Studer, Major (Pilot), Stellvertreter des Chefs Luftwaffendoktrin, VZVBS 20, 3003 Bern.



Aufklärungsdrohnen (bewaffnet oder unbewaffnet) wie hier die PREDATOR schaffen neue Möglichkeiten, das Gefechtsfeld transparent zu machen. Ihre Verweilzeit ist beträchtlich grösser als die der traditionellen Aufklärungsflugzeuge. Gerade im asymmetrischen Umfeld ist ihr Nutzen hoch einzuschätzen.

Foto: USAF

Konflikte konnte bisher kaum abschliessend beschrieben werden. Zwischen 1989 und 1994 versuchten zudem einige Militärtheoretiker und Autoren, den Krieg allgemein und die lästigen kleinen Konflikte im Besonderen zu katalogisieren. Sie teilten die Entwicklung des Krieges auf Grund soziologischer, technologischer, wirtschaftlicher oder operativ-taktischer Entwicklungen in Epochen, Wellen und Generationen ein. In der Folge sollen verschiedene Definitionen kurz beleuchtet werden. Danach legen wir uns auf einen Begriff fest.

Kleine Kriege (small wars)

Ende des 19. Jh. schrieb C.E. Callwell ein umfangreiches Werk, das sich mit kleinen Kriegen befasste. Er definierte sie als «Kampagnen, anders als jene, in welchen sich reguläre Truppen gegenüberstehen». Callwell unterscheidet drei Klassen von kleinen Kriegen: Kampagnen der Eroberung und Annexion, Kampagnen zur Unterdrückung von Aufruhr und Kampagnen, um eine Beleidigung reinzuwaschen, ein Unrecht zu rächen oder einen gefährlichen Feind zu stürzen.⁷

Der Begriff des kleinen Krieges fand auch sehr schnell Einzug in die Doktrin des US Marine Corps. Im *Small Wars Manual* von 2004 (Draft Version) wird der kleine Krieg als «...Erweiterung der Kriegsführung mit zusätzlichen Mitteln, die der politischen Führung eine Palette von militärischen Optionen zur Verfügung stellt, welche über die rein physische Gewalt hinausgeht und welche die politischen Ziele unterstützen».⁸ Es ist primär der politisch/diplomatische Kontext, unter welchem ein Krieg ausgefochten wird, und nicht der Umfang oder die Grösse, die entscheiden, ob es sich um einen *small war* handelt. Es ist auch jener politisch/diplomatische Kontext, der die Charakteristik des Konfliktes in weit grösserem Masse definiert als die theoretischen oder aktuellen Fähigkeiten der Beteiligten.

Asymmetrische Kriegsführung (asymmetric warfare)

In einem asymmetrischen Krieg (asymmetric warfare) will oder kann einer der Beteiligten den Kampf nicht symmetrisch führen, weil er nicht über eine vergleichbare Doktrin, Organisation und Mittel verfügt und/oder auf der Basis unterschiedlicher moralischer und ethischer Prinzipien vorgeht.⁹ Er «agiert, organisiert sich und denkt in unterschiedlicher Weise als sein Gegner, um seine eigene Stärken zu verstetigen, des Gegners Schwächen auszunutzen, die Initiative oder grössere Aktionsfreiheit zu gewinnen».¹⁰

Der Begriff der Asymmetrie wurde zwar in der Quadrennial Defense Review (QDR) 1997 häufig verwendet. Es fehlt jedoch darin eine saubere Definition.¹¹ Eine

Definition der asymmetrischen Bedrohung ist in US-Doktrindokumenten nicht anzutreffen, findet jedoch Aufnahme im Begriffsverzeichnis der NATO.¹² Immerhin führen sowohl die Air University als auch das Naval War College in den USA eine Bibliografie über die asymmetrische Kriegsführung.¹³ Das Konzept eines schwächeren Gegners, die numerische oder technologische Überlegenheit des Gegners mit unterschiedlichen Vorgehensweisen und Kampfformen zu neutralisieren, ist jahrhundertealt. Bereits die Germanen unter Arminius besiegten die Römer im Teutoburger Wald mittels asymmetrischer Kriegsführung.¹⁴ Das Ziel einer asymmetrischen Strategie ist es, den Kampfwillen des Gegners durch Abnützung oder Ermüdung zu brechen; meist in der Absicht, durch steigende Kosten oder hohe Opferzahlen einen wachsenden Unwillen von Regierung, Volk oder Koalitionspartnern zu provozieren.¹⁵

Guerillakrieg

Der Begriff des Guerillakrieges, der seinen Ursprung in den Napoleonischen Kriegen hat, stammt aus dem Spanischen und bedeutet «kleiner Krieg». Er wird in seiner Definition meist mit militärischen oder paramilitärischen Operationen einer irregulären, gegen fremde Besatzer kämpfenden Gruppe in Zusammenhang gebracht. Dabei kommen unorthodoxe Taktiken in limitierten Aktionen zum Zuge.¹⁶

Die beiden wohl prominentesten Väter des Guerillakrieges sind Mao Tse Tung und Ernesto «Che» Guevara. Beide haben diverse Schriften zum Thema Guerillakrieg verfasst.

Konflikte geringer Intensität (low intensity conflict)

Konflikte geringer Intensität (*low intensity conflicts, LIC*) werden im *Special Opera-*

tion Forces Posture 2003/04 des USSO-COM (United States Special Operations Command) definiert als «Politisch-militärische Konfrontation zwischen streitenden Staaten oder Gruppen unterhalb der Schwelle eines konventionellen Krieges und oberhalb des routinemässigen, friedli-

⁷ C. E. Callwell, «Small Wars: Their Principles and Practice» (1896), vorliegend in der französischen Übersetzung «Petites Guerres: Leur Principes et leur Exécution», (Paris, 19uu). Von der Originalversion lagen dem Autor nur die ersten Seiten in elektronischer Form im Internet als Vorschau vor.

⁸ United States Marine Corps, «Small Wars» ed. U.S. Department of Defense (USMC, 2004), unveröffentlichte Draft-Version, 4 (Übersetzung durch Autor).

⁹ Chef der Armee, «Begriffe Führungsreglemente der Armee» (2004), 5.

¹⁰ Steven Metz und Douglas V. Johnson II, «Asymmetry and U.S. Military Strategy: Definition, Background, and Strategic Concepts», (Maxwell AFB, Alabama: 2001): 5 (Übersetzung durch Autor).

¹¹ William S Cohen, «Quadrennial Defense Review» (DoD, Washington, D.C.: 1997), Section IV, n.p., online, <http://www.defenselink.mil/pubs/qdr/>

¹² NATO, «NATO Glossary of Terms and Definitions – AAP-6» (2005), online: <http://www.nato.int/docu/stanag/aap006/aap6.htm>

¹³ Für die Air University siehe online: <http://www.au.af.mil/au/aul/bibs/asw/asw.htm>, für das Naval War College siehe online: <http://www.nwc.navy.mil/library/3Publications/NWC Library Publications/LibNotes/libAsymmetricWarfare.htm>

¹⁴ Vincent J. Goulding, JR. «Back to the Future with Asymmetric Warfare», *Parameters*, Winter 2000-01, pp. 21-30.

¹⁵ Nicholas J. Newman, «Asymmetric Threats to British Military Intervention Operations», (RUSI, London: 2000), 92.

¹⁶ Zu Definition Guerillakrieg siehe NATO, «NATO Glossary of Terms and Definitions – AAP-6» (2005), online: <http://www.nato.int/docu/stanag/aap006/aap6.htm>, Department of Defense «Joint Publication 1-02 Department of Defense Dictionary of Military and Associated Terms» (2001) und Encyclopedia Britannica, online: <http://www.britannica.com/eb/article-9110197>

chen Wettstreites zwischen Staaten. Sie beinhalten häufig langwierige Kämpfe von rivalisierenden Prinzipien und Ideologien. Die Spanne eines LIC reicht von Subversion bis zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte. Solche Konflikte werden mit einer Kombination von politischen, wirtschaftlichen, militärischen und Informationsmitteln geführt. LIC sind oft lokal, haben aber vielfach regionale und globale Auswirkungen.»¹⁷

Militärische Operationen unterhalb der Kriegsschwelle (military operations other than war)

Militärische Operationen unterhalb der Kriegsschwelle (*military operations other than war, MOOTW*) weisen eine breite Palette von Aktivitäten auf. MOOTW konzentrieren sich auf die Kriegsverhinderung, auf die Konfliktlösung, auf die Förderung des Friedens und die Unterstützung der zivilen Behörden als Antwort zu innerstaatlichen Krisen. Diese Aktivitäten umfassen sowohl Kampfoperationen (friedenserzwingende Operationen, Terrorismusbekämpfung usw.), wie auch Operationen ohne Kampfhandlungen (humanitäre Operationen usw.).¹⁸

In MOOTW werden die Streitkräfte als Machtinstrument des Staates für andere Verwendungszwecke eingesetzt als für

gross angelegte Operationen, welche üblicherweise mit Krieg in Verbindung gebracht werden. Diese Operationen beinhalten verschiedene Teilstreitkräfte sowie Sonderoperationskräfte (SOK) und Nachrichtendienste.¹⁹

Kriege der vierten Epoche

Eine der Theorien zur Klassierung von neuen Formen der Kriegsführung wurde 1987 von Dr. T. Lindsay Moore and Robert J. Bunker entwickelt. Ihre Grundlage zur Einteilung der Kriege in vier Epochen fokussierte auf die vorhandenen Energiequellen.²⁰ Die erste Epoche basierte auf menschlicher Energie und wird zeitlich in der Antike platziert. Der Gebrauch von «tierischer» Energie führte zur zweiten Epoche und zu der auf Kavallerie basierten Form der Kriegsführung. Die Nutzung von mechanischer Energie in Form von Motoren generierte die dritte Epoche der Kriegsführung und umfasst eine Zeitspanne von der Zeit des Absolutismus bis zum Zweiten Weltkrieg. Bunker und Moore grenzen zwei Formen von Kriegen der vierten Epoche ab, den fortschrittlichen Technokrieg und die nicht-westliche Kriegsführung. Sie bezeichnen sie auch als Kriegsführung, welche auf postmechanischer Energie basiert. Bunker und Moore defi-

nieren die nicht-westliche Kriegsführung zudem als Terrorismus oder als Konflikte geringer Intensität. Sie beurteilen sie mit anderen Worten praktisch als äquivalent zu Kriegen der vierten Generation.

Kriege der vierten Generation

Im Jahr 1989 veröffentlichte eine Gruppe von Lehrern und Offizieren eine Theorie, die den Krieg und seine Erscheinungsformen von der Zeit des Westfälischen Friedens bis zur Moderne, auf taktischer bis operativer Ebene, in Generationen aufteilte.²¹ Wenn die Armeen Napoleons in starren Formationen direkt auf die gegnerischen Streitkräfte zumarschierten und sich beide Armeen in einer Abnützungsschlacht aufrieben, dann kämpfte er, gemäss Lind, einen Krieg der ersten Generation. Die zweite Generation des Krieges basierte auf der massiven, indirekten Feuerkraft der Artillerie. Sie blieb aber immer noch linear, diese Konflikte waren Abnützungskriege, wie zum Beispiel der Erste Weltkrieg. In der dritten Generation des Krieges sah man erstmals nicht-lineare Taktiken. Sie gründeten auf Feuerkraft in Kombination mit Bewegung. Ein typisches Beispiel dafür ist der auf Guderians Panzertaktiken basierende Blitzkrieg der deutschen Armee im Zweiten Weltkrieg.



Foto: US DoD

Angehörige der US-Streitkräfte begegnen bewaffneten Kämpfern in Afghanistan. Dabei ist es nicht immer einfach, diese Vertreter einer fremden Kultur und fremden Religion korrekt zuzuordnen. Trotz bescheidener Bewaffnung sind solche Kräfte oft sehr effektiv.

Die vierte Generation der Kriegsführung (*fourth generation warfare, 4GW*) bringt den Krieg zur Bevölkerung statt zu den Streitkräften. Ihr Ziel ist der innere Kollaps des Feindes, nicht seine physische Zerstörung. Das macht ihn zur logischen Wahl für Aufständische, Guerillagruppen und Terroristen. Das Schlachtfeld der 4.-Generations-Kriege umfasst mehr oder weniger die ganze Sozietät des Feindes. Da moderne Gesellschaften abhängig von Öl, Elektrizität, Technologie und Kommunikation sind, sind sie sehr verwundbar.

Die Theorie der 4.-Generations-Kriege ist noch nicht voll entwickelt, sie verändert sich laufend.²² Man könnte fast sagen, sie ist so amorph und anpassungsfähig wie die Akteure in einem Krieg der 4. Generation, welche beständig auf die Antwort ihrer Gegner reagieren. Diese Theorie ist nicht frei von Kritik. Würde die Logik auf Grund der technologischen Entwicklung in der 2. und 3. Generation des Krieges für die 4. Generation nicht eher auf einen Krieg zwischen netzwerkzentrierten High-tech-Gegnern schliessen lassen?²³ Es ist übrigens so, dass der 4.-Generations-Krieg kein neues Phänomen ist, denn bereits Arminius und seine Germanen nutzten Taktiken eines Krieges der 4. Generation. Schliesslich tritt der 4.-Generations-Krieg selten in artreiner Form auf.

Kriege der dritten Welle

Alvin und Heidi Toffler, zwei bekannte Zukunftsforscher, entwickelten eine Theorie, die die Kriegsführung als Folge von wirtschaftlichen und soziologischen Veränderungen der Menschheit betrachtete.²⁴ Sie definierten drei Wellen des Krieges und bezeichneten die erste Welle als landwirtschaftlichen Krieg. Dieser beinhaltete die Charakteristik eines saisonalen Krieges, die Soldaten wurden häufig mit Land statt mit Geld entlohnt. Die industrielle Revolution machte eine zweite Welle der Kriegsführung möglich. Ihre Zeitspanne reichte vom späten 17. Jh. bis zum Ende des 20. Jh. und manifestierte sich in so unterschiedlichen Konflikten wie in den Napoleonischen Kriegen, den zwei Weltkriegen sowie dem Korea- und dem Vietnamkrieg. Gemäss den Tofflers begann die dritte Welle der Kriegsführung in den späten 70er-, frühen 80er-Jahren und basiert stark auf dem Wissen. Sie teilen die Welt zudem in Staaten der ersten, zweiten und dritten Welle auf, jeder mit seiner eigenen, unterscheidbaren Agenda. Diese Situation kreiert, gemäss den Tofflers, Friktionen, Spannungen und Unruhen und fördert, was sie als «Aufstieg des «soft edge»-Staates» bezeichnen. Man könnte dies auch einen Wechsel von einer Welt der Nationen zu einer Vielzahl von Staaten der ersten Welle mit Feudalherrschaft, traditionellen Staaten der zweiten Welle und modernen Dritt-welle-Stadt-Staaten bezeichnen.

Inhaltliche Festlegung

Um die Rolle der Luftoperationen im Gesamtrahmen der militärischen Operationen in einem lästigen kleinen Konflikt untersuchen zu können, bedarf es einer inhaltlichen Festlegung. Die beiden Definitionen, welche sich aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung am besten dazu eignen, das Phänomen der lästigen kleinen Konflikte, ihre Erscheinungsformen, ihre Akteure und deren Strategien, Ziele und Waffen umfassend zu beschreiben, sind

Begriffe der Asymmetrie oder der asymmetrischen Kriegsführung werden im Zusammenhang mit Kriegsführung, Gegner, Strategie und Ziele in den so genannten lästigen, kleinen Konflikten verwendet.

nach Ansicht des Autors die Begriffe «asymmetrischer Konflikt» und «4.-Generations-Krieg». Während sich in den USA, speziell im Umfeld des US Marine Corps (USMC), der Begriff der *fourth generation warfare* einer wachsenden Anhängerschaft

erfreut, greift man in Europa eher auf den Begriff der Asymmetrie zurück, um Konflikt und Kriegsführung ausserhalb des konventionellen Krieges zweier Armeen zu beschreiben. Aus diesem Grund werden nachfolgend die Begriffe der Asymmetrie oder der asymmetrischen Kriegsführung im Zusammenhang mit Kriegsführung, Gegner, Strategie und Ziele in den so genannten lästigen, kleinen Konflikten verwendet.

Asymmetrische Kriegsführung kann jedoch auf zwei Arten verstanden werden. Einerseits wird der asymmetrische Ansatz in einem mehr oder weniger traditionellen Krieg, auch als «konventionelle asymmetrische Kriegsführung» oder *maneuver warfare* benannt, andererseits gibt es den nicht-traditionellen Ansatz mit allen Elementen geringerer Intensität und den nicht-militärischen Formen, auch «nicht-konventionelle asymmetrische Kriegsführung» genannt.²⁵ In der Folge wird mit den Begriffen der Asymmetrie oder der asymmetrischen Kriegsführung nur der «nicht-konventionelle» Teil beschrieben.

Puristen in beiden Lagern mögen Nachsicht üben, dass der Begriff des 4.-Generations-Krieges und viele seiner Eigenschaften in den nachfolgenden Überlegungen im Begriff asymmetrischer Konflikt subsummiert wird. Es soll an dieser Stelle nicht ein Streit um Definitionen entfacht, sondern am Problem gearbeitet werden.

Eigenschaften des asymmetrischen Konflikts

Die Eigenschaften eines asymmetrischen Konfliktes sind fundamental verschieden von den anderen Kriegsformen. Ein solcher Konflikt ist ein Krieg der Ideen und Emotionen; es ist ein Krieg der nicht-staatlichen Akteure. Im Umfeld eines sol-

Ein solcher Konflikt ist ein Krieg der Ideen und Emotionen; es ist ein Krieg der nicht-staatlichen Akteure.

chen Krieges hat der Staat sein Machtmonopol, speziell in Bezug auf den Willen, diesen Krieg mit ultimativer Konsequenz zu führen, oft verloren. Die Loyalität eines Teils der Bevölkerung wechselt häufig zu einer nicht-staatlichen Körperschaft.²⁶ Mitwirkende in einem asymmetrischen Krieg wollen nicht unbedingt weite Gebiete kontrollieren und kennen deshalb keinen Unterschied zwischen Front und Hinterland.²⁷ Sie unterscheiden auch nicht zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten. Ein jeder, welcher die Ziele der asymmetrischen Akteure nicht teilt, wird zur potenziellen Zielscheibe. In einem sol-

¹⁷ Assistant Secretary of Defense for Special Operations and Low-Intensity Conflict, «2003–2004 SOF Posture Statement» (2003), 113 (Übersetzung durch Autor).

¹⁸ US Department of Defense, «JP 3-07, Joint Doctrine for Military Operations Other Than War», edited by US Department of Defense (1995): I-1.

¹⁹ US Department of Defense, «JP 3-0, Doctrine for Joint Operations», edited by US Department of Defense (2001): V-1.

²⁰ Robert J. Bunker, «Generations, waves, and epochs», *Airpower Journal* Vol. 10, no. Issue 1 (1996).

²¹ William S. Lind, Col Keith Nightengale, Captain John F. Schmitt, Col Joseph W. Sutton and LtCol Gary I. Wilson, «The Changing Face of War: Into the Fourth Generation», *Marine Corps Gazette* (1989): 22–26.

²² LtCol Thomas X. Hammes, «The Evolution of War: The Fourth Generation», *Marine Corps Gazette* (1994): 35.

²³ Antulio J. Echevarria II, *Fourth-Generation War and other myths*, (Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, PA, 2005): 14.

²⁴ Alvin and Heidi Toffler, «War and Anti-War: Survival at the Dawn of the 21st Century», First Edition ed. (Little, Brown & Co., 1993).

²⁵ Major E.J.R. Chamberlain, «Asymmetry: What Is It and What Does It Mean for the British Armed Forces», in *Defence Studies*, Vol. 3, No 1 (London, Frank Cass, 2003): 25.

²⁶ Lind zitiert in G.I. Wilson, Greg Wilcox and Chet Richards, «Fourth Generation Warfare & OODA Loop: Implications of The Iraqi Insurgency» [Powerpoint Präsentation] online http://www.d-n-i.net/fcs/ppt/4gw_ooda_iraq.ppt, Folie 8.

²⁷ Heiko Weiner, «Low Intensity Conflicts» (Seminararbeit, Universität der Bundeswehr, Fakultät für Sozialwissenschaften, 2001).

chen Konflikt gibt es auch keine Neutralität, weil eine Seite diese schlicht negiert. Da die möglichen Ziele eben Zivilisten in ihrer normalen Umgebung sein können, will der Kämpfer sich nicht mit einer militärischen Uniform von der Menge abheben, sondern unerkannt in ihr untertauchen.

Sobald ein asymmetrischer Konflikt mit einem ethnischen, religiösen oder ideologischen Hintergrund geführt wird, mutieren auch die Symbole und Persönlichkeiten des Gegners zum Angriffsziel. Die Strategie, auch einzelne Personen zur Zielscheibe werden zu lassen, kann jedoch auf die asymmetrischen Akteure zurückfallen, wie einige Führer der Hamas oder der Hisbollah am eigenen Leib erfahren haben.

Viele Kämpfer in einem asymmetrischen Konflikt finanzieren sich und ihre Gruppe mit kriminellen Aktionen, beispielsweise mit Drogen- oder Menschenhandel. Dieses Phänomen kann in der so genannten *Tri-Border Area* in Südamerika beobachtet werden.²⁸ Islamische Extremistenorganisationen haben dort einen sicheren Hafen gefunden, um Geld zu organisieren oder zu waschen, ihre Angriffe zu planen und Mitglieder zu rekrutieren. Es ist bekannt, dass verschiedene kriminelle Vereinigungen, wie zum Beispiel die libanesische Mafia, einige chinesische Triaden und andere Gruppen mit extremen Islamisten zusammenarbeiten. Diese Verschmelzung

von Kriminalität und Kriegsführung macht es extrem schwierig, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Ein asymmetrischer Konflikt ist ein langer Konflikt, die Protagonisten eines solchen spielen auf Zeit.²⁹ Diese Strategie ist speziell erfolgreich, wenn sie gegen einen Eindringling von außerhalb des eigenen Landes und Kulturreises angewandt wird. Diese Erfahrung haben die USA in Vietnam schon einmal gemacht, und die Gefahr besteht, dass dies im Irak wieder geschehen könnte. Da der Konflikt für die USA ein begrenzter ist, die Aufständischen jedoch einen totalen Krieg führen, können diese getrost auf Zeit spielen und den militärischen Aufwand der Koalition mit Einzelaktionen auf ein minimales Mass reduzieren und abwarten. Dies so lange, bis die jetzige oder die nächste US-Regierung entscheidet, dass die finanziellen oder personellen Kosten für eine Fortsetzung der Operation im Irak zu hoch sind.

Akteure und Waffen

Akteure in einem asymmetrischen Konflikt können sowohl Staaten wie auch nicht-staatliche Gruppierungen, Aufständische und Terroristen sein. Für den Autor ist klar, dass Akteure in einem asymmetrischen Konflikt nicht ausschließlich aus der sozialen Unterschicht stammen, sondern das Abbild eines Querschnitts durch die Gesellschaft bilden.

Eine der Stärken der Akteure in einem asymmetrischen Konflikt ist die Fähigkeit, sich mit der Umgebung zu verschmelzen, genau so, wie es Mao Tse Tung in seinen Schriften über den Guerillakrieg gelehrt hat.³⁰ Es braucht keine militärischen Plattformen, um eine asymmetrische Bedrohung zur Wirkung zu bringen, die Benutzung der zivilen Infrastruktur kann vielerlei Vorteile haben.³¹ Der asymmetrische Kämpfer wird seine Waffen entweder verstecken, tarnen oder Utensilien als Waffe benutzen, die als solche auf den ersten Blick nicht erkennbar sind. Jedermann konnte sich am 11. September 2001 ein Bild davon machen, als klar wurde, dass ein Linienflugzeug auch zur Massenvernichtungswaffe werden kann.

Die Akteure in einem asymmetrischen Konflikt benutzen konventionelle Waffen in traditioneller, aber auch in unkonventioneller Weise, um die gewünschten Effekte zu erzielen. So ist eine RPG (*rocket-propelled grenade*) für die Bekämpfung von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen konstruiert worden und nicht als Waffe für die Luftabwehr. Es waren jedoch genau solche RPG, welche 1993 die beiden Black-Hawk-Helikopter in Mogadischu zum Absturz brachten.³² Ein Kämpfer in einem solchen Krieg wird buchstäblich alles Greifbare in eine Waffe umfunktionieren, sei es ein Auto, Flugzeug, Japan-Messer oder sogar Schuhe. Die Benutzung solcher auf den



Die asymmetrische Bedrohung kann sich auch gegen die Schiffahrt richten. Grosse Einheiten sind gegen kleine schnelle, mit Sprengstoff beladene Boote sehr verwundbar. Der Fall der schwer beschädigten USS Cole vor Yemen ist noch immer in bester Erinnerung.

Foto: USN



Zur Asymmetrie des Kampfes gehört auch die Vermischung von Kämpfern mit der Zivilbevölkerung. Italienische IFOR-Truppen beobachten genau die Bewegung von Zivilisten an einem Checkpoint in Bosnien-Herzegowina.

Foto: NATO

Erfolgreiche asymmetrische Strategien beinhalten mit Sicherheit Operationen in der Informationssphäre (Information Operations, IO). Um den gegnerischen Willen, den Krieg zu führen, zu brechen, wird ein asymmetrisch agierender Akteur ver-

Kosovo-Konflikts feststellen. Nach der irrtümlichen Bombardierung eines Zuges und eines Flüchtlingskonvois durch die NATO inszenierten die Serben eine (Des) Informationskampagne, an der die Kohäsion der Allianz beinahe zerbrach und die zu strengen Einschränkungen für den Einsatz von Luftmacht führte.³⁶ Ein wichtiger Teil eines Krieges und speziell von IO ist die Vorspiegelung falscher Tatsachen; gemäß Sun Tzu: «basiert jede Kriegsführung auf Täuschung».³⁷ Man stelle sich beispielsweise die Explosion eines nuklearen Sprengkörpers in Bagdad oder Doha vor – um Dunlap's «Military City» einen Namen zu geben.³⁸ Die Annahme ist wohl nicht völlig verfehlt, dass ein grosser Teil der Welt dies als eine von den USA inszenierte Provokation interpretieren würde. Der Effekt auf die globale Gesellschaft und die Wirtschaft wäre auf jeden Fall dramatisch.

Erfolgreiche asymmetrische Strategien beinhalten mit Sicherheit Operationen in der Informations- sphäre (Information Operations, IO).

chen, die Überlegenheit im Informationsraum zu erlangen.³⁵ IO zielen nicht auf ein Objekt, sondern streben an, die Psyche der Menschen zu beeinflussen. Die Macht von IO konnte man eindrücklich während des

ersten Blick harmlos anmutenden Objekte macht es extrem schwierig, einen Terroristen zu identifizieren, zu verfolgen, seine Absicht zu beurteilen und ihn zu neutralisieren.

Zukünftige Bedrohungen

Im Jahre 1995 erhielt die Weltbevölkerung einen kleinen Vorgeschmack, wie die zukünftige Bedrohung durch Terroristen aussehen könnte. Eine radikale buddhistische Gruppe, Aum Shinrikyo, führte mehrere Sarin-Gas-Angriffe in Tokio aus, die rund zwei Dutzend Tote und Tausende von Verletzten forderten.³³ Die Anzahl der Getöteten mag nicht sehr eindrücklich erscheinen, aber dieser Terrorakt kam der Öffnung der Pandorabüchse gleich. In Zukunft muss man ernsthaft mit einer Bedrohung durch chemische, biologische, radiologische, nukleare oder hochexplosive Waffen, so genannte CBRNE-Waffen rechnen.³⁴ Die Folgen eines solchen Anschlages können für Gesellschaft und Bevölkerung wie in Tokio begrenzt sein oder aber ein verheerendes, bisher nicht vorstellbares Ausmass annehmen. Man stelle sich eine Terrororganisation vor, welche mit einem Sprühflugzeug Pocken- oder Ebola-Viren über westlichen Finanzzentren wie New York, London oder Tokio versprüht. Die daraus resultierende Pandemie würde unweigerlich zu Panik und Tumulten, möglicherweise zu einem regionalen wirtschaftlichen Kollaps führen.

²⁸ Rex Hudson, «Terrorist and Organized Crime Groups in the Tri-Border Area (TBA) of South America», ed. Federal Research Division (Library of Congress, 2003), 1. Die Tri-Border Area ist eine Region in Südamerika mit drei Populationszentren, wobei sich jede in einem anderen Land befindet. Diese Populationszentren sind Puerto Iguaçú (Argentinien), Foz do Iguaçú (Brasil), Ciudad del Este (Paraguay).

²⁹ Col Thomas X. Hammes, «The Sling and the Stone» (St. Paul, MN: Zenith Press, 2004): 221.

³⁰ Mao Zedong, «Guerilla Warfare», trans. Samuel B. Griffith II (Fort Bragg, NC: Frederick A. Praeger, 19uu), 53. (Übersetzung durch den Autor).

³¹ Major E.J.R. Chamberlain, «Asymmetry: What Is It and What Does It Mean for the British Armed Forces», in *Defence Studies*, Vol. 3, No 1 (London, Frank Cass, 2003):29.

³² Mark Bowden, «Black Hawk Down» (New York, NY: Penguin Books, 1999): 71–80.

³³ Jackie Fowler, «Aum Shinrikyo» (1998), online, http://religiousmovements.lib.virginia.edu/nrms/au_ms.html

³⁴ Die Abkürzung CBRNE steht für *chemical, biological, radiological, nuclear, (high-yield) explosive*.

³⁵ Major E.J.R. Chamberlain, «Asymmetry: What Is It and What Does It Mean for the British Armed Forces», in *Defence Studies*, Vol. 3, No 1 (London, Frank Cass, 2003):35.

³⁶ Benjamin S. Lambeth, «The Transformation of American Airpower» (Ithaca, 2000): 205.

³⁷ Sun Tzu, «The Art of War», trans. Lionel Giles (InstaBook Corporation, Gainesville, FL, 1997): 9.

³⁸ Charles J. Jr. Dunlap, «How We Lost the High-Tech War of 2007», *Weekly Standard* Volume 001, no. 19 (1996); online <http://www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/001/569nzbrd.asp>.

Die Ebenen der Kriegsführung

Traditionelle Ebenen der Kriegsführung

In der Schweizer Armee werden heute vier Ebenen der Kriegsführung definiert, die (national-)strategische Ebene (*grand strategic level*), die militärstrategische Ebene (*military strategic level*), die operative Ebene (*operational level*) und die taktische Ebene (*tactical level*).³⁹

In asymmetrischen Kriegen lassen sich die traditionellen Ebenen des Krieges nicht mehr sauber trennen. Was auf der taktischen Ebene erfolgreich ist, kann auf der strategischen Ebene verheerende Auswirkungen haben, und während die Strategie früher eine exklusive Domäne der Generäle war, finden wir im asymmetrischen Krieg nun auch den «strategischen Korporal».⁴⁰

Strategische Ebene

Die strategische Ebene behandelt die ganze Palette von Strategien und Aktionen, die sich mit der Gesamtheit der Sicherheitspolitik, speziell mit dem Erhalt der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität sowie dem Verfolgen staatspolitischer Ziele und nationaler Interessen befasst. Sie liegt in der Verantwortung von Regierung und Parlament.⁴¹

Militärstrategische Ebene

Auf der militärstrategischen Ebene wird der Einsatz aller verfügbaren militärischen Kräfte so aufeinander abgestimmt und auf das politische Gesamtkonzept hin ausgerichtet, dass die von der politischen Führung vorgegebenen Ziele erreicht werden.⁴²

Operative Ebene

Die Führung auf der operativen Ebene setzt die politischen Absichten und militärstrategischen Vorgaben in Weisungen oder Aufträge an die unterstellte Führung um. Sie definiert Ziele, entwickelt Handlungsmöglichkeiten, fasst diese in Konzepte und Pläne und koordiniert die Gesamtheit der dazu erforderlichen Massnahmen. Sie wirkt grundsätzlich teilstreitkräfteübergreifend und umfasst die Gesamtheit der Operationen militärischer Verbände zur Erreichung militärstrategischer Ziele.⁴³

Taktische Ebene

Auf der taktischen Ebene werden die Vorgaben, Weisungen und Befehle der operativen Führungsstufe in Pläne und Befehle für das taktische Handeln umgesetzt. Die taktische Führung führt das Gefecht der verbundenen Waffen bzw. den Einsatz der verbundenen Kräfte so, dass die vorgegebenen Ziele erreicht werden.⁴⁴

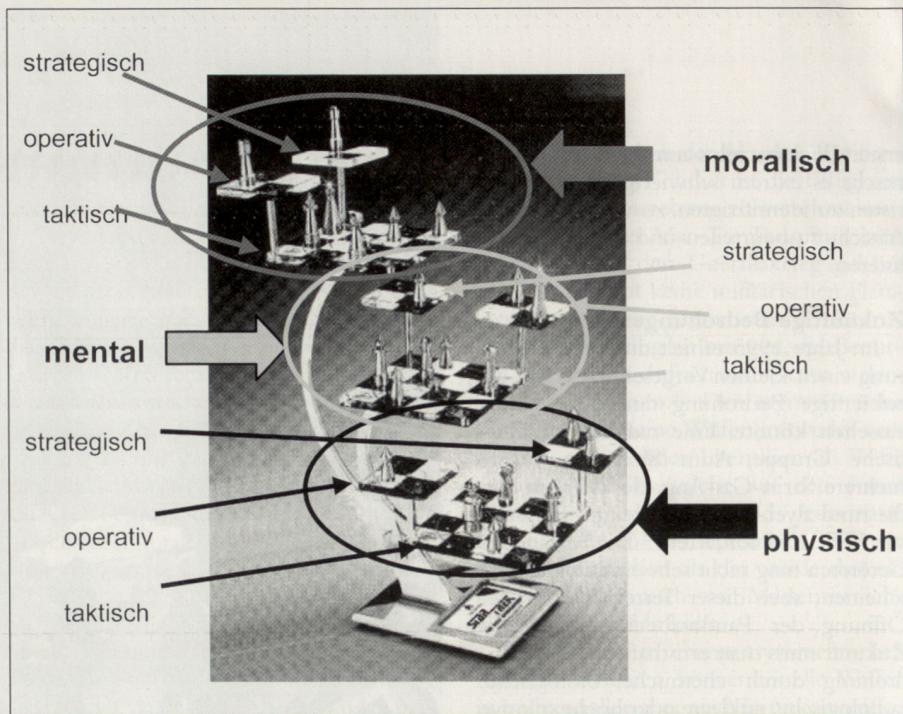


Fig. 2: Ebenen der Kriegsführung.⁴⁹

Die anderen Ebenen der Kriegsführung

Die anderen Ebenen der Kriegsführung, die moralische, die mentale und die physische Ebene, mögen dem Traditionalisten suspekt vorkommen. Sie finden jedoch seit jeher immer wieder Beachtung unter den Strategen und Theoretikern. So verfügt die von Clausewitz erwähnte Dreifaltigkeit über eine erstaunliche Ähnlichkeit mit der moralischen (Volk), der mentalen (Regierung) und der physischen (Heer) Ebene.⁴⁵ Mit J.F.C. Fuller und John Boyd haben zwei weitere Theoretiker die Wichtigkeit der anderen Ebenen der Kriegsführung erkannt und in ihre Schriften aufgenommen.⁴⁶

Ein ganz wichtiger Aspekt ist zudem die Tatsache, dass die anderen Ebenen der Kriegsführung die traditionellen Ebenen nicht einfach ersetzen. Die klassischen Ebenen, die strategische, operative und taktische Ebene, existieren auch in einem asymmetrischen Konflikt.⁴⁷ Die drei neuen Ebenen der Kriegsführung findet man jedoch nicht auf derselben Stufe wie die traditionellen Ebenen. Es gibt dazu verschiedene Modelle, um dies zu illustrieren. Einerseits können sie zweidimensional verbunden werden (Figur 1), andererseits kann man sie sich wie ein dreidimensionales Schachbrett vorstellen (Figur 2).

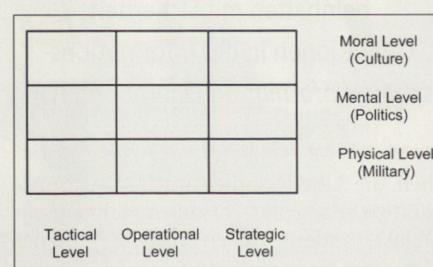


Fig. 1: Ebenen der Kriegsführung.⁴⁸

Die moralische Ebene

Die moralische Ebene bildet wahrscheinlich einen der wichtigsten Aspekte überhaupt in asymmetrischen Konflikten, sie ist aber die, die am schwierigsten zu begreifen ist. Clausewitz schreibt, dass die Kriegskunst sich mit «lebendigen und mit moralischen Kräften» beschäftigt, und bezeichnet die moralischen Größen als «zu den wichtigsten Gegenständen des Krieges» gehörend.⁵⁰ Die moralische Ebene ist das Sitten- und Normensystem einer Gesellschaft und schliesst kulturelle Standards und das Verhalten im Krieg mit ein. Ein Versagen auf der moralischen Ebene kann verheerende Folgen für die eigene Strategie haben, wie die Serben im August 1995 erkennen mussten. Zwei Tage, nachdem Mörsergranaten auf einen Marktplatz in Sarajevo fielen, begann die NATO mit einer Bombenkampagne, die im Verbund mit weiteren Massnahmen zum Dayton-Abkommen führte.⁵¹ Jene Partei, welche gegen einen asymmetrischen Gegner kämpft, muss auf der Hut sein, nicht in eine Falle zu laufen und den Gegner ungewollt zu unterstützen. Vielfach wird ein Sieg auf der taktisch-physischen Ebene errungen, der aber gleichzeitig zu einer Niederlage auf der strategisch-moralischen Ebene führt. Ein Beispiel dafür sind Vorfälle wie derjenige in der Haifa Street in Bagdad im November 2004, wo der Beschuss eines fahruntüchtigen Bradley-Schützenpanzers (damit dieser nicht in falsche Hände geriet) zwölf Schaulustigen das Leben kostete. Die Medien verbreiteten diesen Vorfall publikumswirksam, mit blutverschmierter Kamera in die ganze Welt, was den USA im arabischen Raum massiv Sympathien kostete.⁵² Als Folge von solchen Zwischenfällen, von nächtlichen Hausdurchsuchungen sowie von Vorkommnissen im

³⁹ Chef der Armee, «Reglement Führung und Stabsorganisation der Armee (FSO XXI)» ed. VBS (2004), 4.

⁴⁰ Der Begriff «strategischer Korporal» wurde von General C.C. Krulak USMC kreiert und soll verdeutlichen, dass in einem Krieg der 4. Generation nicht nur Entscheide der obersten, sondern auch der untersten Führungsstufe strategische Auswirkungen haben können. Beispiele dafür gibt es viele (Abu Ghraib, Koran in Toilette in Guantanamo usw.). Siehe auch Charles C. Krulak, «The Strategic Corporal: Leadership in the Three Block War», in *Leatherneck*, (Vol. 82, Issue 1, January 1999) online: http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/usmc/strategic_corporal.htm

⁴¹ Chef der Armee, «Begriffe Führungsreglemente der Armee» (2004), 40 und Bundesrat, «Bericht des Bundesrat an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz» (SIPOL B 2000): 68.

⁴² CdA, «Reglement Führung und Stabsorganisation der Armee (FSO XXI)» ed. VBS (2004), 4.

⁴³ CdA, «Reglement Führung und Stabsorganisation der Armee (FSO XXI)» ed. VBS (2004), 4.

⁴⁴ CdA, «Reglement Führung und Stabsorganisation der Armee (FSO XXI)» ed. VBS (2004), 4.

⁴⁵ Carl von Clausewitz, «Vom Kriege», ed. E. Grassi (Rowohlt 2001): 23.

⁴⁶ Für Fuller siehe J. F. C. Fuller, «The Foundation of the Science of War» (London: Hutchinson and Company, 1925): 58, 93–174, für Boyd siehe John R. Boyd, «The Strategic Game of? and?» in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987), 34–37. AU Library, call Nr. M-U 43947.

⁴⁷ Fourth Generation Seminar, «FMFM 1-A Fourth Generation War», 3rd Draft Version (2005): 5.

⁴⁸ Diese Figur wurde von William S. Lind während eines Gesprächs mit dem Autor am 27. Januar 2005 skizziert.

⁴⁹ Diese Figur wurde vom Autor nach einer Vorlage von Donald A. MacCuish in «Disoriented Again – Why Do They Get It Wrong?» gefertigt. Das Bild des dreidimensionalen Schachbretts stammt von <http://private.addcom.de/meder/3dschach/galerie/index.html>

⁵⁰ Carl von Clausewitz, «Vom Kriege», ed. E. Grassi (Rowohlt 2001): 21 & 79.

⁵¹ Susan Rosegrant und Michael D. Watkins, «Getting to Dayton: Negotiating an End to the War in Bosnia» (Harvard University, 1996), 18. (Ein vergleichbarer Vorfall im Februar 1994 führte dazu, dass die USA eine NATO-Intervention forderte. Die Serben bestanden darauf, dass die Granaten durch Muslime abgefeuert wurden, eine UNO-Untersuchung brachte kein eindeutiges Resultat.).

⁵² Siehe auch: Tom Engelhardt «Incident on Haifa Streets» (2004) online: http://www.ccmep.org/2004_articles/iraq/092004_incident_on_haifa.htm

⁵³ John R. Boyd, «The Strategic Game of? and?» in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987), 44, AU Library, call Nr. M-U 43947.

⁵⁴ Elaine M. Grossman, «An OODA Loop Writ Large – 4GW and the Iraq War», *Insider* (2004): 2. Übersetzung aus dem Englischen durch den Autor.

⁵⁵ John R. Boyd, «Organic Design for Command and Control», in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987): 8.

⁵⁶ John R. Boyd, «Patterns of Conflict», in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1986): 175. (Übersetzung durch den Autor).

⁵⁷ Chet Richards, «Boyd's OODA Loop», ed. Powerpoint Presentation (2001), n.p., online, http://www.d-n-i.net/fcs/ppt/boyds_ooda_loop.ppt#320,5, Boyd's OODA «Loop» Sketch.

Abu-Ghraib-Gefängnis dürfte der Zulauf für die Aufständischen seit dem Ende der Hauptkampfhandlungen 2003 eher zugenommen haben.

Die mentale Ebene

Die mentale Ebene des Krieges bildet die Verbindung zwischen der moralischen und der physischen Ebene. Sie steht auf eine gewisse Weise für die intellektuelle Aktivität, sich mit den moralischen und physischen Ebenen zu beschäftigen und die Wirkung der physischen Aktionen auf die moralische Ebene zu beurteilen. Das Ziel ist, dem Gegner einen Schritt vorauszu sein, ihn «auszudenken», ihn gewissermassen «in sich selbst zurückzufalten» oder, anders ausgedrückt, innerhalb seines OODA-Loops zu operieren.⁵³ Dieser OODA-Loop besteht aus den vier Hauptelementen *observe* (Beobachtung), *orient* (Standortbestimmung), *decide* (Entscheidung), *act* (Handlung). Es ist jedoch nicht einfach, den OODA-Loop in seiner Gesamtheit zu verstehen. In einer vereinfachten Form könnte man ihn folgendermassen beschreiben: «Ein Soldat oder Kommandant beobachtet (*observe*) wiederholt das Umfeld, macht eine Standortbestimmung (*orient*), in dem er die Situation mit früheren Beobachtungen vergleicht, trifft eine Entscheidung (*decide*) und veranlasst die erforderliche Handlung (*act*) oder nimmt sie selbst vor.»⁵⁴

Die Figur 3 zeigt den OODA-Loop, so wie ihn Boyd ursprünglich konzipiert hat. Meistens findet man den OODA-Loop je-

doch nur in einer vereinfachten Form, die lediglich die vier Hauptelemente (*observe – orient – decide – act*) darstellt. Diese Darstellung lässt aber wesentliche Elemente im Bereich *orient* aus, welchen Boyd als «Schwerpunkt» des Loops bezeichnete. Die vereinfachte Darstellung bringt es mit sich, dass viele Leute nur auf den Faktor «Zeit» des OODA-Loops hinweisen. Dieser ist eine Kombination von Vielseitigkeit/Geschwindigkeit und Harmonie/Initiative.⁵⁵ Um auf der mentalen Ebene erfolgreich zu sein, ist es notwendig, dass der eigene OODA-Loop «raffinierter, für den Gegner unklarer, unregelmässiger und schneller ist – aber anders zu sein scheint». ⁵⁶

Die physische Ebene

Wahrscheinlich die beliebteste –, weil am einfachsten zu verstehen – jedoch zugleich die unwichtigste Ebene in einem asymmetrischen Konflikt ist die physische Ebene. Diese Ebene ist so beliebt, weil sie rasche und messbare Resultate in Form von Zahlen und Statistiken liefert. Aber genau so, wie im Zweiten Weltkrieg die Zahl der zerstörten Fabriken den Effekt auf die deutsche Kriegsindustrie nicht korrekt wiedergab, ist in einem asymmetrischen Krieg die Zahl der getöteten Aufständischen und Terroristen kein Zeichen für den Erfolg. Wenn der Tod eines getöteten Aufständischen zu zwei neuen Opfern führt, ist das Resultat sogar kontraproduktiv.

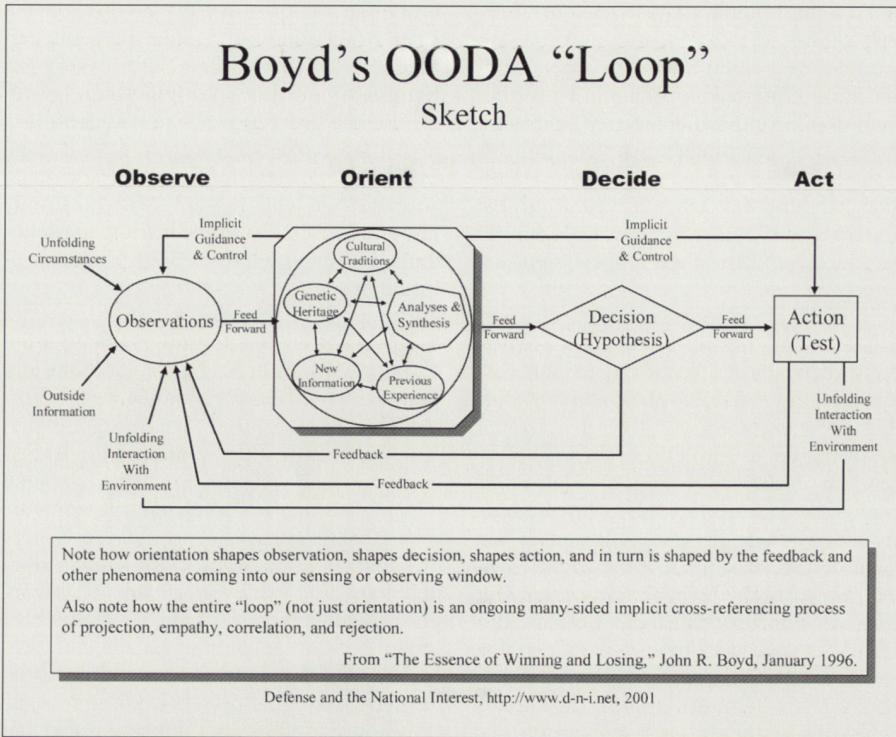


Fig. 3: Boyd's OODA-Loop.⁵⁷

Ziele und Strategien (ends)

Ziele und Strategien des asymmetrischen Akteurs

Die Geschichte des letzten und die Ereignisse des aktuellen Jahrhunderts versorgen uns mit genügend Fallbeispielen bezüglich Erfolg und Misserfolg im Kampf gegen einen Gegner, der sich der Strategien und Taktiken eines asymmetrischen Konfliktes bedient. Es ginge über den Fokus dieses Artikels hinaus, solche Fallbeispiele im Detail zu untersuchen. Es zeigte sich wiederholt, dass das Verharren auf starren, konventionellen Strategien und Strukturen in fast allen Fällen zum Misserfolg geführt hat.

Einer der wichtigsten Grundsätze ist, dass ein asymmetrischer Gegner nie mit militärischen Mitteln alleine zu besiegen ist. Eine erfolgreiche Strategie beinhaltet deshalb immer auch den Einsatz anderer Machtinstrumente eines Staates. Der Kampf muss auf der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und nicht nur auf der militärischen Front geführt werden. Zusätzlich braucht die Strategie ein gerüttelt Mass

Einer der wichtigsten Grundsätze ist, dass ein asymmetrischer Gegner nie mit militärischen Mitteln alleine zu besiegen ist.

an unkonventionellen Gedanken und Handlungen oder an Destruktion und Kreation, wie Boyd dies in seinen Schriften bezeichnet.⁵⁸ Nur kreatives Denken ausserhalb rigider Strukturen bringt Erfolge im Kampf gegen einen asymmetrischen Gegner. Eine erfolgreiche Strategie beinhaltet auch den Grundsatz, den Krieg und nicht die Schlacht gewinnen zu wollen.⁵⁹

Asymmetrie und asymmetrische Strategien fanden von jeher Eingang in die Theorien der militärischen Strategen. So hat schon Sun Tzu darauf hingewiesen, dass jegliche Kriegsführung auf Täuschung basiert, die indirekten Taktiken unerschöpflich seien und man die Stärken des Gegners vermeiden, seine Schwächen jedoch ausnutzen solle.⁶⁰ Liddell Hart empfahl eine Richtung einzuschlagen, die der Gegner am wenigsten erwartet und dort zuzuschlagen, wo dieser am wenigsten Widerstand entgegensetzen könne.⁶¹ Die Anwendung asymmetrischer Strategien, basierend auf asymmetrischen Zielen, ermöglicht es einem militärisch schwächeren Gegner, eine andere, für ihn vorteilhafte Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen.⁶²

Eines der strategischen Ziele der Protagonisten von asymmetrischen Konflikten ist es, die Meinung der Bevölkerung und der Politiker zu beeinflussen.⁶³ Dies tun sie



Für die Spezialkriegsführung ausgebildete US Marines des Battalion Landing Teams 3/8 kehren 1995 nach der Befreiung des über Bosnien abgeschossenen F-16-Piloten Scott O'Grady auf den amphibischen Helikopterträger USS Kearsarge (LHD-3) zurück.

Foto: USN

primär, um deren Willen zur Kriegsführung zu brechen, aber auch, um die Bevölkerung von der Regierung und der Armee zu isolieren. Sie bezwecken schliesslich eine Spaltung der Regierung, um schliesslich eine breite Unterstützung in der Bevölkerung, ihrer eigenen Ideologie oder ihrer Religion zu finden.

Nebst der übergeordneten Zielsetzung verfügen die verschiedenen Gruppierungen natürlich oft über eigene Agenden, die häufig mit der Ausdehnung der eigenen Machtphäre oder der persönlichen Bereicherung in Zusammenhang stehen. In einem unklaren Umfeld, wie in Somalia oder Afghanistan, sind diese persönlichen Agenden oft auch der Grund, wieso ein Stamm oder eine Gruppierung relativ schnell die Fronten wechseln kann.

Auf operativer Ebene agieren die Kämpfer genau gleich, wie dies in den Armeen ihrer Feinde gelehrt wird: Mittels räumlicher und zeitlicher Koordination taktischer Einzelaktionen soll das strategische Ziel erreicht werden. Diese Umsetzung ist zwar nicht einfach, aber wie Beispiele aus der Realität zeigen, für asymmetrische Akteure durchaus machbar. Als Beispiel soll hier der Irak dienen. In der Zeit von Mitte 2003 bis Anfang 2004 führten die Aufständischen eine Serie sorgfältig koordinierter Aktionen durch, bei denen sie vor allem jene Organisationen als Ziele aussuchten, die den Koalitionstruppen am meisten Unterstützung boten: Polizei, UN, neutrale Botchaften und Shia-Geistliche.⁶⁴ Obwohl die Einzelereignisse keinen offensichtlichen Zusammenhang zu haben schienen, waren sie auf operativer Ebene wohl koordiniert. Strategisch gesehen konnte so die Position der USA und der provisorischen Verwaltung geschwächt werden.

⁵⁸John R. Boyd, «The Strategic Game of? and?» in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987): 6–9.

⁵⁹Col Thomas X. Hammes, «The Sling and the Stone», (St. Paul, MN: Zenith Press, 2004): 226.

⁶⁰Sun Tzu, «The Art of War», trans. Lionel Giles (InstaBook Corporation, Gainesville, FL, 1997): 5,29,41.

⁶¹Basil H. Liddell Hart, «Strategy» (New York, NY: Praeger Inc., 1954): 348.

⁶²Major E.J.R. Chamberlain, «Asymmetry: What Is It and What Does It Mean for the British Armed Forces», in *Defence Studies*, Vol. 3, No 1 (London, Frank Cass, 2003): 23.

⁶³Col Thomas X. Hammes, «The Sling and the Stone», (St. Paul, MN: Zenith Press, 2004): 208.

⁶⁴Col Thomas X. Hammes, «The Sling and the Stone», (St. Paul, MN: Zenith Press, 2004): 216.

⁶⁵Jay Gordon Simpson, «Not by Bombs Alone: Lessons from Malaya» in *Joint Force Quarterly*, (Summer 1999): 91–98.

⁶⁶John R. Boyd, «The Strategic Game of? and?» in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987): 33–51.

⁶⁷John R. Boyd, «The Strategic Game of? and?» in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987): 44.

⁶⁸John R. Boyd, «The Strategic Game of? and?» in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987): 47.

⁶⁹Fourth Generation Seminar, «FMFM 1-A Fourth Generation War», 3rd Draft Version (2005): 25.

⁷⁰Bob Woodward, «Bush at War» (New York: Simon & Schuster 2003): 139,155, 299 und Daniel Cooney, «Cash drives the rebellion in Afghanistan» in *Daily Times* (2005) online http://www.dailymail.com.pk/default.asp?page=story_16-8-2005_pg4_23

⁷¹David H. Hackworth, «About Face» (New York: Simon & Schuster, 2004): 679/680.

Ziele und Strategien im Kampf gegen einen asymmetrischen Gegner

Interaktion und Isolation

Die Briten können auf einige erfolgreiche Auseinandersetzungen mit Aufständischen in ihren ehemaligen Kolonien zurückblicken. Wer zum Beispiel den Konflikt in Malaysia – in welchem Luftoperationen eine prominente Rolle spielten – genauer untersucht, findet eine zwischen militärischen und zivilen Stellen wohl koordinierte Strategie und einen Krieg, in dem es eher um Ideen als um gewonnene Schlachten ging.⁶⁵ Dieses Vorgehen ist sehr ähnlich mit dem, was Boyd unter Interaktion und Isolation beschreibt. Er schlägt vor, den Gegner auf der moralischen, mentalen und physischen Ebene zu isolieren, während man selbst auf den drei erwähnten Ebenen interagiert, das heißt mit Außenstellen (Politik, Wirtschaft, Verbündeten) zusammenwirkt.⁶⁶

Eine solche Isolation des Gegners würde verhindern, dass er sich «wie ein Fisch im Wasser» bewegen und ungehindert, ja sogar mit Unterstützung der Bevölkerung, agieren kann. Boyd empfiehlt weiter, das gegnerische, mentale Bild dessen, was vor sich geht, zu verdrehen, damit den Gegner zu desorientieren, den Fluss seiner Aktionen zu unterbrechen (also aus seinem strategi-

schen Zusammenhang lösen) und so die feindlichen Kapazitäten zu überladen.⁶⁷ Konkrete Massnahmen sind nach Boyd die physische Isolation durch Unterbruch der Kommunikationsmittel und der Finanzen. Auf der mentalen Ebene bedeutet Isolation das Präsentieren von zweideutigen Signalen, Täuschaktionen und die ständige Veränderung des Operationsrhythmus. Auf der moralischen Ebene soll der Gegner dazu gebracht werden, Verhaltenskodexe gegenüber Verbündeten und der Bevölkerung zu verletzen und aufzuzeigen, dass er sich auf Kosten seiner Unterstützer bereichert.⁶⁸

Ein Gegner, der den Kampf asymmetrisch führt, wird sich auch der klassischen Regeln eines Guerillakrieges bedienen. Terrorismus ist dabei nur eine einzelne taktische Aktion, die in einem strategischen Gesamtrahmen steht.⁶⁹ Der asymmetrische Akteur ist auf die Zusammenarbeit und die Unterstützung der lokalen Bevölkerung angewiesen. Seine Verbündeten sind zudem die Faktoren Zeit und Geld. Er kann den Kampf auf kleiner Flamme weiterführen, bis der fremde Eindringling nach Hause geht oder die Regierung kriegsmüde wird. Der Rückzug oder die Kriegsmüdigkeit stehen in engem Zusammenhang mit den Kosten, die der Expeditiokrieg einer Besatzungsarmee oder die der Kampf der Regierungstruppen für die betroffenen

Ein Gegner, der den Kampf asymmetrisch führt, wird sich auch der klassischen Regeln eines Guerillakrieges bedienen. Terrorismus ist dabei nur eine einzelne taktische Aktion, die in einem strategischen Gesamtrahmen steht.

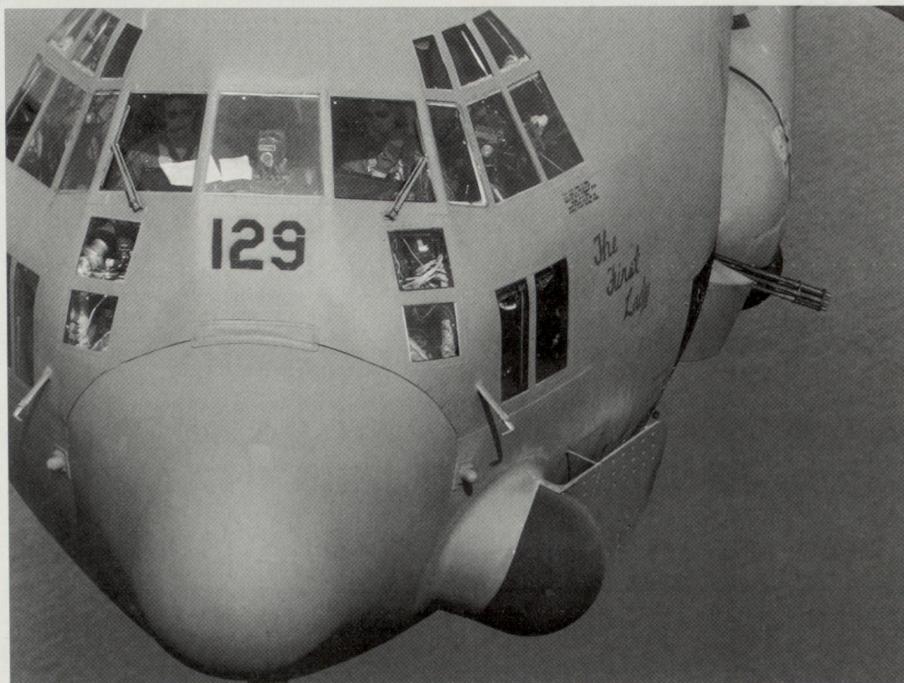
Regierungen verursacht. Umgekehrt ist Bargeld eine der besten Waffen gegen einen asymmetrischen Opponenten. Mit Bargeld kann man sich eine bewaffnete Miliz bei der Stange halten, Informationen kaufen und Feinde zum Überlaufen und zum Verrat bewegen.⁷⁰

Mit einer Strategie von Interaktion und Isolation geht es auch darum, dem asymmetrischen Kämpfer die Unterstützung der lokalen Bevölkerung, gewissermaßen seinen Nährboden zu entziehen. Zusätzlich muss man ihn mit seinen eigenen Waffen schlagen. Man muss seine Taktiken annehmen, ihn täuschen und überraschen, man muss mobil und gerissen sein, über unkonventionelle Ideen, exzellente Geländekenntnisse und einen guten Draht zur Bevölkerung verfügen.⁷¹



Spezialkräfte sind besonders geeignet, im asymmetrischen Umfeld zu operieren. Spezielle Helikopter wie dieser Sikorsky MH-53 «Pave Low III» der U.S. Air Force auf der Kirtland Air Force Base (New Mexico) dienen zur Insertion bei Tag und Nacht über weite Distanzen. Sie können zudem luftbetankt werden.

Foto: Kürsener



Lockheed AC-130 SPECTRE «Gunships», mit Gatling-Kanonen und einem 105-mm-Geschütz bewaffnet, sind die fliegende Artillerie für Sonderoperationskräfte.

Foto: US DoD

Diese Integration mit der lokalen Bevölkerung ist extrem wichtig, bedingt aber ein überdurchschnittliches kulturelles Bewusstsein und extrem gute Kenntnisse der lokalen Begebenheiten. Gute HUMINT (*human intelligence*) ist eine Grundvoraussetzung für den Kampf in asymmetrischen Konflikten, sie ist aber nur durch gute lokale Kontakte und durch Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zur Lokalbevölkerung zu erlangen. Dass dies ein langwieriger und anspruchsvoller Prozess ist, versteht sich von selbst.⁷²

Wege und Einsätze zur Bekämpfung eines asymmetrischen Gegners (ways)

Einsätze einer modernen Luftwaffe

In einem Konflikt der 4. Generation können grundsätzlich alle auch in einem konventionellen Konflikt eingesetzten Einsätze einer modernen Luftwaffe zur Anwendung kommen. Für einige Einsätze gibt es nur sehr beschränkte Anwendungsmöglichkeiten, andere kommen häufiger zum Tragen. Bei der Planung der Einsätze müssen folgende Fragen im Vordergrund stehen:

- Ist der Einsatz kongruent mit der übergeordneten Strategie der Operation?
- Bringt der Einsatz auf strategisch/moralischer Stufe mehr Nachteile als er auf tak-tisch/physikalischer Stufe Vorteile bringt?
- Soll mit dem Einsatz eine besondere Wirkung erzielt werden?
- Kann mit dem Einsatz der Mittel ein besonderer Vorteil erreicht werden, der mit einem anderen Einsatz nicht erreicht werden kann?

In Analogie zu General Krulaks «*three block war*» kann das ganze Spektrum der

Operationen, von der humanitären Hilfe über friedensunterstützende Operationen (*peace support operations, PSO*) bis zu traditionellen Kampfeinsätzen, innerhalb eines geografisch sehr beschränkten Gebietes zum Einsatz kommen.⁷³ Auf die Luftoperationen bezogen heißt dies, dass im selben Stadtteil medizinische Hilfsgüter eingeflogen werden können, über welchem Kampfflugzeuge Präsenz markieren, UAVs Überwachungseinsätze fliegen und Kampfhelikopter einem Nahrungsmittelkonvoi in Bedrängnis Luftnahunterstützung bieten.

Kampfeinsätze

In einem asymmetrischen Konflikt können Kampfeinsätze mit allen bewaffneten Luftfahrzeugen geflogen werden. Dabei spielen traditionelle Überlegungen zur Aufgabenverteilung keine Rolle mehr. Der ehemals nuklear-strategische Langstreckenbomber B-52 kann ebenso zur Luftnahunterstützung eingesetzt werden, wie die bewaffnete Drohne einen strategischen Angriff führen kann.⁷⁴ Dazwischen sind die Möglichkeiten und folgedessen die möglichen Einsätze unbegrenzt.

Unterstützungseinsätze

Die ganze Palette der Unterstützungs-einsätze – von Luftransport über Luftbeteckungseinsätze zu ISTAR- (*intelligence, surveillance, target acquisition, reconnaissance*) oder SEAD-Einsätzen (*suppression of enemy air defenses*), wie sie auch in konventionellen Konflikten erforderlich sind, kann in einem asymmetrischen Krieg ebenfalls zur Anwendung kommen.

Einsätze der Schweizer Luftwaffe

Die Schweizer Luftwaffe hat sich bis anhin höchstens unbewusst mit asymmetrischen Konflikten auseinander gesetzt. Dies

ist nicht zuletzt auf die Umstände zurückzuführen, dass die Schweiz weder an Kampfoperationen in Afghanistan oder im Irak teilnahm noch als Primärziel für Terroristen des Al-Kaida-Netzwerkes bezeichnet werden kann. Die Einsätze zur Wahrung der Lufthoheit für das Weltwirtschaftsforum WEF in Davos oder für das Treffen der G8 in Evian können jedoch im weitesten Sinne als Einsätze im Rahmen eines möglichen asymmetrischen Konfliktes bezeichnet werden.

Kampfeinsätze heute

Zum heutigen Zeitpunkt kann ein Beitrag der Schweizer Luftwaffe an Operationen in einem asymmetrischen Konflikt entweder im eigenen Land oder aber im Interessengebiet der Schweiz im Ausland erfolgen. Bedingt durch Sparmassnahmen kann die Luftwaffe einige ihrer Kernkompetenzen nicht mehr wahrnehmen, entsprechend muss die Palette ihrer Möglichkeiten eingeschränkt werden.

Kampfeinsätze der Schweizer Luftwaffe können heute einzig durch Kampfflugzeuge oder durch die Fliegerabwehr durchgeführt werden. Die geltende Gesetzgebung schränkt einen Kampfeinsatz im Ausland ein. Friedensförderungseinsätze müssen auf der Grundlage eines UNO- oder OSZE-Mandates erfolgen, und die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedenserzung (*peace enforcement*) ist nicht gestattet. Assistenzeinsätze mit bewaffneten Einheiten können ebenfalls im Ausland erfolgen, sofern sie der Wahrung schweizerischer Interessen dienen.⁷⁵

Kampfeinsätze können im Rahmen von Raumsicherungsoperationen oder Verteidigungsoperationen sowohl im Inland wie auch im Ausland erfolgen. Zusätzlich können sie auch im Rahmen subsidiärer Sicherungseinsätze angeordnet werden.⁷⁶ Mit anderen Worten, innerhalb der Vorgaben des Militärgesetzes (MG) und des Armeeleitbildes (ALB) kann ein Kampfeinsatz

⁷² Fourth Generation Seminar, «FMFM 1-A: Fourth Generation War», 3rd Draft Version (2005): 28/29.

⁷³ Charles C. Krulak, «The Strategic Corporal: Leadership in the Three Block War» in *Leatherneck*, (Vol. 82, Issue 1, January 1999) online: http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/usmc/strategic_corporal.htm

⁷⁴ Für den CAS-Einsatz der B-52 siehe Rebecca Grant, «An Air War Like No Other» Air Force Magazine (November 2002): 33. Für den strategischen Angriff durch UAV siehe Chris Finn, «The Employment of Air Power in Afghanistan and Beyond», Air Power Review, Volume 5, Number 4, (Winter 2002): 4.

⁷⁵ Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, «Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG)» (Stand am 12. Juli 2005): 21–23.

⁷⁶ Der Schweizerische Bundesrat, «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI (Armeeleitbild XXI)» (2001): 40–44.

sowohl im Inland wie auch im Ausland stattfinden.

Kampfeinsätze im Rahmen von Luftoperationen in asymmetrischen Konflikten im Inland beschränken sich heutzutage, bedingt durch die reduzierten Kernkompetenzen der Luftwaffe, auf die Abwehr von Flugobjekten durch Kampfflugzeuge oder durch die Fliegerabwehr. Sollte die Luftwaffe in Zukunft über eine Kernkompetenz im Luftangriff auf Bodenziele (*counter-land*) verfügen, könnten theoretisch auch Einsätze mit Kampfflugzeugen gegen Bodenziele erfolgen. Hier wird einerseits ein ausserordentliches Leistungsvermögen im unterstützenden ISTAR-Bereich verlangt, andererseits ist allfälligen Kollateralschäden gebührend Rechnung zu tragen.⁷⁷

Dieselben Überlegungen wie im vorhergehenden Abschnitt sind anzustellen für Kampfeinsätze im Ausland. Hinzu kommen die einschränkenden rechtlichen Aspekte aus dem MG, welche den Entscheidungsprozess beeinflussen.

Unterstützungseinsätze heute

Die Luftwaffe kann sämtliche Unterstützungseinsätze im Rahmen eines asymmetrischen Konfliktes mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sowohl im Inland, wie auch im Ausland durchführen. Für

Einsätze im Ausland gelten wieder die einschränkenden Bestimmungen der Gesetzgebung. Konkret bedeutet dies, dass die Luftwaffe Luftransporte durchführen kann, z.B. für Polizei, GWK oder AGFA. Sie kann auch mit ihren beschränkten ISTAR-Mitteln Aufträge für Armee und Behörden ausführen, beispielsweise für Überwachungs- und Aufklärungseinsätze mit dem Aufklärungsdrohensystem ADS-95 oder mit Mitteln der elektronischen Aufklärung.

Kampfeinsätze 2012 (mittelfristige Planung)

Hier wird davon ausgegangen, dass die bereits erwähnten gesetzlichen Einschränkungen zum grössten Teil auch 2012 weiterhin Bestand haben werden und dass sämtliche in den Konzeptionsstudien des Planungsstabes der Armee (PST A) im Zeitraum bis 2012 vorgesehenen Beschaffungsvorhaben verwirklicht werden. Zusätzlich zu den im Kapitel *Kampfeinsätze heute* erwähnten Einsätzen können in beschränktem Masse Kampfeinsätze gegen Bodenziele erfolgen. Es ist momentan noch nicht abzusehen, in welchem Masse die Luftwaffe befähigt sein wird, den Zyklus «Sensor zu Effektor» zu beherrschen.

Unterstützungseinsätze 2012 (mittelfristige Planung)

Im Bereich der Unterstützungseinsätze wird sich die robustere Ausgestaltung im Bereich ISTAR auswirken. Dies wird ermöglichen, umfassendere und länger andauernde Einsätze in den Bereichen Überwachung und Aufklärung durchführen zu können. Die Beschaffung eines Transportflugzeuges sollte grössere Autonomie bei Einsätzen im Ausland ermöglichen.

Mittel (means)

Mittel einer modernen Luftwaffe

In einem asymmetrischen Krieg können grundsätzlich alle auch in einem konventionellen Konflikt eingesetzten Mittel einer modernen Luftwaffe zum Einsatz kommen. Allerdings gibt es für einige Mittel nur sehr beschränkte Einsatzmöglichkeiten, andere werden intensiver verwendet. Bei der Wahl der Mittel müssen ähnliche Fragen

⁷⁷ Hier wird die Fähigkeit angesprochen, nicht kooperierende Ziele aufzuspüren, überwachen, identifizieren, verfolgen und bekämpfen zu können. Dabei spielt bei zeitkritischen Zielen der Faktor Zeit im Zyklus Sensor zu Effektor, speziell im Bereich Entscheidungsprozess, eine enorm grosse Rolle.



Angehörige der amerikanischen 101st Air Assault Division bereiten sich vor den Augen interessierter Irakis zu einer Patrouille in Mosul (Irak) vor. Sind diese Zivilisten alle auch harmlos?

Foto: Military Times

im Vordergrund stehen, wie sie bereits im Kapitel *Wege und Einsätze ...* erwähnt wurden:

- Ist der Einsatz der Mittel kongruent mit der übergeordneten Strategie der Operation?
- Bringt der Einsatz der Mittel auf strategisch/moralischer Stufe mehr Nachteile als er auf taktisch/physikalischer Stufe Vorteile bringt (Kollateralschäden usw.)?
- Soll mit dem Einsatz der Mittel eine besondere Wirkung erzielt werden (Sichtbarkeit, Überraschung usw.)?
- Kann mit dem Einsatz der Mittel ein besonderer Vorteil erreicht werden (Beeinflussung des gegnerischen OODA-Loops, Überblick über die Situation, Vielseitigkeit usw.)?

Kampfmittel

Der Einsatz von Bombern und Kampfflugzeugen muss sehr genau überlegt und abgewogen werden, da je nach Kaliber, Sprengwirkung und Genauigkeit der eingesetzten Waffen die Gefahr von Kollateralschäden sehr gross ist. Auf der anderen Seite ist die Gefährdung der Besatzung verschwindend klein, weil die asymmetrischen Krieger meistens nur über MANPADS (*man portable air defense system*) verfügen.⁷⁸ Kampfflugzeuge bieten durch ihre Flexibilität (Mehrzweckkampfflugzeuge, Waffenmix), ihr Kampfpotenzial und ihre Fähigkeit, schnell grosse Distanzen zu überwinden, Vorteile, die mit anderen Mitteln nicht erreicht werden können. Mit der Entwicklung von Munition mit begrenzter Zerstörungskraft (*small diameter bomb*, inerte Bomben, Beton- oder Gipsbomben) sollen Kollateralschäden minimiert werden.

Kampfhelikopter bieten eine flexible, leistungsfähige Plattform für den Einsatz eines robusten Waffenmixes (Kanone, ungelenkte und gelenkte Raketen). Sie sind zudem auch in urbanem Gelände einsetzbar. Sie weisen allerdings eine gewisse Verwundbarkeit auf, wie die *deep strike*-Einsätze im Irak gezeigt haben.⁷⁹ Sie eignen sich ausgezeichnet für die Bekämpfung von Einzelpersonen in einem Fahrzeug, wie entsprechende Einsätze der israelischen Luftwaffe gegen Führer der Hamas gezeigt haben.

Ebenfalls gut geeignet für Einsätze gegen Einzelpersonen oder Einsätze mit möglichst geringen Kollateralschäden sind bewaffnete Drohnen (*unmanned combat air vehicle, UCAV*). Sie haben den Vorteil, dass sie eine grosse Verweildauer aufweisen (bis zu 24 bis 36 Std. je nach Distanz zum Einsatzraum⁸⁰) und bei gefährlichen Einsätzen kein Risiko einer abgeschossenen oder getöteten Besatzung eingegangen werden muss. Eine eher bescheidene Rolle in einem asymmetrischen Konflikt spielen Flugabwehrsysteme. Wichtiger werden sie, wenn es Aufständischen oder Terroristen



Türkische Spezialkräfte seilen sich anlässlich der Übung **ALLIED RESPONSE** aus einem **BLACK-HAWK**-Helikopter zu einem Einsatz ab.

Foto: NATO

gelingen sollte, fliegende Systeme zu beschaffen.⁸¹

Kampfunterstützungsmittel

Zur Unterstützung der eigentlichen Kampfmittel werden zahlreiche Systeme mit mannigfachen Aufgaben eingesetzt. In einem asymmetrischen Krieg eher selten zum Einsatz kommen Mittel zur Unterdrückung gegnerischer Radars oder Flugabwehrsysteme, so genannte SEAD-Mittel.⁸² Auch eher selten eingesetzt werden fliegende Beobachter zur Luftnahunterstützung (*forward air controller [airborne]*, FAC[A]), da bodengestützte FAC (vielfach aus den Reihen der SOK) in einem solchen Szenario besser geeignet sind. Häufiger zum Einsatz kommen hingegen Tanker, sie bieten als Kräftemultiplikator entweder eine höhere Zuladung, eine grössere Reichweite oder eine längere Verweildauer für die Kampfmittel.

Transporthelikopter ermöglichen einerseits geländeunabhängige und garantieren andererseits Verlegeflexibilität über weite Strecken. Sie sind jedoch durch MANPADS, RPG und kleinkalibrige Waffen verwundbar. Ihre Vorteile sind die Tauglichkeit für den Nachteinsatz und die Möglichkeit zur raschen Verschiebung von SOK. Ihre Nachteile sind Limiten bezüglich Reichweite und Zuladung in gebirgigem Umfeld (Afghanistan usw.) sowie fehlende Überraschungseffekte bei Tag (Lärm, Geschwindigkeit).

ISTAR-Mittel sind wohl aus der ganzen Palette der Luftkriegsmittel jene, welche den grössten Beitrag an Operationen in einem asymmetrischen Konflikt liefern können. Es handelt sich hier um Systeme im Luft- und Weltraum. Sie bieten mit ihren Sensoren in den Bereichen Elektro-Optik, Infrarot und Radar die Möglichkeit, in einem grossen Spektrum der elektromagnetischen Wellen Informationen zu

sammeln und zu verbreiten, oftmals in Echtzeit. Verschiedene Plattformen – Satelliten, UAVs, Flugzeuge und Helikopter – unterstützen diese Zusammenstellung von Informationen zu einem Lagebild. Doch selbst diese Technologie kann letztendlich dem Entscheidungsträger – unter Umständen einem «strategischen Korporal» – einen schwierigen und folgenschweren Entscheid mit strategischer Tragweite nicht abnehmen.⁸³

⁷⁸ Die Befreiungsbewegung Polisario verfügte allerdings bereits 1981 über SA-9-Infrarot-Flablenkwaffen und über SA-6-Radar-Flablenkwaffen. David J. Dean, «The Air Force Role in Low-Intensity Conflict», (Maxwell, AL1986): 41–51.

⁷⁹ Anthony Cordesman, «The Lessons of the Iraq War: Main Report», (Washington, D.C. CSIS, 2003) Eleventh Working Draft: 239/240.

⁸⁰ Federation of American Scientists, «RQ-1 Predator MAE UAV», online: <http://www.fas.org/irp/program/collect/predator.htm>

⁸¹ Das extreme Beispiel hierzu sind sicher die vier am 9. September 2001 von Al-Kaida-Terroristen entführten Linienflugzeuge. Es gibt jedoch noch weitere Beispiele. So hat die Hisbollah kürzlich Gebrauch von einem UAV gemacht. Siehe David Rudge und Ariech O'Sullivan, «Hizbullah drone enters Israeli skies» in *Jerusalem Post* (12. April 2005), section News: 1.

⁸² Wie bereits im Kapitel *Kampfmittel* erwähnt, verfügen die Aufständischen/Terroristen selten über Radar oder radargelenkte Waffen.

⁸³ Gen. Charles C. Krulak, «The Strategic Corporal: Leadership in the Three Block War», in *Leatherneck*, Vol. 82, Issue 1, January 1999 online: http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/usmc/strategic_corporal.htm

⁸⁴ Martin van Creveld, «The Rise and Fall of Air Power», *The Quarterly Journal of Military History* 8, no. 3, (Spring 1996): 81.

⁸⁵ Unbekannt, «The Al Qaeda manual», (2000u), online <http://www.fas.org/irp/world/para/manual-part1.html>

⁸⁶ Rebecca Grant, «An Air War Like No Other» *Air Force Magazine* (November 2002): 34.

⁸⁷ John R. Boyd, «The Strategic Game of? and?» in *A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987), 33. AU Library, call Nr. M-U 43947.

Zusammenfassung

Was generell für sämtliche Operationen in den «lästigen, kleinen Kriegen» gilt, ist auch für die Luftoperationen gültig. Das Zitat von J. G. Simpson «*Not by Bombs Alone*» versinnbildlicht die Problematik, dass ein asymmetrischer Konflikt nicht mit militärischen Mitteln allein zu lösen ist. Das war in Malaysia und in Vietnam so, und das ist auch in Afghanistan und im Irak immer noch gültig. Aber der Beitrag, den Luftstreitkräfte in asymmetrischen Kriegen beisteuern können, darf nicht unterschätzt werden. Auch wenn van Creveld 1996 noch überzeugt davon war, dass die meisten Elemente von Luftmacht in diesen asymmetrischen Kriegen überholt und unnütz seien, so hat die Geschichte diese Behauptung zumindest teilweise relativiert.⁸⁴ Die Operationen der Luftstreitkräfte haben immer wieder dazu beigetragen, den Akteuren in einem asymmetrischen Konflikt das Handwerk zu legen, sei es im Verbund mit SOK in Afghanistan oder in gezielten Einzelaktionen gegen Führer von Terrororganisationen – Stichwort Intifada.

Sollten nebst dem Einsatz von nicht-militärischen Machtinstrumenten auch militärische Operationen nötig sein, um einen asymmetrischen Konflikt zu lösen, so wird dies mit Luftoperationen allein nicht geschehen können. Es braucht ebenfalls den Einsatz von Bodentruppen. Infolgedessen

Sollten nebst dem Einsatz von nicht-militärischen Machtinstrumenten auch militärische Operationen nötig sein, um einen asymmetrischen Konflikt zu lösen, so wird dies mit Luftoperationen allein nicht geschehen können.

müssen Luftwaffe und Heer eng miteinander zusammenarbeiten, *joint* ist imperativ. Um diese teilstreitkräfteübergreifenden Operationen möglichst effektiv durchführen zu können, müssen alle Beteiligten, speziell aber die Planer und Entscheidträger, im Bilde sein über die Stärken und Schwächen der jeweiligen Teilstreitkräfte.

Luftoperationen mit Waffeneinsatz müssen mit grösstmöglicher Präzision geführt werden, um Kollateralschäden zu vermeiden. Zahlreiche Beispiele in den jüngsten Konflikten belegen, dass diese Kollateralschäden im ungünstigsten Fall strategische Dimensionen annehmen können. Es darf nicht sein, dass am Ende die Schlacht gewonnen, aber der Krieg verloren wird.

Dass in einem asymmetrischen Konflikt Mobilität von grosser Bedeutung ist, wird

bereits nach dem Studium der *small wars* und der Guerillaoperationen in den letzten beiden Jahrhunderten deutlich. Auch wenn das Pferd als Transportmittel in Afghanistan immer noch wichtig ist, ist Luftransport in asymmetrischen Konflikten heute ein nicht wegzudenkender Faktor und *force multiplier*.

In asymmetrischen Konflikten sind Ziele meist schwer zu orten, zu identifizieren, zu verfolgen und zu bekämpfen. Sie sind mobil und scheinen oft harmlos. Terroristen unterscheiden sich oft nicht durch ihr Äusseres von der restlichen Bevölkerung. Das von der britischen Polizei gefundene Handbuch der Al-Kaida-Organisation gibt Aufschluss darüber, wie sich ihre Mitglieder tarnen und der Verfolgung zu entziehen versuchen.⁸⁵ Kämpfer oder Aufständische im asymmetrischen Umfeld exponieren sich möglichst spät und nur kurz, sie werden somit zu einem zeitkritischen Ziel. Die Bekämpfung eines zeitkritischen Ziels erfordert umfangreiche Möglichkeiten im ISTAR-Bereich und die Fähigkeit, den *sensor to shooter loop* möglichst kurz zu halten. Mit der technologischen Entwicklung ist der Entscheidungszyklus zum kritischen Teil dieses Sensor-zu-Effektor-Kreislaufes geworden. Dies war auch der Grund, warum der Taliban-Führer Mullah Omar in Afghanistan seinem zugesagten Schicksal entging. Der Versuch, ihn mittels eines bewaffneten Predator zu töten, scheiterte am zu lange dauernden Entscheidungsprozess und an juristischen Abwägungen.⁸⁶

Luftoperationen haben in konventionellen Kriegen gegen einen symmetrischen Gegner nichts von ihrer Bedeutung verloren. Sie spielen aber auch eine wichtige Rolle in asymmetrischen Konflikten. Man darf dabei folgende Überlegungen nicht ausser Acht lassen: Luftoperationen sind nur eine Facette der militärischen Operationen und die wiederum sind nur ein kleiner Teil der Gesamtheit der Massnahmen zur Bekämpfung eines Gegners in einem asymmetrischen Konflikt. Ein Sieg über einen solchen Widersacher kann deshalb nie nur mit militärischen Mitteln erreicht werden und beinhaltet immer die Unterstützung der lokalen Bevölkerung. Ein asymmetrischer Krieg kann nur durch eine vertrauliche Beziehung zu der betroffenen Bevölkerung und durch Absonderung der Aufständischen oder Terroristen und nur auf strategisch/moralischer Ebene gewonnen werden. John Boyd hat dies passend als strategisches Spiel der Interaktion und Isolation bezeichnet.⁸⁷

Bibliografie

- Assistant Secretary of Defense for Special Operations and Low-Intensity Conflict*, «2003-2004 SOF Posture Statement», 2003
- Bowden, Mark*, «Black Hawk Down», New York, NY: Penguin Books, 1999
- Boyd, John R.*, «Organic Design for Command and Control», in *A Discourse on Winning and Losing*, Maxwell, AL: 1987
- Boyd, John R.*, «Patterns of Conflict», in *A Discourse on Winning and Losing*, Maxwell, AL: 1986
- Boyd, John R.*, «The Strategic Game of? and?», in *A Discourse on Winning and Losing*, Maxwell AFB, Alabama: 1987
- Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, «Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG)», Stand am 12. Juli 2005
- Bunker, Robert J.*, «Generations, waves, and epochs», *Airpower Journal* Vol. 10, no. Issue 1, 1996
- Byman, Daniel L. and Matthew C. Waxman*, «Kosovo and the Great Air Power Debate», *International Security*, 2000
- Callwell, C. E.*, «Petites Guerres: Leur Principes et leur Exécution», Paris, 19uu
- Chamberlain, E.J.R.*, «Asymmetry: What Is It and What Does It Mean for the British Armed Forces», in *Defence Studies*, Vol. 3, No 1 London, Frank Cass, 2003
- Chef der Armee*, «Begriffe Führungsreglemente der Armee», 2004
- Chef der Armee*, «Reglement Führung und Stabsorganisation der Armee (FSO XXI)» ed. VBS, 2004
- Clausewitz von, Carl*, «Vom Kriege», ed. E. Grassi, Hamburg, Rowohlt, 2001
- Cohen, William S.*, «Report of the Quadrennial Defense Review», US Department of Defense, Washington, D.C., 1997
- Cooney, Daniel*, «Cash drives the rebellion in Afghanistan» in *Daily Times* 2005
- Cordesman, Anthony*, «The Lessons of the Iraq War: Main Report», Washington, D.C. CSIS, 2003, Eleventh Working Draft
- Creveld van, Martin*, «The Rise and Fall of Air Power». in *The Quarterly Journal of Military History* 8, no. 3, Spring 1996
- Dean, David J.*, «The Air Force Role in Low-Intensity Conflict», Maxwell, AL, 1986
- Der Schweizerische Bundesrat*, «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI (Armeeleitbild XXI)», 2001
- Dunlap, Charles J. Jr.*, «How We Lost the High-Tech War of 2007», *Weekly Standard* Volume 001, no. 19, 1996
- Echevarria, Antulio J.*, «Fourth generation Warfare and other Myths», Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, PA, 2005
- Engelhardt, Tom* «Incident on Haifa Street», 2004 http://www.ccmep.org/2004_articles/iraq/092004_incident_on_haifa.htm

Federation of American Scientists, «RQ-1 Predator MÄE UAV», <http://www.fas.org/irp/program/collect/predator.htm>

Finn, Chris, «The Employment of Air Power in Afghanistan and Beyond», *Air Power Revue*, Volume 5, Number 4, Winter 2002

Fourth Generation Seminar, «FMFM 1-A Fourth Generation War», 3rd Draft Version, 2005

Fowler, Jackie, «Aum Shinrikyo» 1998 <http://religiousmovements.lib.virginia.edu/nrms/aulms.html>

Fuller, J. F. C., «The Foundation of the Science of War» London: Hutchinson and Company, 1925

Goulding, Vincent J., JR «Back to the Future with Asymmetric Warfare», *Parameters*, Winter 2000-01

Grant, Rebecca, «An Air War Like No Other», *Air Force Magazine* November 2002

Grossman, Elaine M., «An OODA Loop Writ Large – 4GW and the Iraq War», *Insider* 2004

Hackworth, David H., «About Face» New York, NY: Simon & Schuster 2004

Hammes, Thomas X. Col, «The Sling and the Stone», St. Paul, MN: Zenith Press, 2004

Hammes, Thomas X. LtCol, «The Evolution of War: The Fourth Generation», *Marine Corps Gazette* 1994

Hudson, Rex, «Terrorist and Organized Crime Groups in the Tri-Border Area (TBA) of South America», ed. Federal Research Division, Library of Congress, 2003

Kee Yeow Chy, Matthew, «Victory in Low-intensity Conflicts», *Journal of the Singapore Armed Forces* Vol. 26, no. 4, 2000

Krulak, Charles C., «The Strategic Corporal: Leadership in the Three Block War» in *Leatherneck*, Vol. 82, Issue 1, January 1999

Lambeth, Benjamin S., «The Transformation of American Airpower» Ithaca, NY, Cornell University Press 2000

Lewis, Bernard, «The Crisis of Islam» New York, NY: Random House Inc., 2003

Liddell Hart, Basil H., «Strategy» New York, NY: Praeger Inc., 1954

Lind, William S., Col Keith Nightengale, Captain John F. Schmitt, Col Joseph W. Sutton and LtCol Gary I. Wilson, «The Changing Face of War: Into the Fourth Generation», *Marine Corps Gazette* 1989

MacCuish, Donald A. «Disoriented Again – Why Do They Get It Wrong?», Maxwell, AL, Powerpoint Presentation 2005

Metz, Steven and Douglas V. Johnson II, «Asymmetry and U.S. Military Strategy: Definition, Background, and Strategic Concepts», Maxwell AFB, Alabama: 2001

Newman, Nicholas J., «Asymmetric Threats to British Military Intervention Operations», Royal United Services Institute for Defence Studies RUSI, London, 2000

4GW	<i>fourth generation warfare</i> , Kriegsführung der 4. Generation
ADS	Aufklärungsdrohnenystem
AGFA	Aufklärer- und Grenadierformationen der Armee
ALB	Armeeleitbild
CAS	<i>close air support</i> , Luftnahunterstützung
CBRNE	<i>chemical, biological, radiological, nuclear, (high-yield) explosive</i> , chemisch, biologisch, radiologisch, nuklear, hochexplosiv
DoD	<i>Department of Defense</i> , Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika
FAC(A)	<i>forward air controller (airborne)</i> , (fliegender) Beobachter zur Luftnahunterstützung
FSO	Führungs und Stabsorganisation (der Armee)
GWK	Grenzwachtkorps
HUMINT	<i>human intelligence</i> , Nachrichtendienst mittels menschlicher Quellen
IO	<i>information operations</i> , Operationen in der Informationssphäre
ISTAR	<i>intelligence, surveillance, target acquisition, reconnaissance</i> , Nachrichtendienst, Überwachung, Zielerfassung, Aufklärung
LIC	<i>low intensity conflict</i> , Krieg geringer Intensität
MANPADS	<i>man portable air defense system</i> , Einmannfliegerabwehrsystem
MG	Militärgesetz
MOOTW	<i>military operation other than war</i> , militärische Operationen unterhalb der Kriegsschwelle
NATO	<i>North Atlantic Treaty Organisation</i>
OODA	<i>Observe, orient, decide, act</i>
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PSO	<i>peace support operations</i> , friedensunterstützende Operationen
PSTA	Planungsstab der Armee
QDR	<i>Quadrennial Defense Review</i>
RPG	<i>rocket propelled grenade</i> , raketengetriebene Granate
RUSI	<i>Royal United Services Institute for Defence Studies</i>
SEAD	<i>suppression of enemy air defenses</i> , Unterdrückung der gegnerischen Luftverteidigungssysteme
SIPOL B	Sicherheitspolitischer Bericht (des Bundesrats)
SOK	Sonderoperationskräfte
UAV	<i>unmanned air vehicle</i> , unbemanntes Flugobjekt, Drohne
UCAV	<i>unmanned combat air vehicle</i> , unbemanntes bewaffnetes Flugobjekt, Kampfdrohne
UNO	<i>United Nations Organisation</i> , Vereinigte Nationen
US(A)	<i>United States (of America)</i> , Vereinigte Staaten (von Amerika)
USMC	<i>United States Marine Corps</i> , Marinekorps der Vereinigten Staaten
USSOCOM	<i>United States Special Operations Command</i>
VBS	Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WEF	<i>World Economic Forum</i> , Weltwirtschaftsforum

North Atlantic Treaty Organisation, «NATO Glossary of Terms and Definitions – AAP-6», 2005

Richards, Chet, «Boyd's OODA Loop», ed. Powerpoint Presentation 2001

Rosegrant, Susan and Michael D. Watkins, «Getting to Dayton: Negotiating an End to the War in Bosnia», Harvard University, 1996

Rudge, David und Arieh O'Sullivan, «Hizballah drone enters Israeli skies» in Jerusalem Post, 12. April 2005

Schmidt, Georg, «Der Westfälische Friede als Grundgesetz des komplementären Reichsstaats», *Textband I: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft*, http://www.lwl.org/LWL/Kultur/Westfaelischer_Friede/dokumentation/ausstellungen/sgeorg_I_V_I/index2.html

Simpson, Jay Gordon, «Not by Bombs Alone: Lessons from Malaya» in *Joint Force Quarterly*, Summer 1999

Toftler, Alvin and Heidi, «War and Anti-War: Survival at the Dawn of the 21st Century», First Edition ed. Boston, MA, Little, Brown & Co., 1993

Tzu, Sun, «The Art of War», trans. Lionel Giles, InstaBook Corporation, Gainesville, FL, 1997

Unbekannt, «The Al Qaeda manual», 2000u, <http://www.usdoj.gov/ag/training-manual.htm>

United States Marine Corps, «Small Wars» ed. U.S. Department of Defense, USMC, 2004, unveröffentlichte Draft-Version,

US Department of Defense «Joint Publication 1-02 Department of Defense Dictionary of Military and Associated Terms», 2001

US Department of Defense. «JP 3-0, Doctrine for Joint Operations», edited by US Department of Defense, 2001

US Department of Defense. «JP 3-07, Joint Doctrine for Military Operations Other Than War», edited by US Department of Defense, 1995

Vego, Milan, «What Can We Learn From ENDURING FREEDOM?», *Proceedings* 2002

Weiner, Heiko, «Low Intensity Conflicts», Seminarpapier, Universität der Bundeswehr, Fakultät für Sozialwissenschaften, 2001

Wilson, G.I., Greg Wilcox and Chet Richards, «Fourth Generation Warfare & OODA Loop: Implications of The Iraqi Insurgency», Powerpoint Präsentation 2004

Woodward, Bob, «Bush at War» New York, NY: Simon & Schuster, 2003

Zedong, Mao, «Guerilla Warfare», trans. Samuel B. Griffith II, Fort Bragg, NC: Frederick A. Praeger, 19uu

Buchbesprechung

Heiko Borchert (Hrsg.), (2005)

Europas Zukunft zwischen Himmel und Erde
Baden-Baden:
Nomos Verlagsgesellschaft
ISBN 3-8329-1410-2

Das vorliegende Buch ist der 4. Band in der Reihe vernetzte Sicherheit, in welcher sich die Herausgeber Ralph Thiele und Heiko Borchert mit Fragen der neuen Sicherheitsrisiken, der vernetzten Operationsführung, der Transformation und der Rolle von neuen Technologien und Denkansätzen in der Streitkräfteentwicklung befassen. In diesem Band wird die Rolle des Weltraums und der im Weltraum eingesetzten Systeme zur Datenübertragung und Aufklärung im Zusammenhang mit der Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Sicherheitsinstrumente einzelner europäischer Nationen, aber auch der EU und der NATO untersucht.

Weltraumpolitik für Sicherheit, Stabilität und Prosperität

Heiko Borchert, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Aussen- und Sicherheitspolitik und Herausgeber des Bandes 4 der Reihe Vernetzte Sicherheit, ist Autor zahlreicher Publikationen in Sammelbänden und Fachzeitschriften. Er sieht das europäische Engagement im Weltraum als ambitionierte internationale Verpflichtung zur Erweiterung des nationalen und des gemeinsamen europäischen Handlungsspielraumes. Es werden im vorliegenden Buch folgende fünf handlungsorientierte Schwerpunkte durchleuchtet: Steuerung der Erschliessung des Weltraums durch industriestrategisch denkende Staaten, Erhöhung des Stellenwertes des Weltraums im Rahmen des Transformationsprozesses, kombinierter nationaler/europäischer Ansatz in Strukturen und Standards, Standardisierung und Harmonisierung von Beschaffung, Herstellung, Betrieb und Unterhalt weltraumgestützter Systeme und schliesslich bessere Nutzung des Industriepotenzials. Diese fünf Schwerpunktthemen werden aus politischer, rechtlicher, militärischer und industrieller Sicht diskutiert.

Vergleicht man die nationale Weltraumpolitik verschiedener Staaten mit ihrer Kooperation im Rahmen der EU, so stellt man fest, dass sich die EU zwar als globaler Akteur sieht, bis anhin aber keine gemeinsame Weltraumpolitik verfolgt. Vielmehr dominieren immer noch nationalstaatliche Anliegen, und die Bereitschaft zur Koope-

ration hängt von nationalen, finanziellen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen ab. Während man beispielsweise Frankreich als aktive Weltraumnation und treibende Kraft für eine EU-Weltraumpolitik bezeichnen könnte, ist in Grossbritannien die Weltraumindustrie wenig entwickelt; das Land profitiert stark vom Verbündeten USA.

Raumfahrt war von jeher Teil der Aussen- und Sicherheitspolitik der grossen Mächte. In Europa waren die beiden Akteure der Weltraumpolitik bis vor kurzem die EU und die ESA, welche beide ausschliesslich die friedliche Nutzung des Weltraums verfolgten. Seit dem Jahr 2000 wird die ESA nun schrittweise in die EU eingegliedert. Zwar ist die USA nach wie vor als wichtigster sicherheitspolitischer Partner auch der bedeutendste Gefährte in der Nutzung des Weltraums, aber die Zusammenarbeit mit Russland und China unterstreicht den Wunsch der EU nach Unabhängigkeit. Eine kohärente EU-Weltraumpolitik ist vorderhand noch nicht vorhanden, erste Ansätze dazu sind jedoch erkennbar.

Ein Grund für diese zögerliche Entwicklung könnte sein, dass die konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Weltraum in Europa nur marginal institutionalisiert ist, obwohl dessen strategischer Einfluss in die vernetzte Operationsführung unbestritten ist. Weltraumsysteme sind massgeblich beteiligt an der Erstellung eines umfassenden Lagebildes, das in nahezu Echtzeit zur Verfügung stehen soll. Die vernetzte Operationsführung wiederum ist ein Kernelement des Transformationsprozesses, der nicht zuletzt durch die in den letzten Jahren erfolgte Revolution in Informations- und Kommunikationstechnologien getrieben wurde.

Die generelle Zunahme der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft im Bereich Weltraum ist augenfällig. Zahlreiche Vorteile, wie Risikoverteilung, Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Sichern von langfristigen Verträgen sind für beide Partner attraktiv, auch wenn Nachteile wie komplizierte Vertragswerke und Abläufe oder Eigennutzorientierung nicht ausser Acht gelassen werden dürfen. Durch Verknappung der finanziellen Ressourcen kommt immer häufiger die Nutzung von rein kommerziellen weltraumgestützten Dienstleistungen durch staatliche Organe zum Tragen. Sie ist zwar nicht für alle Anwendungsbereiche gleich gut geeignet, da vor allem in Zusammenarbeit mit internationalen Konzernen offene Fragen in den Bereichen Sicherheit, Kombattantenstatus und hoheitliche Verfügbarkeit bleiben.

Beurteilung des Buches

Die Nutzung des Weltraumes ist für unsere Generation zur Alltäglichkeit geworden. Die Möglichkeiten, die weltraumgestützte Systeme im globalen Umfeld der Sicherheitspolitik bieten, machen sie für den Staat, für Staatenbündnisse und für internationale Organisationen höchst interessant. Zusätzlichen Ansporn für eine Expansion in den Weltraum bilden die Möglichkeiten im Zusammenhang mit der vernetzten Operationsführung. Heiko Borchert hat für diesen Band Beiträge von namhaften, deutschsprachigen Experten in den Bereichen Weltraumtechnologie und -wissenschaft zusammengetragen, um ein umfassendes Bild der Rolle des Weltraums in Sicherheitspolitik, Technologie und Wissenschaft in Europa zu entwerfen. Durch den gewählten Ansatz, die Problematik aus politischer, militärischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Perspektive zu betrachten, hat er ein ganzheitliches Bild entworfen. Das Buch ist jedoch aus einem rein europäischen, schwergewichtig deutschen Blickwinkel verfasst worden. Ein Vergleich mit einer US-amerikanischen Sichtweise hätte einen interessante Gegenpunkt setzen können. Eine Erweiterung der Diskussion auf die Weltraumpolitik der USA hätte einerseits deren Einfluss auf Europa und dessen Sicherheitspolitik aufzeigen und andererseits neue Fragen, wie zum Beispiel die Stationierung von Waffensystemen im Weltraum, aufwerfen können.

Maj J. Studer